

Ausgabe 02|22

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



IM FOKUS

Sprung ins Ungewisse: Ausgangskonstellationen
und Lehren aus der Geschichte
europäischer Einigung

IM FOKUS

Europas Selbstbehauptung in Zeiten
geostrategischer Herausforderungen

SERIE

Karl Süßheim (1878-1947) Ein verfolgter
Wissenschaftler und seine Universität

INTERVIEW

„Alles, was wir nicht erinnern“
Ein Gespräch mit der
Autorin Christiane Hoffmann

Liebe Leserin und lieber Leser,

Vor 70 Jahren wurde mit Gründung der „Montanunion“ das Fundament für einen der größten Binnenmärkte der Welt und vor allem für einen Garanten des Friedens in Europa gelegt – die heutige Europäische Union. Dieses außerordentliche Projekt internationaler Zusammenarbeit scheint das Schicksal zu haben, immer erst in Krisenzeiten richtig geschätzt zu werden. Gerade nun, wo wieder Krieg in Europa geführt wird, wird deutlich, wie wichtig Zusammenhalt ist. Um politisch schlagkräftige Antworten zu finden auf die drängenden ökologischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Fragen der Gegenwart, ist eine starke EU von enormer Bedeutung: kurzfristig im Umgang mit dem Krieg und allen seinen Weiterungen, die sich ganz erheblich auch auf die Bevölkerung in der EU auswirken (werden), und langfristig in neuen geostrategischen Konstellationen mit erstarkenden globalen Mächten. Diesen Aspekten nähert sich der Schwerpunkt dieses Heftes:

- Kiran Klaus Patel untersucht die Ausgangskonstellationen und Lehren aus der Geschichte der europäischen Einigung.
- Stefan Fröhlich widmet sich der Frage, wie sich Europa in Zeiten geostrategischer Herausforderungen behaupten kann.
- Johannes Varwick legt den Fokus auf die europäische Sicherheitspolitik und konstatiert ein Ende der bisherigen Gewissheiten.
- Im Werkstattgespräch spricht die EuP-Redaktion mit Kiran Klaus Patel über verschiedenste Aspekte rund um die EU.

Über den europäischen Tellerrand hinaus schaut Heike Paul mit einer Bestandsaufnahme der Lage in den USA nach den umstrittenen Urteilen des Supreme Courts zum Recht auf Abtreibung, zu Waffengesetzen und zur Klimapolitik.

Kristina Milz stellt im Auftaktartikel der neuen Reihe zu „Vergessenen Jüdinnen und Juden Bayerns“ den in der NS-Zeit in die Türkei ausgewanderten Orientalisten Karl Süßheim (1878–1947) vor. Hören Sie sich auch den begleitenden Podcast dazu auf unserer Webseite an!

Im Interview mit Christiane Hoffmann spricht die Redaktion mit der Autorin über ihre Erlebnisse auf ihrer Wanderung auf der Fluchtroute ihres Vaters von Schlesien bis Bayern und über die Auswirkungen von Flucht und Vertreibung auf die generationenübergreifende Familiengeschichte.

Neue Einblicke in die Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt bietet Ihnen der literarische Stadtspaziergang zu Orten der Revolution 1918/1919 in diesem Heft.

Wir wünschen eine anregende und in bestem Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autoren und Autorinnen dieses Heftes

Prof. Dr. Stefan Fröhlich

ist Inhaber der Professur für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie an der FAU Erlangen-Nürnberg.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Dr. Kristina Milz schreibt als freiberufliche Autorin Essays, Reportagen und Porträts. Als Historikerin setzt sie sich insbesondere mit der transkulturellen Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinander.

Prof. Dr. Kiran Klaus Patel ist Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der LMU München und Direktor des „Projekthaus Europa“.

Prof. Dr. Heike Paul hat den Lehrstuhl für Amerikanistik, insbesondere nord-amerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft, an der FAU Erlangen-Nürnberg inne.

Julia Treindl, M.A. ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU München.

Prof. Dr. Johannes Varwick ist Inhaber des Lehrstuhls für internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg.

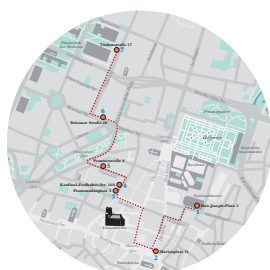


INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de, Stichwort: *Einsichten und Perspektiven*.

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



IM FOKUS

Sprung ins Ungewisse: Ausgangskonstellationen und Lehren aus der Geschichte europäischer Einigung 4
von Kiran Klaus Patel

Europas Selbstbehauptung in Zeiten geostrategischer Herausforderungen 12
von Stefan Fröhlich

ANSICHTSSACHE

Europäische Sicherheitspolitik und das Ende der Gewissheiten 22
von Johannes Varwick

COMIC

Viva, Europa! 30
von Angelina Heckmann

NACHGEDACHT

Demokratie versus Diktatur. Der Krieg in der Ukraine und seine Behandlung in der Schule 32
von Rupert Gröbl

KOMMENTAR

Quo vadis, USA? Die umstrittenen Entscheidungen des Supreme Courts 36
von Heike Paul

NEUERSCHEINUNG

„Die Verfassung als Maßstab“. 75 Jahre Bayerischer Verfassungsgerichtshof neu dargestellt 40
von Karla Frank

LITERATOUREISE

Ein literarischer Stadtpaziergang zu Orten der Revolution 1918/1919 in München 42
von Laura Mokrohs und Barbara Yelin

BAYERN IM GESPRÄCH

Ukrainekrieg, Energiewende und bayerische Besonderheiten 48
 Neue Webtalk-Reihe „Bayern im Gespräch“
von Ludwig Unger

AUS DER WERKSTATT

Gesellschaft(en) in Israel: Eine interaktive Plakatreihe für die Bildungsarbeit 52
von Julia Treindl

INTERVIEW

„Alles, was wir nicht erinnern“ 56
 Ein Gespräch mit der Autorin Christiane Hoffmann

SERIE

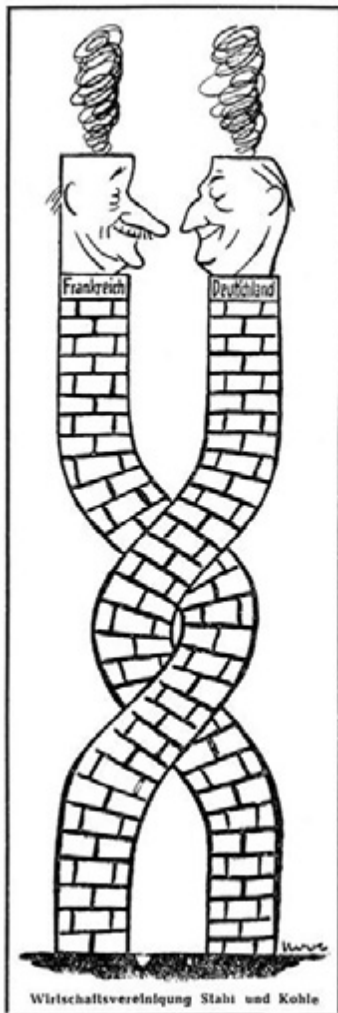
Karl Süssheim (1878-1947) Ein verfolgter Wissenschaftler und seine Universität 64
von Kristina Milz

DAS HISTORISCH-POLITISCHE BILD

Michael Wesely, Pariser Platz in Berlin (1945/2022) 74

SPRUNG INS UNGEWISSE: AUSGANGSKONSTELLATIONEN UND LEHREN AUS DER GESCHICHTE EUROPÄISCHER EINIGUNG

von Kiran Klaus Patel



Karikatur zur Montanunion: Frankreich (in Person des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman) und Deutschland (in Person des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer) als freundliche Industrie-Schornsteine einander zugewandt arbeiten in der Wirtschaftsvereinigung Kohle und Stahl zusammen.

Abbildung: Privatarchiv KALEIDOS-KOÖB | Partner

Am 23. Juli 1952, vor siebzig Jahren, nahm die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ihre Arbeit auf. Die „Montanunion“, wie die Organisation häufig auch genannt wird, bildete die älteste Vorgängerorganisation der heutigen Europäischen Union. Sie steht für Neuaufbruch, aber auch für Lehren aus der Geschichte, und wenngleich die meisten Menschen damals kaum Notiz von ihr nahmen, läutete sie einen Prozess ein, der das Gesicht des Kontinents für immer verändern sollte.

Ihren Ausgangspunkt hatte die Montanunion in einer Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950. Aufbauend auf Überlegungen von Jean Monnet, der sich bald zur grauen Eminenz des europäischen Einigungsprozesses entwickeln sollte, plädierte Schuman dafür, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Oberste Aufsichtsbehörde zu stellen“.¹ Dafür sprachen nicht nur wirtschaftliche Gründe. Vielmehr würde der Zusammenschluss „Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ machen. Schuman koppelte die Zusammenarbeit in jenem Bereich der Wirtschaft, der zur damaligen Zeit für Aufrüstung

¹ https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/1945-59/schuman-declaration-may-1950_de [Stand: 30.06.2022].



Erinnerungs-
marke an den
Schuman-Plan,
1950
Abbildung:
Europeana.com

und Führung eines Krieges zentral war, direkt an die Friedensfrage. Außerdem verband er die Aussöhnung mit der jungen Bundesrepublik mit einer Einladung an andere Staaten Westeuropas, sich dem Projekt anzuschließen. Tatsächlich sollten sich neben Frankreich und der Bundesrepublik vier weitere Staaten an der Montanunion beteiligen: Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Damit entstand ein geografisch zusammenhängender Verbund westeuropäischer Staaten, die erstmals in ihrer Geschichte in einem wichtigen Teil ihrer Wirtschaft Souveränität auf eine übergeordnete Ebene transferierten und sich so auf ein

tiefgreifendes, weitgehend supranationales Modell der Zusammenarbeit einließen.

Manche dieser Ideen knüpften an bereits vorhandene Erfahrungen an: Schon in der Zeit zwischen den Weltkriegen hatten verschiedene Stimmen für eine Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland plädiert und dabei vorgeschlagen, die Wirtschaft als Instrument politischer Einigung einzuspannen. Auch jener Antikommunismus, der Schumans Überlegungen prägte und der sich in eine Abgrenzung vom werdenden Ostblock übersetzte, war keineswegs neu. In einer weiteren Hinsicht stellte der Vorschlag eine Lehre aus den ersten fünf Nachkriegsjahren dar, in denen bereits mehrere andere internationale Organisationen in Westeuropa das Licht der Welt erblickt hatten: Die Verhandlungen über diese Foren hatten gezeigt, dass sich das Vereinigte Königreich an keinem Projekt supranationalen Zuschnitts beteiligen würde – nationale Souveränität und das weltumspannende Commonwealth hatten hier Priorität. Kritik an der Supranationalität überwog auch in den Staaten Skandinaviens. Der Ansatz der Montanunion, zumindest vorläufig auf „klein, aber fein“ bezüglich der Zahl seiner Mitgliedstaaten zu setzen, speiste sich so aus einer komplizierten Vorgeschichte.

Dennoch war dieser Plan visionär und, wie Schuman selbst befand, ein „Sprung ins Ungewisse“:

Außenminister
der sechs
Gründungs-
mitglieder der
Europäischen
Gemeinschaft für
Kohle und Stahl
im Quai d'Orsay
in Paris nach der
Unterzeichnung
des Schuman-
Plan-Vertrags,
18. April 1951. Für
Deutschland ist
Konrad Adenauer
in seiner Funktion
als Außenminister
anwesend
(von 1951 bis
1955 übte er in
Personalunion
die Funktion des
Bundeskanzlers
und des Außen-
ministers aus).

Foto:
*Süddeutsche
Zeitung Photo/
Amerika Haus*





Der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, Jean Monnet, bei der Eröffnungssitzung der Hohen Behörde in Luxemburg, 10. August 1952
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Amerika Haus

Poster für den Schulunterricht, 1950er Jahre
Abbildung: Bergmøser + Höller Verlag AG, Aachen



Erstmals streckte Frankreich der Bundesrepublik die Hand zur gleichberechtigten Partnerschaft aus, lediglich fünf Jahre nach Kriegsende. Außerdem war es taktisch klug, dass zwei wichtige Wirtschaftssektoren angesprochen waren, es sich aber nicht um die allersensibelsten Bereiche staatlicher Macht handelte, wie die Außen- oder die Sicherheitspolitik. So ließen sich nationale Widerstände gegen eine europäische Lösung verringern.

Zugleich sollte man den Idealismus des Vorschlags nicht überschätzen. Die französische Regierung rang sich zu diesem erst durch, als alle anderen Ansätze, Deutschland politisch einzudämmen, gescheitert waren. In geostrategische Motive mischten sich wirtschaftliche Interessen: Die bisher verfolgten Projekte zur Modernisierung der französischen Industrie hatten sich nicht als durchschlagend erwiesen; weitere, strukturelle Probleme des Sektors kamen hinzu. Durch

Integration sollte die deutlich stärkere westdeutsche Ökonomie eingeehgt werden, bevor sie ihre Potenziale voll entfalten und der Bundesrepublik zu einer neuen Machtposition verhelfen würde.

Der letzte Anstoß für Schumans Rede erklärt sich aus der Haltung Großbritanniens und der USA: Frankreichs Partner als westliche Siegermächte des Zweiten Weltkriegs beabsichtigten, die für die junge Bundesrepublik geltende Begrenzung der Stahlproduktion auf 11,1 Millionen Tonnen pro Jahr aufzuheben. Bereits am 10. Mai 1950 – am Tag nach Schumans Rede – sollte darüber befunden werden. Angesichts des sich zuspitzenden Ost-West-Konflikts, der wenige Wochen später zum Koreakrieg führen sollte, setzten London und Washington auf Aufrüstung, selbst um den Preis eines wiedererstarkten Deutschlands. Dies hätte Frankreich deutlich geschwächt.



Sitzung der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel, 1. Februar 1964. Zu sehen sind von links nach recht: Sicco Mansholt (mit Pfeife in der Hand), Vizepräsident der Kommission, Robert Marjolin, Verantwortlicher für Wirtschaft und Finanzen sowie für Außenbeziehungen und Wettbewerb, Lambert Schaus, Verantwortlicher für Verkehr und Transport, Lionello Levi Sandri, verantwortlich für Sozialpolitik sowie für die überseeischen Staaten und Territorien, Guido Colonna di Paliano, Verantwortlicher für den Binnenmarkt, Hans von der Groeben, verantwortlich für Wettbewerbspolitik, Walter Hallstein, Präsident der Kommission, Émile Noël, Generalsekretär der Kommission, und Jean Rey, Verantwortlicher für Außenbeziehungen.

Foto: *European Communities, 1964 (EC – Audiovisual Service)*

Insgesamt ging es Schuman und Monnet um die Vermeidung von Krieg, vor allem eines erneuten Krieges mit Deutschland. Integration bildete jedoch auch ein ebenso attraktives wie innovatives Instrument, um in der werdenden Nachkriegsordnung die französische Vormachtstellung in Westeuropa zu sichern. Erfolgversprechend am Schuman-Plan war gerade die Orientierung am Machbaren. Als geradezu genial kann die Verknüpfung von nationalen Interessen mit europapolitischen Zielen gelten.

Warum aber ließ sich die junge Bundesrepublik auf das Projekt ein? Wesentlich hierfür war ihre besondere Lage: Rund fünf Jahre nach Kriegsende war sie eher Objekt der internationalen Politik als eine machtvolle Akteurin eigenen Rechts. Auch nach ihrer Gründung 1949 war ihre Souveränität stark eingeschränkt; laut dem Besatzungsstatut vom 21. September desselben Jahres lag die „oberste Gewalt“ bei den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs. Besonders im Bereich der Außenpolitik hatte Bonn nur sehr geringe Gestaltungsräume. Für die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer war es ein zentrales Anliegen, dies zu ändern. In diesem Kontext muss man Schumans Angebot sehen: Er verstand die Bundesrepublik als Partnerstaat auf Augenhöhe. Wenn Bonn nun auf gewisse Souveränitätsrechte durch sektorale Integration in den Bereichen Kohle und Stahl verzichten sollte, bedeutete dies

zugleich einen wesentlichen Souveränitätsgewinn. Derselbe Prozess sollte sich später noch mehrere Male wiederholen – etwa 1954, als ein letztlich gescheiterter Versuch, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft aufzubauen, nicht nur zum Beitritt der Bundesrepublik zur NATO führte, sondern zugleich das Besatzungsregime der Westmächte beendete. Paradoxiertweise gewann die Bundesrepublik auch hier an Souveränität, indem sie auf diese verzichtete, denn zuvor hatte Bonn nicht über das Recht verfügt, eigene Truppen aufzustellen. Westintegration erwies sich als Weg zu mehr staatlicher Eigenständigkeit.

Insgesamt muss man sich somit das Besondere jener Ausgangssituation vor Augen führen, aus der sich die EU unserer Tage entwickelte: den spezifischen Lernprozess aus den ersten fünf Nachkriegsjahren; die hohe Bedeutung von Außendruck und Abgrenzung, vor allem gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus; die teilweise geteilten und teilweise komplementären Interessenslagen der beteiligten Staaten und schließlich die visionäre Kombination aus Pragmatismus und Idealismus, die die wesentlichen Akteure teilten.

Kultur des Kompromisses

Nichts fasst die Praxis und den Geist der frühen Gemeinschaft so gut zusammen wie ein

Stellungnahme
des französi-
schen Präsi-
denten Charles de
Gaulle im Élysée-
Palast in Paris
zum Ausscheiden
Frankreichs aus
dem Ministerrat
der Europäischen
Wirtschafts-
gemeinschaft,
9. September
1965

Foto: akg-images/
Jacques Boissay



Schwarzweißfoto von 1964. Es zeigt eine Runde älterer Herren in Anzügen, rund um einen Besprechungstisch gruppiert; im Hintergrund sitzen einige weitere Männer in zweiter Reihe. Die Papierberge vor und zwischen ihnen weisen auf intensive Arbeit hin. Die Aufnahme zeigt eine Sitzung der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die die Mitgliedstaaten der Montanunion 1957 als ein weiteres Integrationsprojekt gegründet hatten. Auf den ersten Blick scheinen sich auf dem Foto viele der Stereotype, die man mit dem Einigungsprozess landläufig verbindet, zu bestätigen: Alles wirkt bürokratisch, gesetzt und ziemlich uninteressant. Die Dramatik des Moments wird erst deutlich, wenn man sich die Biografien der hier Versammelten vergegenwärtigt. Greifen wir lediglich drei der Männer heraus: An dem Tisch befand sich der Deutsche Walter Hallstein (1901–1982), der Präsident der Kommission, ein Christdemokrat und Juraprofessor. Im Zweiten Weltkrieg hatte Hallstein als Artillerieoffizier der Wehrmacht unter anderem in Frankreich gekämpft. Wenige Meter neben ihm saß nun der niederländische Sozialist Sicco Mansholt (1908–1995). Im Krieg hatte sich Mansholt im Widerstand engagiert, unter anderem Untergetauchte versteckt und heimliche Lebensmitteltransporte organisiert. Wiederum nur einige Stühle weiter hatte der Luxemburger Christdemokrat Lambert Schaus (1908–1976) Platz genommen, der nach Kriegsbeginn zunächst

in Luxemburg als Politiker aktiv blieb, 1941 jedoch von der Gestapo verhaftet und als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt wurde. 20 Jahre nach diesen ungemein prägenden Erfahrungen und trotz parteipolitischer Unterschiede saßen diese Herren um einen Tisch und versuchten, ein gemeinsames, friedliches Europa zu bauen.

An die Stelle einer Unkultur des Unbedingten, die nicht nur in Deutschland ihre Alterskohorte wesentlich geprägt hatte, setzten sie die Orientierung an Kompromiss und Ausgleich. Statt hypertrophem Nationalismus kämpften sie für intensive internationale Kooperation, die für manche von ihnen noch nicht einmal vor der Idee eines europäischen Bundesstaates Halt machte.

Der Ansatz, der auf tiefgreifende Kooperation zwischen den beteiligten Staaten setzte, zog bald weite Kreise. In den Mitgliedsländern waren nicht nur Staats- und Regierungschefs sowie Minister mit Europafragen befasst; hunderte und bald tausende Beamte und Politiker traten nun in intensiven Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gesellschaften, oftmals über längere Zeiträume. Dasselbe galt für Vertreter von Interessensverbänden, Journalisten und andere Angehörige einer stets wachsenden transnationalen Elite. Über die Gräben von zwei Weltkriegen und vielen anderen Konflikten hinweg galt es nun, gemeinsam eine Zukunft zu errichten.

Die Kultur des Kompromisses war die Basis für inhaltliche Ergebnisse. Umgekehrt befestigte jedes politische Ergebnis die geteilte Kultur. Zugleich veränderte dieses Wechselspiel den Charakter des Politischen in grundsätzlicher Weise. Wie der Historiker Luuk van Middelaar betont hat, gelang es so, die europäische Politik zu entdramatisieren,² was einen bedeutenden Erfolg europäischer Einigung darstellte. Insofern war das oben beschriebene Foto tatsächlich „typisch EU“ – genau seine fehlende Dramatik war gewollt und stellte eine Lehre aus und eine Abgrenzung gegenüber der bisherigen Geschichte des Kontinents dar.

Trotz dieser Orientierung am Kompromiss kam es bereits in der Frühzeit des Einigungsprojektes zu schweren Krisen. Erwähnt sei nur die harte Pressionspolitik des französischen Präsidenten Charles de Gaulle, der stärker als jeder andere Europapolitiker der Zeit rote Karten austeilte und entsprechende rote Linien entlang der französischen Interessen zog. Die sogenannte Krise des „leeren Stuhls“ von 1965/66, als er zur Durchsetzung seiner Position die französischen Vertreter aus den Institutionen abzog und so die Entscheidungsgremien rund ein halbes Jahr lahmlegte, ist lediglich das berühmteste Beispiel. Insgesamt setzte sich dieser Ansatz jedoch nie durch, und auch de Gaulle wettete zwar lautstark, ließ sich jedoch de facto immer wieder auf Kompromisse und Paketlösungen ein, die nicht nur die französische Interessenlage widerspiegelten. Jenseits aller inhaltlichen Ergebnisse sollte man deshalb den Eigenwert dieser spezifischen Kultur der Zusammenarbeit und die damit verbundene Vertrauensarbeit nicht unterschätzen.

Die Grenzen der Partizipation

Gehen wir von der Schuman-Rede vom Mai 1950 drei Monate weiter. Damals stand eine junge Frau namens Jeanette Lüthi an der deutsch-französischen Grenze bei Sankt Germanshof/Wissembourg und fingierte eine Ohnmacht. Während der hilfsbereite Zöllner sich um sie kümmerte, eilten weitere junge Menschen herbei und zerstörten im Handumdrehen die Grenzpfähle und Schranken an der deutsch-französischen Grenze. Zusammen

feierten sie ihre Aktion als Symbol eines zu vereinigenden Europas.

Europäische Integration der Nachkriegszeit speiste sich aus verschiedenen Quellen und stellte keineswegs nur das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Politikern und Spitzenbeamten dar. In wichtigen Phasen meldeten sich die Bürgerinnen und Bürger zu Wort und setzten sich für europäische Einigung ein. Dennoch zeichnete sich der Prozess, aus dem die EU hervorging, stets durch eine bürgerferne Dimension aus – ein Spannungsverhältnis aus zivilgesellschaftlicher Partizipation und elitenzentrierter Politik mit technokratischen Zügen prägte die europäische Integration von Anbeginn. Denn das zivilgesellschaftliche Engagement von Lüthi und ihren Mitstreitenden für ein Europa ohne Grenzen hinterließ zumindest kurz- und mittelfristig kaum Spuren im offiziellen Europa.

Deutsche und französische Studentinnen und Studenten zerstören die Grenzschränken zwischen Wissembourg und Sankt Germanshof, 7. August 1950.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/dpa



2 Luuk van Middelaar: Vom Kontinent zur Union. Geschichte und Gegenwart des vereinten Europa, Berlin 2016, S. 484 f.

Die Distanz zwischen den Menschen und den Institutionen erklärt sich nicht zuletzt aus dem technokratischen Zug des europäischen Einigungsprozesses. Bereits Schumans berühmte Erklärung hatte eine entsprechende Tendenz. Die Rede des französischen Außenministers war auch deswegen ein Paukenschlag, weil ihr keine öffentliche Debatte vorausgegangen war. Jean Monnet und ein kleiner Kreis von Mitarbeitern hatte den Vorschlag im Geheimen ausgearbeitet; selbst das französische Kabinett erfuhr davon erst am Morgen des 9. Mai 1950. Zuvor hatte Schuman lediglich US-Außenminister Dean Acheson und Bundeskanzler Adenauer eingeweiht, der gerade noch rechtzeitig vor der Rede Schumans das Bundeskabinett informieren konnte. In dieser Hinsicht erinnerte das Vorgehen an klassische Kabinettpolitik – eine Form der Außenpolitik, die ohne Mitwirkung der Volksvertretungen vorging. Technokratisch an Schumans ursprünglichem Entwurf war darüber hinaus, dass er stark auf expertenbasiertes Handeln setzte. Monnet schwebte ein starkes, unabhängiges Sekretariat vor, das eng mit Fachleuten aus den nationalen Ministerien zusammenarbeiten sollte. Entstehen sollte ein entpolitisiertes Raum für Experten, die optimale Lösungen frei vom politischen Tagesgeschäft finden konnten. Dementsprechend war im ursprünglichen Vorschlag keine parlamentarische Vertretung auf europäischer Ebene vorgesehen; diese wurde dem Vorschlag erst auf öffentlichen Druck hin angefügt.

Für Männer wie Schuman und Monnet – die offizielle Europapolitik stellte damals weitgehend eine Domäne von Männern mittleren oder vorgerückten Alters dar – zählten Effizienz und Ergebnisse mehr als demokratische Legitimation und Kontrolle oder die Einbindung der Zivilgesellschaft. So sehr die Vorläuferorganisationen der EU von sich behaupteten, einen grundsätzlichen Neuanfang zu repräsentieren, standen sie doch für ein elitäres, expertenorientiertes Politikverständnis. Europa erschien als zu wichtig und zu kontrovers, als dass man es der Bevölkerung überlassen konnte.

Die technokratische Tendenz konnte sich freilich nie ganz durchsetzen. Zu Expertenherrschaft gab es immer starke Gegenpole. Die Montanunion bekam nicht nur eine parlamentarische Vertretung, sondern durch den vor allem von den Benelux-Staaten gewünschten Ministerrat ein starkes Gegengewicht zur Rolle scheinbar apolitischer Fachleute. Auch die zivilgesellschaftliche Kritik riss nie ab und führte zu vielen Veränderungen, die die demokratische Legitimation und Transparenz des Einigungsprojekts

im Verlauf der Jahrzehnte stärkten. Als sich etwa Franco-Spanien Anfang der 1960er Jahre um enge Beziehungen zur Gemeinschaft bemühte, standen die Regierungen der Bundesrepublik und von Frankreich dem Anliegen offen gegenüber. Erst ein Bericht des Europäischen Parlaments bewirkte, dass die Orientierung an demokratischen Werten erstmals etwas expliziter gemacht wurde.

Dennoch prägte der technokratische Zug den Einigungsprozess von Anfang an, und er drückt ihm bis heute seinen Stempel auf. Ein unvoreingenommener Blick zurück, der nach Lehren aus der Geschichte fragt, muss ehrlich genug sein, um sich dies einzugestehen.

Das gilt natürlich nicht nur für die Ausgangskonstellation europäischer Einigung und die institutionelle Weiterentwicklung auf Grundlage der in den 1950er Jahren geschlossenen Verträge in den 1960er Jahren. In der Folgezeit lagerten sich viele zusätzliche Erfahrungsschichten und Dimensionen an das Einigungsprojekt an, sei es über die zahlreichen Erweiterungen (bzw. deren Umkehrung, etwa in Form des Brexit) oder etwa durch den Ausbau der Zahl an Politikfeldern, die durch das Einigungswerk erfasst wurden, oder der Durchdringungstiefe der jeweiligen Maßnahmen. Egal, ob es in den 1970er Jahren um eine stärkere Einbeziehung der Staats- und Regierungschefs in die Europapolitik ging, ob man in den 1990er Jahren den Aufbau einer gemeinsamen Währungsunion plante und umsetzte, oder ob die EU seit 2020 angesichts der Coronakrise neue Kompetenzen im Gesundheitsbereich gewann: Stets reflektierten die Veränderungen das bis dahin Erreichte und bauten darauf auf. Zugleich bildeten neue Integrationschritte häufig die Reaktion auf Krisen des bisherigen Institutionenwerks oder auf übergreifende Herausforderungen, etwa die Ölkrise der 1970er Jahre oder jüngst die Pandemie und den Krieg in der Ukraine. In vielen Fällen stellte die EU keineswegs den ersten oder einzigen Ansatzpunkt dar, um die Probleme zu bewältigen. Aber überraschend oft wählte man letztlich das institutionelle Europa als Anker bei der Suche nach Lösungen.

Lehren aus der Geschichte

Schon 1950 blickte zurück, wer nach vorn sehen wollte. Wer gegenwärtig über Stand und Perspektiven des Einigungsprojekts nachdenkt, ist deshalb gut beraten, es genauso zu halten. Geht man zum Ausgangspunkt jenes Prozesses zurück, der

schließlich zur Europäischen Union unserer Tage führen sollte, zeigt sich zunächst eine historisch einmalige Situation, die sich heute so nicht wiederholen lässt.

Dennoch ist es möglich, Lehren aus der damaligen Konstellation zu ziehen. Zunächst einmal verdeutlicht der Blick zurück, dass europäische Einigung nicht die Umsetzung eines großen Planes war, sondern der widersprüchliche, konfliktreiche Weg zur EU unserer Tage, in dem bereits in der Ausgangslage unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Positionen zusammenfanden. Im Grunde handelte es sich auch nicht um ein Projekt, sondern den Zusammenfluss verschiedener Vorhaben zum „Projekt Europa“. Es bedurfte dabei eines Bruchs mit dem Bisherigen, um einem gemeinsameren Europa den Weg zu bahnen; ein Bruch, der auf historischen Erfahrungen basierte und zugleich durch die Konstellation am Ende des ersten Nachkriegsjahrfünfts begünstigt wurde. Führung war notwendig, wobei die Gründungs-generation Ideale keineswegs einseitig über Interessen stellte. Für Schuman und Monnet, für Adenauer und Hallstein, für Alcide De Gasperi, Mansholt und all die anderen war immer klar, dass die jeweiligen Interessenlagen und ambitionierte Ziele in ein übergreifendes Paket zusammengeschnürt werden mussten. Sie waren bereit, den „Sprung ins Ungewisse“ zu wagen. Erst die Krisen auf internationaler Ebene der letzten Jahre haben das Bewusstsein dafür geschärft, dass das Geschaffene keineswegs selbstverständlich ist. Auch hier lohnt es, sich von der Gründungs-generation inspirieren zu lassen.

Zugleich kann man aber auch gewisse Probleme der heutigen EU in jene Anfangszeit zurückverfolgen, etwa ihren technokratischen Zug. Fragen demokratischer Kontrolle und Legitimation sind so alt wie der Einigungsprozess selbst. Zugleich ist der Zielkonflikt zwischen inhaltlicher Stringenz und Effizienz einerseits sowie demokratischer Legitimation und Transparenz andererseits durch den Kompetenz- und Bedeutungsgewinn des europäischen Projekts in den letzten Jahrzehnten nur noch dringlicher geworden.

Druck von außen, damals in Form des Kalten Krieges, ließ zugleich die Kompromisszonen immer wieder anwachsen. Zeiten weltpolitischer Anspannung sind deswegen – so paradox und traurig es klingen mag – oft eher gute Zeiten für das Einigungsprojekt. Das gelingt allerdings nur, wenn sich Menschen dazu aufraffen, die Krisen produktiv zu wenden und dadurch ein stärkeres Europa zu bauen. 🌱



LESESTOFF

Europäische Integration hat viele Ursprünge und reicht weniger weit zurück, als man meint. Kiran Klaus Patel führt in ihre Geschichte und Gegenwart ein. Dabei zeigt er, wie die europäischen Staaten sich nach 1945 immer enger vernetzten und wie EG und EU zu den Institutionen wurden, die diesen Prozess bündelten und befeuerten.

Bei der LZ bestellbar unter:

www.blz.bayern.de/europaische-integration_p_394.html



HÖRTIPP

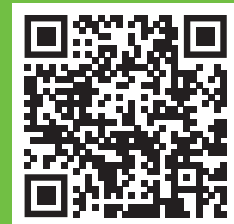


Foto: Milette Raats

Werkstattgespräch

Ein ausführliches Interview zum Thema EU mit Prof. Kiran Klaus Patel, LMU München, können Sie sich hier anhören:

<https://www.blz.bayern.de/meldung/hoersaal-ep.htm>



EUROPAS SELBSTBEHAUPTUNG IN ZEITEN GEOSTRATEGISCHER HERAUSFORDERUNGEN

von Stefan Fröhlich

Die Welt hat sich in den beiden letzten Dekaden radikal gewandelt und stellt Europa vor große Herausforderungen. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 befindet sich die EU im dauerhaften Krisenmodus: Populismus und Nationalismus, Brexit und scheinbar unüberbrückbare Differenzen in Fragen der Migration, der Reform der Eurozone und der Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit gefährden den Zusammenhalt der Union im Innern.



G7-Gipfeltreffen in Schloss Elmau, Juni 2022. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nimmt als Vertreterin der EU an den Gesprächen teil. Zu sehen sind v.l.n.r.: der indische Premierminister Narendra Modi, der kanadische Premierminister Justin Trudeau, der Generalsekretär der OECD, Mathias Cormann, der Präsident Südafrikas Cyril Ramaphosa, die Direktorin des IWF, Kristalina Georgieva, der französische Präsident Emmanuel Macron, der Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, der Präsident des Senegals, Macky Sall, der Präsident Belgiens, Charles Michel, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, der japanische Premierminister Fumio Kishida, der indonesische Staatspräsident Joko Widodo, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der amerikanische Präsident Joe Biden, der IEA-Vorsitzende Fatih Birol, der argentinische Präsident Alberto Fernandez, der Präsident der Weltbank David Malpass, der britische Premierminister Boris Johnson, die Generaldirektorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Fotograf: Gil Bartz

Gleichzeitig wächst der Druck von außen durch ein zunehmend aggressiver auftretendes China, die Krisen im Nahen und Mittleren Osten und nicht zuletzt den Vertrauensverlust im transatlantischen Verhältnis in Folge der Trump-Administration. Mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, unzweifelhaft die größte historische Zäsur in den internationalen Beziehungen seit dem Fall der Berliner Mauer, findet diese Entwicklung ihren traurigen Höhepunkt. Mit ihm erfährt Europas außenpolitisches Koordinatensystem, die institutionelle Verankerung im westlichen Allianzsystem unter dem Schutz der USA, zwar vorläufig eine erstaunliche Wiederbelebung. Auf der anderen Seite aber fordert Putins Verletzung der grundlegenden Prinzipien und Regeln des Völkerrechts die liberale Ordnung in bisher ungekannter Weise heraus, ist sein Krieg doch ein Präventionsakt gegen Demokratie und Liberalität, die von der Ukraine aus auf Russland überzugreifen droht(en).

Was bedeutet dies für die Rolle der EU in der Welt? Seit nunmehr über zwei Jahrzehnten hat die Union trotz unbestreitbarer Fortschritte auf dem Weg zu mehr außen- und sicherheitspolitischer Souveränität die neuen geopolitischen Realitäten unterschätzt und sich in einer Welt eingerichtet, von der sie glaubte, alle würden ihr auf dem Weg in eine regelbasierte internationale Ordnung folgen.¹ Integration, Multilateralismus, Freihandel, Menschenrechte, Entwicklung und friedliche Zusammenarbeit lauteten die Eckpfeiler eines als Zivilmacht verstandenen Rollenkonzepts, in dem militärische Macht allenfalls als *ultima ratio* fungierte.

Tatsächlich schien diese Welt bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Weg in das, was Europas Intellektuelle gerne als postimperiales oder postheroisches Zeitalter bezeichneten. Dessen Fundament bestand aus einem nie dagewesenen globalen Verflechtungsgrad der Volkswirtschaften, zunehmender Verrechtlichung und Verdichtung internationaler Zusammenarbeit, und wurde maßgeblich von den USA als unangefochtene hegemoniale Ordnungsmacht zusammengehalten. Schon unter der Clinton-Administration trug es der EU allerdings den Vorwurf des Juniorpartners und Trittbrettfahrers ein, der sich bequem in dieser vermeintlich stabilen und friedlichen Ordnung einrichtete und dabei auf den sicherheitspolitischen Schutzschirm Washingtons verlassen konnte.



Strukturelle Veränderungen und der Beginn eines post-amerikanischen Zeitalters

Dabei ist seit der globalen Finanzkrise auch deutlich, dass starke internationale Organisationen und die wenigen Regeln, die das Völkerrecht kennt, geopolitische Machtansprüche, Nationalismen und revisionistisches Großraumdenken nicht einhegen können. Weder akzeptierten Staaten, die von der Öffnung der Märkte seit 1989 am meisten profitierten (China), deswegen die Grundprinzipien dieser liberalen Ordnung, noch waren sie an ihrer globalen Verbreitung (humanitäre Interventionen) interessiert; stattdessen meldeten sie eigene Ordnungsansprüche in ihren „Einflusszonen“ an und entwickelten bestenfalls ein instrumentelles Verständnis von Systemen kollektiver Sicherheit (VN).

Erst Putins brutaler Angriffskrieg hat Europa aus seinem bequemen Denkmuster gerissen und erkennen lassen, dass sich systemische, geökonomische und geopolitische Herausforderungen überlagern und wechselseitig verstärken. Mit der Invasion der Ukraine tritt die Idee der Befriedung der Welt durch scheinbar unbegrenztes Wirtschaftswachstum, von dem alle profitier(t)en, auf unbestimmte Zeit in den Hintergrund; für diejenigen, die sich im UN-Sicherheitsrat hinter die „westliche Allianz“ stellten, rücken nationale Sicherheit, Verteidigung und die respektive Erhöhung ihrer Verteidigungsbudgets in den Mittelpunkt des politischen Interesses.

Bill Clinton spricht 2009 in Brüssel auf dem „Global Progressive Forum“. Im Hintergrund zu sehen sind Martin Schulz, damals Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Europäischen Parlament, sowie Josep Borrell Fontelles, damaliger Präsident des Europäischen Parlaments.
Foto: picture alliance/REUTERS/Fotograf: Sebastien Pirlet

1 Thomas Risse: Zeitenwende?, in: Internationale Politik v. 24.03.2022, <https://internationalepolitik.de/de/zeitenwende-2>. [Stand: 05.07.2022].



US-Präsident Joe Biden bei einer Wahlkampfreude im September 2020, bei der er für den Kauf amerikanischer Produkte wirbt
 Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Fotograf: Patrick Semansky

Gleichzeitig ringen Staaten um die Verbesserung ihrer nationalen Sicherheit auch in Fragen globaler Lieferketten, kritischer Rohstoffe und außenwirtschaftspolitischer Abhängigkeiten – ein Trend, der bereits mit dem Brexit und Trump einsetzte, sich unter Bidens Politik des „buy American“ und Chinas verstärkter Abschottungsrhetorik aber fortsetzte und mit der Corona-Pandemie seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Weltweit sind Populismus und Nationalismus gerade in marktwirtschaftlichen Systemen auf dem Vormarsch und fordern ein Ende der Globalisierung – mit gravierenden Folgen für wirtschaftliche Effizienz sowie die Preis- und Inflationsentwicklung wohl auch über den Krieg hinaus.

Das gilt insbesondere für die Energiemärkte. Energiesicherheitsengpässe und daraus resultierende Preissteigerungen werden die Spannungen zwischen Petro-Staaten und Konsumentenstaaten (in Europa), die den Weg in erneuerbare Energien beschleunigen wollen, noch verschärfen. Vorübergehend werden Erstere von dieser Entwicklung profitieren und ihre Kassen mit weiteren Devisenreserven füllen, mittelfristig werden Letztere durch das Setzen von Standards in Technologie, Digitalisierung, Komponentenförderung, Infrastruktur und Ausrüstung vielleicht die strategische Oberhand gewinnen. Hinzu kommen die

Staaten, die wie China in Besitz der wichtigsten seltenen Erden und kritischen Rohstoffe sind, und damit die globalen Lieferketten kontrollieren.²

Mit diesen Entwicklungen einher geht das Ende einer drei Jahrzehnte währenden globalen Ordnung, die auch als „Pax Americana“ beschrieben wurde.³ Anzeichen dafür gibt es viele. Allein die Tatsache, dass die Regierungschefs der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens – zwei Länder, die seit Jahren zu den wichtigsten strategischen Partnern Washingtons gehörten und vom amerikanischen Sicherheitsschirm in der Region abhingen – Washington bei der Abstimmung über Putins Invasion in der Ukraine im UN-Sicherheitsrat die Gefolgschaft verweigerten, spricht Bände. Gleiches gilt für Israels und Indiens Signale, die politischen Verbindungen zu Moskau nicht abreißen lassen zu wollen. Insgesamt zeigen die beiden Abstimmungen über die Resolutionen zum Ukraine-Krieg, dass sich zwar eine Mehrheit der Staaten gegen Putins

2 Dan Hamilton: *Advancing Supply Chain Resilience and Competitiveness: Recommendation for US-EU action*, Policy Brief, Washington, <https://www.transatlantic.org/uploads/2022/03> [Stand: 05.07.2022].

3 Fareed Zakaria: *Opinion: Putin's invasion of Ukraine marks the beginning of a post-American era*, in: Washington Post, v. 10.03.2022, <https://www.washingtonpost.com>.

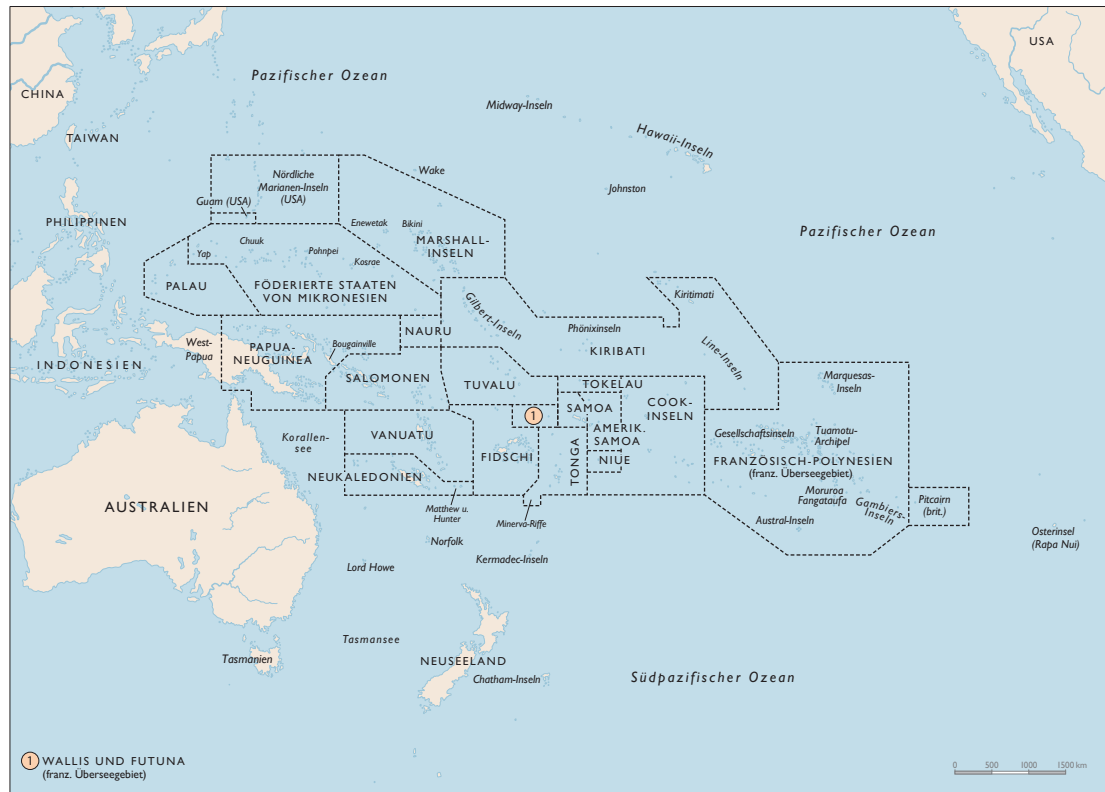
Angriff aussprach, die Anzahl der Länder aber, die sich enthielten oder zumindest weigerten, die vom Westen verhängten Sanktionen mitzutragen, über die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren.

Das heißt im Umkehrschluss nicht, dass die sich herausbildende neue globale Ordnung zwangsläufig eine gegen die USA und Europa gerichtete sein muss. Amerika bleibt auf absehbare Zeit die stärkste Macht in dieser Ordnung, in allen Machtdimensionen (militärisch, ökonomisch, politisch und kulturell) dem Rest, mit Ausnahme von China (und in Teilen Europa), weit voraus. Als weltweit größter Produzent von Kohlenwasserstoff profitieren die USA von steigenden Energiepreisen im Gegensatz zu seinen Konkurrenten wie China oder die Bundesrepublik. Schließlich könnte Washington aus Chinas heikler ambivalenter Positionierung zum Krieg in der Ukraine auch geopolitischen Nutzen ziehen, als es Europa zwingt, sich wieder stärker an die USA zu binden und seine bisherige Äquidistanz-Politik zwischen China und den USA aufzugeben.⁴

Die größte strategische Chance in dieser Umbruchphase ergibt sich damit für die EU. Wenn nicht jetzt, wann dann sollte sie endlich den Schritt in eine größere strategische Unabhängigkeit tun und mehr in die eigene Verteidigung investieren. Nur dann wird sie sich auch militärischer Aggressionen erwehren können, bei denen es vordergründig um die Erschließung von Einflusszonen geht, die aber vor allem gegen ihr politisches Koordinatensystem gerichtet sind. Es geht um nicht weniger als die geopolitische und geoökonomische Selbstbehauptung des Kontinents – und damit die Stärkung seiner Wertevorstellungen im Verbund mit den USA.

Europas geopolitische Herausforderungen

Der Krieg in der Ukraine hat der EU endgültig gezeigt, dass die Verteidigung der liberalen Ordnung nicht gratis zu haben ist, sondern bisweilen harte Interessenpolitik erfordert. Dazu gehört für die Union zum einen eine deutlichere Haltung gegenüber



Karte:
Peter Palm, Berlin

4 Stefan Fröhlich: Comeback der Diplomatie, aber nicht der US-Dominanz, in: Politikum 2 (2021).

Detailaufnahme des größten deutschen Erdgasspeichers in Rehden, Deutschland. Die Astora GmbH, eine Tochtergesellschaft der Gazprom Germania GmbH, kontrolliert nach eigenen Angaben rund 20 Prozent der in Deutschland verfügbaren Speicherkapazitäten.

Abbildung: Süddeutsche Zeitung Photo/
Fotograf: Ulrich Baumgarten



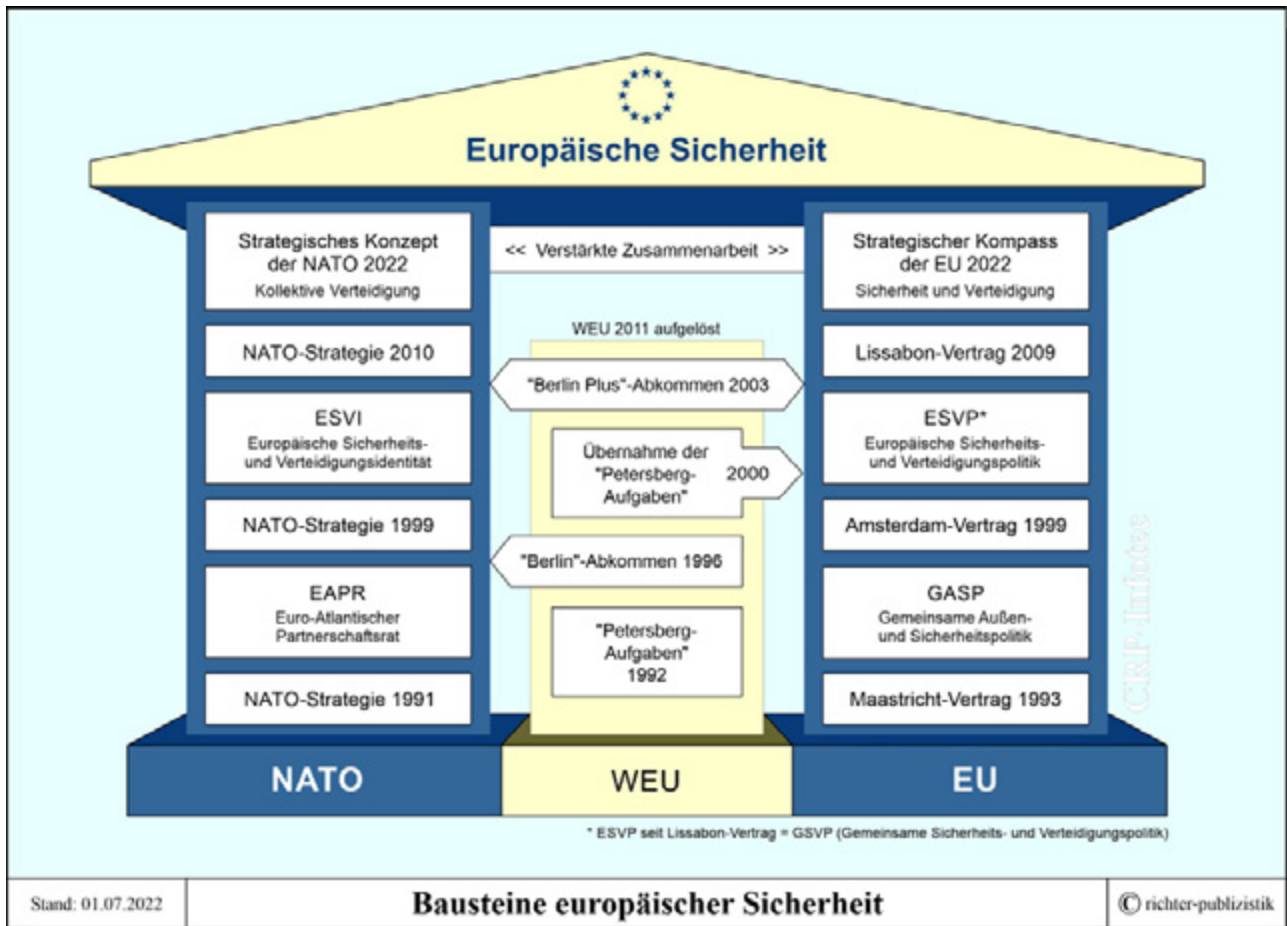
solchen Regimen, die wie Russland und China die bisherige bestehende Ordnung offen herausfordern bzw. durch eine eigene ersetzen wollen, obwohl sie von ökonomischer Globalisierung profitieren und sie zur Stabilisierung ihrer Herrschaftssysteme genutzt haben. Sowohl Russland wie China sind heute, anders als zu Zeiten des Kalten Kriegs, revisionistische Mächte, die keine Status-quo-Interessen verfolgen, sondern die bestehende Ordnung grundsätzlich in Frage stellen. So wie es Putin um weit mehr als nur die Ukraine geht, so reklamiert auch China mittlerweile nicht nur fast das gesamte Südchinesische Meer und Teile der östlichen Chinesischen See für sich, sondern spricht – wie der russische Präsident im Fall der Ukraine – mit seinen unverhohlenen Drohungen in Richtung Taiwan einem Staat das Recht auf eigene Identität und Souveränität ab.

Dazu gehört zweitens auf kurze und mittlere Sicht eine pragmatischere Energieversorgungspolitik. Der Krieg in der Ukraine offenbart die Fehler einer ausschließlich an einer möglichst billigen Versorgung und den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierten Energiepolitik Europas, die spätestens mit der Annexion der Krim 2014 längst aus einseitigen Abhängigkeiten hätte herausgelöst werden müssen. Nunmehr erhöht sich der Druck auf Europa, die Abhängigkeit von Russland zu überwinden und den europäischen Energiemix so breit und diversifiziert wie möglich aufzustellen. Das wird nicht über Nacht geschehen, indem v.a. langfristige Kooperationen und Lieferverträge mit Partnerstaaten aus dem

Nahen und Mittleren Osten, der Herkunftsregion fossiler Brennstoffe, geschlossen werden (neben den Golfmonarchien insbesondere Ägypten, Algerien und Aserbaidschan);⁵ auch dies schafft Abhängigkeiten und ist außerdem mit Schwierigkeiten hinsichtlich der Transport- und Infrastrukturvoraussetzungen verbunden. Und so richtig es deswegen ist, gleichzeitig den Wandel in Richtung Solar- und Windenergie sowie grünen Wasserstoff noch zu forcieren, so sehr muss sich Europa darauf einstellen, dass in einer wenigstens noch zwei Jahrzehnte währenden Übergangsphase fossile Abhängigkeiten weiter bestehen bleiben und daher vielleicht auch das Udenkbare (vorübergehende Reaktivierung von Kernenergie wie Kohle) gedacht werden muss.

Schließlich gehört dazu drittens die Erkenntnis, dass bei aller berechtigten Zuversicht bezüglich der Einigkeit des Westens in Reaktion auf Putins Angriffskrieg die transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert nicht mehr auf dem soliden Fundament der Vergangenheit stehen und Europas militärische und geopolitische Abhängigkeit von den USA jederzeit kündbar ist, sollten sich die politischen Machtverhältnisse in Washington

5 Simon Engelkes/Ludwig Schulz: Raus aus Sibirien, rein in die Wüste. Nordafrika und der Nahe Osten als Bausteine in Europas Energie-Zeitenwende, KAS-Auslandsinformationen (Juni 2022), www.kas.de [Stand: 05.07.2022].



wieder verschieben. Biden mag momentan zwar versichern, dass die USA im Falle eines russischen Übergriffs auf NATO-Territorium in jedem Fall zu dessen Verteidigung bereitstehen würden; eine dauerhafte Garantie ist dies indes nicht. Schon jetzt gibt es Stimmen im Kongress unter Republikanern wie Demokraten, die daran erinnern, dass Amerika heute keine zwei Kriege parallel führen kann und die eigentliche Herausforderung für Washington nicht in Russland, sondern in China liegt. Ein deutliches Signal, dass sich der Wind schnell drehen kann und Europa tatsächlich mehr Verantwortung auf dem eigenen Kontinent übernehmen sollte.

Die Idee einer europäischen Armee

Voraussetzung für eine so verstandene und glaubwürdige Interessenpolitik, die auch in Moskau und Peking ernst genommen werden soll, sind größere Anstrengungen Europas in Richtung

„strategischer Autonomie“.⁶ Die EU hat sich in den vergangenen Jahren trotz aller Lippenbekenntnisse schwergetan, bei der Entwicklung autonomer Verteidigungsstrukturen voranzukommen. Seit der Annexion der Krim 2014 steht die Idee einer europäischen Armee zwar wieder auf der Tagesordnung von Kommission und Mitgliedstaaten (Vorstöße dazu kamen aus Tschechien und Ungarn); mehrheitsfähig aber waren diese Vorstöße nicht. So drängte Italien stattdessen auf eine „Verteidigungsunion der Willigen“, während Deutschland und Frankreich für multinationale Kooperationsprojekte bei Satellitenaufklärung, Transport und medizinischer Versorgung warben. Noch-Mitglied Großbritannien und Dänemark sowie die baltischen Staaten wiederum lehnten die Idee eines europäischen Hauptquartiers mit

Abbildung: Richter-Publizistik, Bonn (www.crp-infotec.de)

6 Sven Biscop: *Strategic Autonomy: Not without integration*, Egmont Institute, Brussels (January 13, 2022), www.egmontinstitute.be. [Stand: 05.07.2022].

dem traditionellen Verweis auf bereits existierende NATO-Strukturen und kostspielige Dopplungen ab und erinnerten einmal mehr an die Freiwilligkeit jeder Kooperation im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bzw. an das Einstimmigkeitsprinzip (bislang dato vor allem bei zivilen und Polizeieinsätzen auf dem Balkan und dem afrikanischen Kontinent erzielt). Schließlich zeigten die Differenzen um das von Paris angestoßene Konzept der „permanenten strukturierten Zusammenarbeit“ auch in der Verteidigung (PESCO), wie sehr die GSVP nach wie vor auch von den Führungsmächten in Europa bis zuletzt eher als Ergänzung zur denn als Ersatz für die NATO gesehen wird. Während Frankreich für eine Kerngruppe der ambitionierten Staaten warb, zielte Berlin auf eine Einbindung möglichst vieler Mitgliedstaaten und verurteilte damit die Idee sehr rasch zum Scheitern. Stattdessen fand vielmehr die von NATO-Generalsekretär Stoltenberg auf den NATO-Gipfeln in Wales (2014) und Warschau (2016) präsentierte Idee der Einrichtung von vier multinationalen Bataillonen im Baltikum und in Polen zur Absicherung der Ostflanke des Bündnisses bzw. Abschreckung Russlands breite Unterstützung sowohl von Frankreich wie von Deutschland.

Die Gründe für die Unstimmigkeiten und das Zögern der Europäer sind sattsam bekannt und liegen vor allem in der oft etwas naiven, aber auch bequemen Sicht auf die Welt (welche der Union teilweise zu Recht den Vorwurf eines bisweilen instrumentellen Verhältnis zur historisch begründeten „Kultur der Zurückhaltung“ in militärischen Fragen eintrug), den institutionellen Selbstblockaden und mangelhaft integrierten und ausgerüsteten Streitkräften, und nicht zuletzt unterschiedlichen außenpolitischen Traditionen und Sicherheitslagen der Mitgliedstaaten, von denen allenfalls Frankreich (und bis vor kurzem Großbritannien) in macht- und geopolitischen Kategorien denken und argumentieren. Ihren Ursprung wiederum haben all diese Defizite in dem mangelnden politischen Willen der Europäer, aus dem Schatten ihrer Vergangenheit herauszutreten und eine europäische Strategie zu entwickeln, die im Wesentlichen drei Fragen präzisiert:

- » *erstens*, welchen Auftrag Streitkräfte aus EU-Mitgliedstaaten innerhalb der GSVP erfüllen sollen und welche Fähigkeiten bzw. Ausrüstung sie dafür benötigen;
- » *zweitens*, warum strategische Autonomie nicht bedeuten kann, dass Europa auf eine

Duplizierung von Streitkräften verzichtet, weil man keine Alternative zur NATO entwickeln will (so wie das die skandinavischen und baltischen Staaten sowie Polen fordern); » und *drittens*, wo und wie Europa bereit ist, sich im Verteidigungsfall zu schützen bzw. glaubwürdige Abschreckung zu projizieren. Dabei muss in letzter Konsequenz auch die Frage auf den Tisch, ob die bisherige nukleare Teilhabe auf eine eigenständige europäische Ebene in Form der Europäisierung der französischen Nuklearstreitmacht gehoben werden muss.⁷

Solange man auf diese Fragen keine Antworten gibt, bleibt die Diskussion um „strategische Autonomie“ eine Scheindebatte und die USA die Lebensversicherung Europas. Dafür aber wird die EU dann auch den Preis zahlen müssen, den Washington als Führungsmacht im Bündnis zu Recht einfordert – nämlich jene zwei Prozent des BIPs für die Verteidigung oder zumindest gut ausgerüstete und einsatzfähige Streitkräfte, die den europäischen Pfeiler in der NATO effektiv stärken; dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik als nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft natürliche Führungsmacht neben Frankreich. Andernfalls geht die Union ein hohes Risiko ein, dass Washington im Ernstfall der eigenen Sicherheit Vorrang einräumt. Der Druck aus der amerikanischen Gesellschaft wird jedenfalls größer, das reiche Europa für seine eigene Sicherheit mehr zahlen zu lassen.

Eben diesen Spagat muss die EU jetzt vollziehen, andernfalls verliert sie zusehends das Vertrauen seiner „Neumitglieder“, die sich auch in diesen Tagen nahezu ausschließlich auf die USA bzw. das NATO-Bündnis verlassen. Voraussetzung dafür wird auch sein, den europäischen Gesellschaften zu vermitteln, was die Stunde geschlagen hat. Die Vision einer Welt, in der das Recht in Form einer regelbasierten internationalen Ordnung über die Machtansprüche von vermeintlichen und tatsächlichen Großmächten obsiegt, bleibt vorerst eine unerfüllte Utopie. So unpopulär, wie politische Führungen in Europa glauben, ist Außen- und Sicherheitspolitik längst nicht mehr, wie Umfragen zeigen. Ohne strategische Debatten

7 Bruno Tertrais: *Weapons of Mass Debate – Time to talk about Nuclear*, Institute Montaigne, Paris (19.07.2021), <https://www.institutmontaigne.org> [Stand: 05.07.2022]; s. auch: Michael Rühle: Putins Drohungen und die Angstmacher, in: Neue Züricher Zeitung v. 21.03.2022.

wird der politische Wille nicht zu generieren sein, der Voraussetzung ist für die Schaffung, und notfalls eben auch den Einsatz autonomer europäischer Sicherheitsstrukturen. Dies setzt voraus, dass sich die politischen Führungen in Europa, vermittelt durch die Unterstützung in den Gesellschaften, vor allem mental und moralisch auf die neuen geopolitischen Realitäten einlassen. Das erfordert auch Diskussionen über unbequeme und lange Zeit tabuisierte Fragen, wie man mit den Mitteln russischer oder chinesischer asymmetrischer Kriegsführung (Täuschung, Drohung und Abschreckung, Desinformation, Einsatz privater Söldner etc.) umzugehen hat.

Die geoökonomischen Herausforderungen – der derzeitige Machtkampf entscheidet sich auch über den Einsatz ökonomischer Instrumente

Zusätzlich verschärft wird der globale geopolitische Machtkampf um Einflusszonen durch eine weitere Entwicklung, die für Europa mittel- und langfristig weitaus entscheidender sein wird; die wachsende Bedeutung der Geoökonomie. Weltweit greifen Regierungen (vor allem China, aber auch die USA) auf geoökonomische Mittel zur Erreichung von außenpolitischen, aber auch ökonomischen Zielen zurück und verstärken damit den Trend zu Nationalismen, Abschottung und Konfliktbereitschaft (Brexit, „Trumpismus“, Chinas zunehmend aggressivere Haltung, Russland, Populismus in Europa wie USA). Zu den Instrumenten zählen dabei Sanktionen und Exportbeschränkungen, aber auch die strategische Beschränkung oder Öffnung des Zugangs zu Anleihen, Finanztransaktionen oder Wirtschaftshilfe. In allen Fällen handelt es sich im Grunde um protektionistische Maßnahmen, die den internationalen Austausch von Gütern, Kapital, Menschen oder Technologie behindern.

Vor allem China ist zur treibenden Kraft im Wettstreit um Absatzmärkte und Weltmarktanteile geworden. Prominenteste Beispiele sind geoökonomische Megaprojekte wie die „Neue Seidenstraße“ oder Pekings strategische Investitionen in Afrika. Erst seit kurzem bemühen sich die USA und Europa, Chinas Ausbau seiner geoökonomischen Einflussosphäre etwas entgegenzusetzen; so haben die G7 im Juni 2021 die *Initiative Build Back Better World* (B3W) gestartet, welche

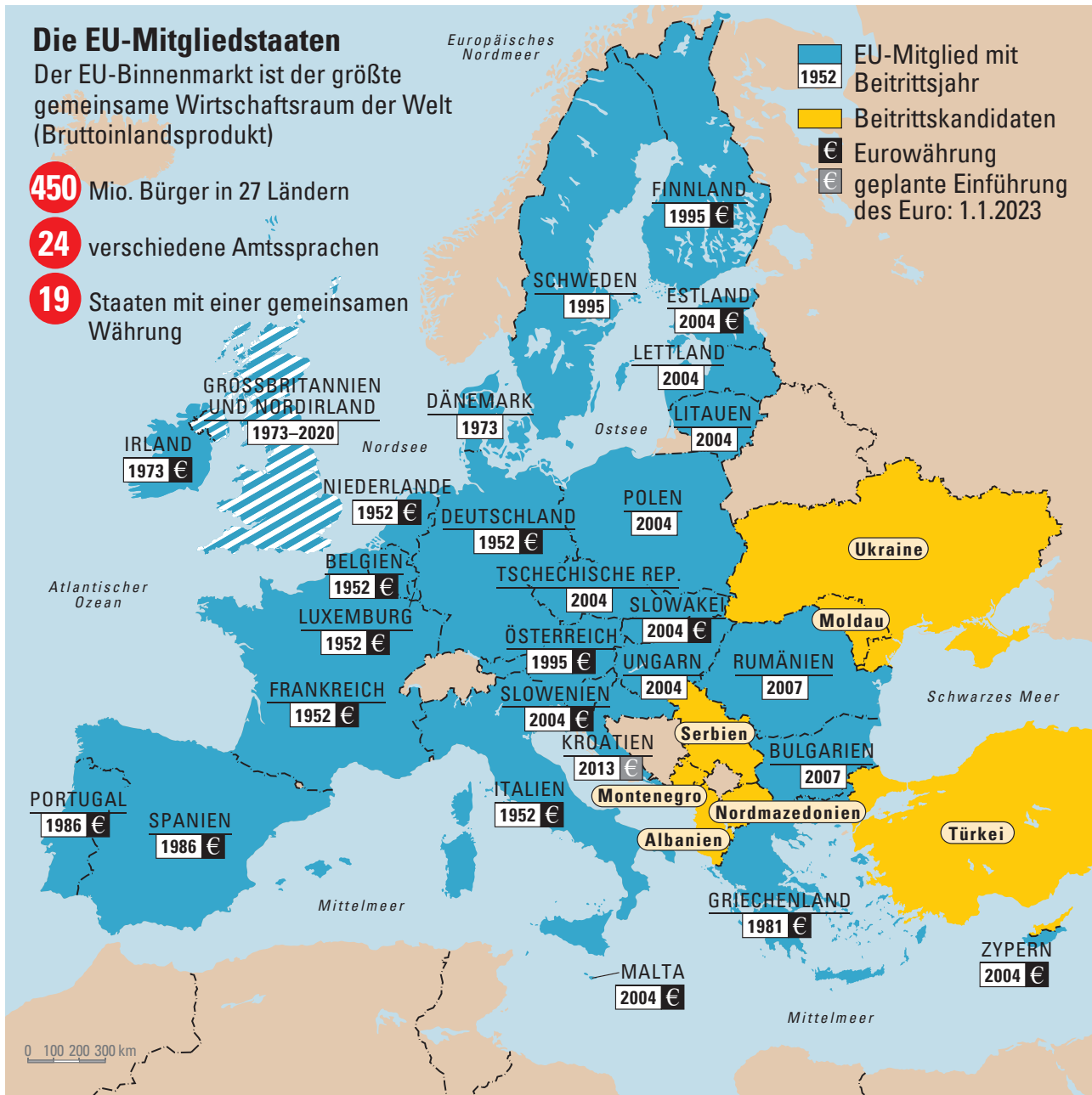
Privatinvestitionen in Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern fördern soll. Der Weg in die Transition von ökonomisch getriebener Außenwirtschaftspolitik hin zu einer stärker außenpolitisch und geopolitisch motivierten Außenwirtschaftspolitik fällt der EU dabei schwerer als den USA. Und allemal wird es eines finanziellen wie diplomatischen Kraftakts bedürfen, will man den Finanzvolumina Pekings (bislang knapp einer Billion US-Dollar) etwas entgegensetzen.⁸ Den transatlantischen Partnern bleibt letztlich nur die Hoffnung in die Einsicht der Adressatenländer der Seidenstraßeninitiative, dass die versprochenen Wohlfahrtsgewinne für alle am Ende einen hohen Preis haben könnten. So ist Chinas Investitionspolitik an politische Bedingungen geknüpft, die gefährliche Abhängigkeiten schaffen, Verträge sind meist undurchsichtig, gewähren allenfalls rückzahlbare Kredite und schließen Umschuldungen oftmals explizit aus.

Die COVID-19-Pandemie und der in vielen Ländern damit einhergehende Fokus auf nationale Interessen haben diese protektionistischen Bestrebungen zusätzlich verschärft. Zum einen wurden für in der Pandemie benötigte medizinische Produkte Exportbeschränkungen erlassen, so dass ein Wettlauf um Impfstoffe entbrannte. Zum anderen haben diese Exportbeschränkungen gepaart mit den oben genannten geoökonomischen Mitteln zu einem Umdenken unter Unternehmen geführt, globale Lieferketten zu verkürzen und die Produktion „nach Hause“ zu holen – ein Trend, der sich schon vor der Pandemie abzeichnete. Immer mehr europäische Unternehmen beabsichtigten, in Zukunft mehr Vorprodukte und Materialien aus dem heimischen oder EU-Raum zu beziehen und damit die Lieferkette (sprich Handelsbeziehungen) zu verkürzen.⁹

Für Europa bedeutet diese Entwicklung eine Gratwanderung. Als Region, die wie keine andere weltweit vom internationalen Handel abhängig ist, kann die Union sich eine Entkopplung von den globalen Absatzmärkten nicht leisten; sie bleibt von Lieferketten (insbesondere bei Rohstoffen und kritischen Mineralien) und Technologien (in der Chemie- und Elektroindustrie, aber auch im

8 Jean Pisani-Ferry: The Geopolitical Conquest of Economics, Project Syndicate 2021, www.theglobaleye.it [Stand: 05.07.2022].

9 Lisandra Flach/Jasmin Gröschl/Marina Steininger/Feodora Teti/Andreas Baur: Internationale Wertschöpfungsketten – Reformbedarf und Möglichkeiten, Ifo-Studie für die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021.



Karte: Peter Palm, Berlin

Maschinenbau) gerade für die digitale und grüne Transformation abhängig.¹⁰ Andererseits besitzt die EU mit dem Binnenmarkt und seinen knapp 500 Millionen Konsumenten einen Wirtschafts- hebel, den sie auch als starkes Instrument der

Außenpolitik nutzen kann, ohne dabei die Prinzipien der Offenheit und Nachhaltigkeit aufzugeben. Als nach wie vor wichtigste Handelspartnerin für viele Länder (wichtigster Exportmarkt für die USA, Indien, Südafrika oder Russland und zweitwichtigster für China und Brasilien) kann sie beträchtlichen Einfluss nehmen auf die Festlegung von internationalen Normen und Standards für Waren und Dienstleistungen. Die Tech-Giganten aus den USA, Japan oder Südkorea nehmen im Gegenzug für den Zugang zum EU-Binnenmarkt freiwillig

10 Lisandra Flach/Feodora Teti: Die Zukunft der EU-China-Handelspolitik: Herausforderungen angehen und eigenen Handelsinteressen selbstbewusst vertreten, Wirtschaftsdienst 11 [2021], www.wirtschaftsdienst.eu [Stand: 05.07.2022].

eine Angleichung an diese Standards vor, um den ansonsten durch sprachliche, kulturelle und rechtliche Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Ländern bedingten höheren Anpassungskosten zu entgehen. Google erzielt seine Milliardengewinne vor allem in Europa (Marktanteil 90 Prozent), Facebook zählt mehr tägliche Nutzer in Europa (knapp 280 Millionen) als in den USA.

Dieser sogenannte „*Brussels Effect*“ (Bradford, 2020) bedeutet, dass die EU ihre eigenen Vorschriften und Normen extra-territorialisieren und damit ihre Einflussosphäre ausweiten kann. Dies lässt sich vor allem bei der Datenschutz-Grundverordnung (2016) beobachten, die binnen Kurzem zum globalen Standard geworden ist. Es zeigt sich aber auch bei der Chemikalienverordnung, in der Klimapolitik, wo der geplante CO₂-Grenzausgleich immerhin dazu führte, dass den USA ein gemeinsames Schutzkonzept gegen „schmutzig“ produzierte Stahleinfuhren abgerungen werden konnte, und in vielen anderen Bereichen (u.a. Sondermüll, Abgasnormen, Tierversuche, Pflanzenschutz, Kartell- und Wettbewerbsrecht).¹¹

Selbst China musste sich in den vergangenen Jahren solchen Vorschriften beugen. Der Sorge vor einseitigen Abhängigkeiten von Russland (Energie) oder China (wo tatsächlich vor allem bei kritischen Rohstoffen/seltenen Erden aufgrund Chinas Monopolstellung wirtschaftliche Abhängigkeiten bestehen) kann man von europäischer Seite somit etwas entgegensetzen. So wichtig der chinesische Absatzmarkt für Europa auch ist, so sehr bleibt er für europäische Unternehmen insgesamt beschränkt; im EU-Durchschnitt erwirtschafteten Letztere vor COVID (2019) etwa elf Prozent ihres Umsatzes in China¹² Vor allem im

Bereich Investitionen und technologisches Know-how zählt die EU neben China nach wie vor zu den größten Arbeitsplatzbeschaffern und könnte umgekehrt China mit der Einführung einer geplanten Investitionskontrolle zur Verhinderung von Übernahmen von Schlüsseltechnologien empfindlich treffen. Gleiches gilt für Wirtschaftssanktionen, deren Effizienz die Kommission durch bessere Erkenntnisse über die Ziele, eine schnellere Durchsetzung und Beihilfen gegen Kollateralschäden erhöhen will, das geplante Lieferkettengesetz und den Vorschlag zur Sanktionsabwehr bis hin zur Eigendrohung mit Gegensanktionen.

Nützt die Union das Potential ihres Binnenmarkts, über den die Mitglieder im Übrigen nach wie vor den Großteil ihres Außenhandels abwickeln (weit mehr als 50 Prozent!), vollendet sie zudem die Integration in den Bereichen Banken- und Kapitalmarktunion und treibt die Fiskalunion und die Entwicklung des digitalen Euros voran, hat sie beste Chancen, im globalen geoökonomischen Machtkampf zu bestehen. Weitere Voraussetzungen dafür sind die größtmögliche Diversifizierung des Handels (eine Option, die Unternehmen bereits in Vor-Covid-Zeiten vorangetrieben haben) und eine Flexibilisierung der Produktion von Unternehmensseite durch Einsatz alternative Vorprodukte statt der klassischen gesetzten Güter. Ihre ganze Wirkung entfalten wird die geoökonomische Wende allerdings nur, wenn sie begleitet wird von der Bewältigung der geopolitischen Herausforderungen; dies wiederum setzt voraus, dass Europa auch außen- und sicherheitspolitisch ernst genommen wird. Erst dann wird sich die Lücke zu den USA und China schließen lassen. ●

11 Anu Bradford: *The Brussels Effect*, Oxford University Press, Oxford 2020.

12 Max Zenglein: *Mapping and recalibrating Europe's economic interdependence with Mercator Institute for China Studies (MERICS)*, 18. November 2020.

EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK UND DAS ENDE DER GEWISSHEITEN

von Johannes Varwick



Der Hohe Kommissar der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell Fontanelles, bei einer Plenartagung zu den jüngsten Entwicklungen des Krieges gegen die Ukraine und der EU-Sanktionen gegen Russland und deren Umsetzung im Plenarsaal des Europäischen Parlaments, in Straßburg, 6. April 2022

Foto: picture alliance/Geisler-Fotopress/Fotograf: Dwi Anoraganingrum

Europa galt Vielen als Hort der Stabilität und des Friedens in einer ansonsten chaotischen und gewaltsamen Welt. Diese sicherheitspolitische Lage hat sich drastisch verändert. Zu den dramatischen Entwicklungen, die dem Begriff „Zeitenwende“ zugrunde liegen, gehört vor allem der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022. Dieser berührt die europäische und internationale Sicherheit unmittelbar. Sie erzwingt eine Prüfung, ob und inwieweit bisherige Gewissheiten in der internationalen Konfliktvermeidung und -lösung überholt sind, und mithin grundlegender Anpassungsbedarf besteht. Kern einer Zeitenwende ist, dass es ein Davon und ein Danach gibt - und das Danach anders aussieht. Zugleich gibt es aber auch eine Pfadabhängigkeit, die es erschwert, auf Veränderungen angemessen zu reagieren. Dies ist im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik besonders relevant.

Akteure der europäischen Sicherheitspolitik

Zentrale Akteure in der europäischen Sicherheitspolitik sind einerseits die Staaten, andererseits aber auch internationale Organisationen, hier insbesondere die Europäische Union (EU), die Nordatlantikorganisation (NATO) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Während die OSZE, mit 57 Mitgliedstaaten die einzig umfassende Sicherheitsorganisation auf dem Kontinent, derzeit und auf absehbare Zeit durch die Vetomöglichkeiten ihres Mitglieds Russland nahezu vollständig gelähmt ist und Reformen damit nahezu ausgeschlossen sind, befinden sich NATO und EU durch die veränderte Lage unter einem erheblichen Anpassungsdruck. Mit der Rückkehr des Themas der Landes- und Bündnisverteidigung hat sich die Bedeutung der NATO für die europäische Sicherheitspolitik abermals erhöht, auch deshalb, da mit dem auf dem NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni 2022 absehbaren im Grundsatz beschlossenen Beitritt der EU-Mitglieder Schweden und Finnland die Mitgliederkongruenz zwischen NATO (dann 32 Mitgliedstaaten) und EU (27 Mitgliedstaaten) zugenommen hat. Nur noch Irland, Malta, Österreich und Zypern sind EU-, aber nicht NATO-Mitglied. Großbritannien ist zwar aus der EU ausgetreten, bleibt aber aktives NATO-Mitglied. Die Relevanz der NATO für die europäische Sicherheit ist mithin unstrittig. Allerdings ist nicht sicher zu beurteilen, wie sich die USA dauerhaft positionieren

werden und ob die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa dort innenpolitisch langfristig und verlässlich mehrheitsfähig ist. Welche Konsequenzen in diesem Sinne ein „Trump II“ hätte, kann heute niemand voraussagen.

Mit dem strategischen Konzept vom Juni 2022 hat die NATO nun die Richtung für die kommenden Jahre vorgegeben. Mehr Abschreckung gegen Russland, stärkere militärische Präsenz an der Ostflanke, deutliche Erhöhung der Einsatzbereitschaft und der Verteidigungsausgaben, Offenheit für weitere Erweiterungen und zugleich eine Rolle im internationalen Krisenmanagement sowie die Stärkung von globalen Partnerschaften mit demokratischen Staaten sind einige der Leitlinien.¹ Auch China wird erstmals in einer offiziellen Nato-Strategie als Thema von Relevanz erwähnt. Auch enthält die Gipfelerklärung einen Beschluss zur Erweiterung um Schweden und Finnland – beide Staaten hatten sich zuvor entschieden, ihre jahrzehntelange Neutralitätspolitik aufzugeben und sich um einen Beitritt zu bemühen. Obgleich türkische Bedenken lange Zeit einen Konsens verhinderten und damit viel Porzellan zerschlagen wurde, erfährt die Allianz damit einen strategischen Bedeutungszuwachs an ihrer Nordostflanke und verstärkt zugleich das strukturelle Ungleichgewicht im Verhältnis zu Russland, das nun eine weitere, 1300 Kilometer lange Grenze mit der Nato bekommt.

Neben diesen für die europäische Sicherheitsordnung zentralen Organisationen gibt es aber auch eine Reihe an bi- und multilateralen Ansätzen, darunter der 2019 geschlossene deutsch-französische Vertrag von Aachen, der in Nachfolge des Élysée-Vertrags von 1963 eine enge Kooperation in Sicherheitsfragen vorsieht, das sogenannten „Weimarer Dreieck“², in dem Deutschland, Frankreich und Polen kooperieren, oder auch französisch-britische, britisch-schwedische und zahlreiche andere Verteidigungskooperationen.

1 Nato 2022: Strategisches Konzept der Nato vom 29.06.2022, <https://nato.diplo.de/nato-de/service/-/2539668> [Stand: 01.07.2022].

2 Das sog. „Weimarer Dreieck“ wurde im geschichtspolitischen Rückgriff auf die zwanziger Jahre am 28. August 1991 von den damaligen Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens - Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski - an Goethes Geburtstag in Weimar ins Leben gerufen, um gemeinsame Grundinteressen für die Zukunft Europas zu identifizieren sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen. In einer 10-Punkte-Erklärung bekräftigten die Minister damals die maßgebliche Verantwortung der drei Länder für den europäischen Integrationsprozess.

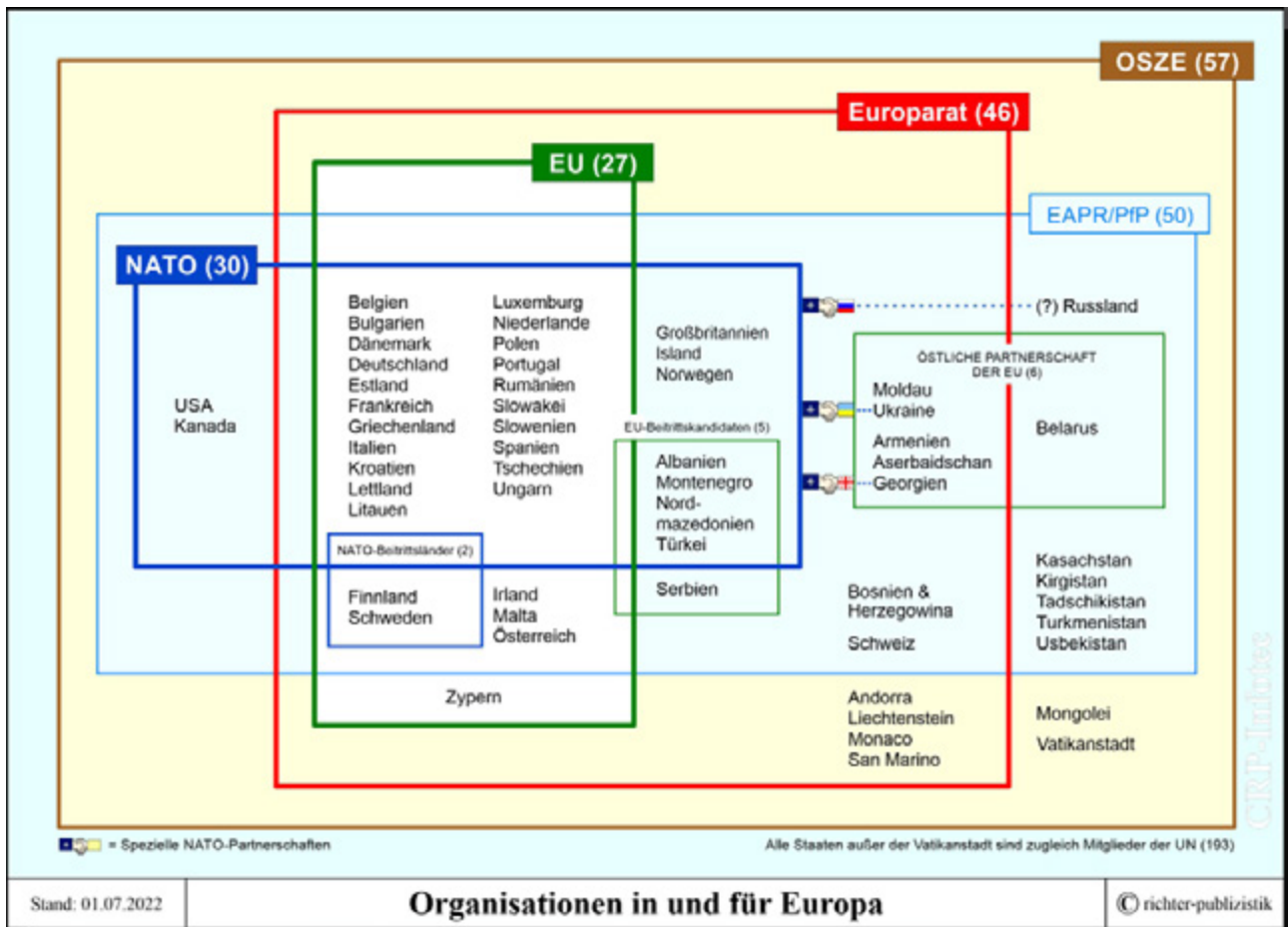


Abbildung:
Richter-Publizistik,
Bonn (www.
crp-infotec.de)

Strategische Autonomie der EU in Theorie und Praxis

Zentrale bzw. umfassendste sicherheitspolitische Organisation in Europa ist trotz des Bedeutungszuwachses der NATO mithin die EU. Allerdings steht diese unter erheblichem Anpassungsdruck. Innere Krisen sind im Verlauf der europäischen Integration eher der Normal- als ein Sonderfall. Bisher folgte die Integrationsgeschichte meist dem Muster einer stetigen Schwankung zwischen Krise und Fortschritt. Es handelte sich in der Regel nicht um „Existenzkrisen der EU“, sondern um „Entwicklungskrisen der EU“, die den Integrationsprozess im Ergebnis durch eine weiter fortschreitende Vergemeinschaftung auf eine neue Stufe gehoben haben.³ Welche Wir-

kungen der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 haben wird, ist heute nicht absehbar, es spricht aber Vieles dafür, dass einerseits der Wert der europäischen Einigung in der Wahrnehmung der überwiegenden Zahl der Staaten grundsätzlich zunehmen und damit die Chancen für eine einheitliche Position wachsen dürfte. Andererseits dürfte – siehe oben – die NATO an Bedeutung für die europäische Sicherheit gewinnen. Zugleich gerät die EU mit dem Beitrittswunsch der Ukraine zusätzlich unter Druck, ihre internen Hausaufgaben zu erledigen und ihr Integrationsmodell zu überdenken.

Bereits seit längerer Zeit ist das Umfeld der EU auf eine Art und Weise unsicher geworden, die sich in der Aufbruchsstimmung der 1990er Jahre kaum jemand hätte ausmalen können. Um nur einige Stichworte zu nennen: Ein zunehmend aggressiv auftretendes, revisionistisches Russland, manifest insbesondere, aber nicht nur in der Krim-Krise 2014 und dem Ukrainekrieg 2022, erheblicher Stabilisierungsbedarf im Süden und Südosten des EU-Territoriums bei offenkundiger Nichteignung

3 Johannes Varwick: Die EU zwischen Krise und Neubeginn, in: Saso Jerse/Kristina Lahl (Hg.): Endpunkte und Neuanfänge. Geisteswissenschaftliche Annäherungen an die Dynamik von Zeitläuften, Wien 2022, S. 275-284.



der Europäischen Nachbarschaftspolitik, dies zu gewährleisten, beunruhigende Entwicklungen in der Türkei, Folgewirkungen des Chaos im Nahen Osten in Gestalt von Terrorismus und Flüchtlingsbewegungen, die riesigen Herausforderungen in Afrika, von globalen Themen wie Klimawandel und Massenvernichtungswaffen ganz zu schweigen – all dies vor dem Hintergrund einer unsicher gewordenen transatlantischen Partnerschaft und eines zunehmend machtbewusst auftretenden Chinas.

Grundsätzlich kann mittlerweile kein EU-Mitgliedstaat seine Sicherheit mehr allein gewährleisten und nur noch wenige Staaten verfügen über ein breites Fähigkeitsprofil, politisch wie militärisch. Allerdings: Schon seit fast einem Jahrzehnt böten die blumigen Bestimmungen zur Sicherheitspolitik im EU-Vertrag von Lissabon (2009) die Möglichkeit, einen außen- und sicherheitspolitischen Ansatz mit entsprechenden Fähigkeiten zu stärken und weiterzuentwickeln, denn die Instrumente bzw. der rechtliche Handlungsrahmen sind grundsätzlich vorhanden. Bereits 1999/2000 sprach der damalige Hohe Vertreter für die gemeinsame Außenpolitik, Javier Solana, davon, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bewege sich „mit Lichtgeschwindigkeit“⁴, bereits seit 2004 gibt es eine EU-Verteidigungsagentur und seit 2005 EU-Battlegroups, die aber noch nie eingesetzt worden sind. Auch die Bilanz

der Anstrengungen beim sogenannten ‚pooling and sharing‘ ist ernüchternd. Ab 2017 sind die „Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO), die „Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung“ (CARD) und ein EU-Verteidigungsfond dazugekommen – alles Schritte in die richtige Richtung, aber kein Quantensprung, und diejenigen, die sich schon ein bisschen länger mit dem Thema beschäftigen, wissen, dass die EU im Bereich der Sicherheitspolitik bisher viel mehr Ambitionen hatte als Wille und Fähigkeiten. Wie könnte also der Schritt von Rhetorik zu Substanz gelingen?

Solange die europäischen Nationen keine Einigkeit über die Fragen erzielen, wann, wie und wofür Streitkräfte zukünftig eingesetzt werden, wird sich an dieser Ausgangslage nur wenig ändern. Das Problem ist mithin in erster Linie ein politisches: Es fehlt am Willen, die bestehenden Instrumente zu nutzen.

Strategischer Kompass als Antwort

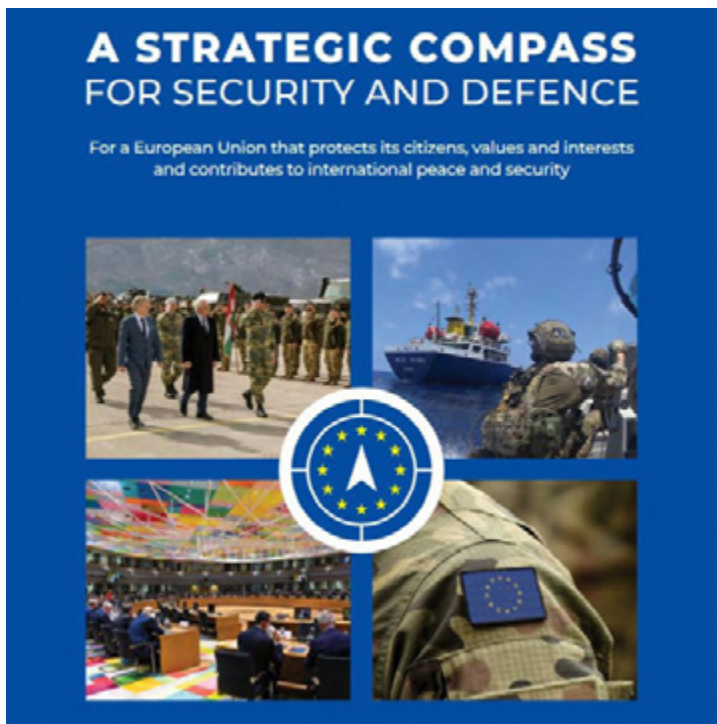
Im März 2022, inmitten des Krieges gegen die Ukraine, hat die EU ihren sogenannten „Strategischen Kompass“ beschlossen, der die gemeinsamen Ziele im Bereich Sicherheit und Verteidigung neu definiert und die Mitgliedstaaten auf eine Reihe konkreter Ziele für die kommenden zehn Jahre verpflichtet.⁵ Die dynamische Entwicklung und enge Zusammenarbeit sprechen unzweifelhaft für eine

Am 13. November 2017 unterzeichneten die Außen- und Verteidigungsminister von 23 EU-Mitgliedstaaten auf einer Sitzung des Rat für Auswärtige Angelegenheiten die gemeinsame Erklärung zur Einrichtung von PESCO.

Foto: EU2017EE Estonian Presidency, CC BY 2.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0>>, via Wikimedia Commons

4 S. „Wir bewegen uns mit Lichtgeschwindigkeit“, Interview mit Javier Solana, in: Die Welt v. 25.2.2000, www.welt.de/print-welt/article504161/Wir-bewegen-uns-mit-Lichtgeschwindigkeit.html [Stand: 11.07.2022].

5 Rat der Europäischen Union: Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt, Brüssel 2022, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7371-2022-INIT/de/pdf>. [Stand: 01.7.2022].



Cover der EU-Broschüre zur Erläuterung des „Strategischen Kompass“, März 2022, Downloadmöglichkeit unter: www.eeas.europa.eu/eeas/strategic-compass-security-and-defence-0_en
Abbildung: www.eeas.europa.eu

Stärkung der sicherheitspolitischen Rolle der EU. Doch ihre Form hat sich in den vergangenen Jahren schneller entwickelt als ihre Funktion und operative Fähigkeit. Dies insbesondere, da die Absichtserklärungen der Mitgliedstaaten oft weiter reichen als der am praktischen Output zu messende politische Wille zur Kooperation.

Die Europäer müssen zweifellos ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten in Krisensituationen verbessern und haben sich fortwährend in immer neuen Dokumenten dazu verpflichtet. Knapper werdende Mittel und eine veränderte Bereitschaft der USA, sich für europäische Belange zu engagieren, zwingen geradezu zu mehr Gemeinsamkeit. Die Debatte über die Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit dreht sich dabei zunehmend um den schillernden Begriff der „strategischen Autonomie“. Darunter wird die Fähigkeit verstanden, gemeinsam sicherheitspolitische Prioritäten zu formulieren und über die Mittel – also die institutionellen, materiellen und politischen Voraussetzungen – zu verfügen, diese als Europäer souverän umzusetzen. Der Begriff ist allerdings mit vielen Fragezeichen verbunden. Es ist unklar, ob der EU genügend und die richtigen Mittel bereitstehen, ob ihre tragenden Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich darunter das Gleiche verstehen, was das für die NATO bedeutet und

welche Rolle die EU tatsächlich in der Sicherheitspolitik spielen kann und soll.

Solange die europäischen Nationen keine Einigkeit über die Fragen erzielen, wann, wie und wofür Streitkräfte zukünftig eingesetzt werden, wird sich an dieser Ausgangslage nur wenig ändern. Infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ist die Bedeutung der NATO und der Sicherheitsgarantie der USA zudem deutlich gestiegen und es ist unklar, was das für die Relevanz der EU in diesem Bereich bedeutet. Denkbar ist, dass der Bedeutungszuwachs der NATO vollkommen zu Lasten der EU geht. Andererseits ist es ebenso möglich, dass die Rollen der EU in der NATO zunehmen werden und daraus eine engere innereuropäische Zusammenarbeit resultiert.

Insgesamt bleibt die Bedeutung der EU in der internationalen und europäischen Sicherheitsarchitektur von strategischer Ungewissheit geprägt. Zentral für die Entwicklungsperspektiven der EU bleibt jedenfalls ihr Verhältnis zur NATO und die Frage, wie weit sich die EU autonom entwickeln wird oder ob das transatlantische Verhältnis langfristig auf eine bilaterale Struktur mit zwei Pfeilern – USA und EU – hinausläuft. Unsicher ist auch, ob die USA auf Dauer verlässlich einen tragenden Pfeiler bereitstellen, oder ob aus innenpolitischen Gründen (siehe „Trump-Schock“) ein Rückzug zu erwarten ist.

Wenn pragmatische Ansätze längerfristig funktionieren sollen, müssten auch aus heutiger Sicht visionäre Pläne für eine bessere innereuropäische Arbeitsteilung bis hin zu pragmatischen Schritten zu einer Art europäischen Armee auf die europäische Agenda gesetzt werden, ohne zu erwarten, dass dies kurzfristig durchsetzbar wäre. Der Aufbau einer „Armee der Europäer“ könnte als Instrument einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zusammenwirken mit der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitskultur für Europa eine realistische Vision sein. Zugleich bleiben sehr unterschiedliche Wahrnehmungen der Sicherheitslage und daraus ableitbare divergierende einzelstaatliche Politiken bestehen, mit der Folge, dass eine gemeinsame strategische Kultur in Europa ein Zukunftsprojekt bleibt.

Erweiterungspolitik im Wandel

Eine weitere Herausforderung ist, dass der geographische Endzustand der europäischen Integration unklar ist. Nachdem die EU durch Assoziierungspolitik und Beitrittsperspektiven

bis in die 1990er Jahre erheblich zur Stabilisierung und Sicherheit in Europa beitragen konnte, scheint die Integrationsdynamik mit den letzten Erweiterungen um nunmehr 13 neue Mitglieder ihren Zenit überschritten zu haben. Bereits infolge des Kosovokrieges und des darauffolgenden EU-Gipfeltreffens in Helsinki 1999 hatte sich die Erweiterungsdebatte qualitativ verändert. Neben das kriteriengesteuerte Erweiterungskonzept ist eine an geostrategischen Gesichtspunkten orientierte Erweiterung getreten. Die Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans wurde nunmehr als Stabilisierungsinstrument für eine Krisenregion genutzt, um bewaffnete Konflikte dauerhaft zu unterbinden. Erfolg hatte das bisher nur in engen Grenzen. Staaten wie Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Kosovo und Serbien werden Jahr für Jahr hinsichtlich eines eventuellen Beitritts zur EU vertröstet. Die langwierigen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind zudem angesichts gravierender Rückschritte in grundlegenden Schlüsselbereichen derzeit faktisch stillgelegt.

Einen ähnlichen Ansatz scheint es nach dem russischen Angriff auf die Ukraine zu geben, die seit Ende Juni offiziell als Beitrittskandidat gilt. So soll die Region stabilisiert werden – ohne allerdings zu wissen, ob sich das auch realisieren lässt. Doch je schneller der Stabilitätsanker EU expandiert, desto weniger Halt bietet ihm der institutionelle Grund, auf dem er liegt; denn für Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung reicht das Integrationspotenzial der Union nicht aus. Die Erweiterung als geostrategisches Instrument ist deshalb weder für die EU-Institutionen praktikabel, noch den EU-Bevölkerungen vermittelbar. Aus diesem Dilemma muss sich die EU herausmanövrieren, um glaubhaft Stabilisierungspolitik betreiben zu können.

„Seltsame Supermacht“ EU

Es ist zwar nicht neu, dass die EU-Mitgliedsstaaten sich in ihren geographischen Prioritäten, ihren präferierten Mitteln der Konfliktbearbeitung, ihren außen- und sicherheitspolitischen Kulturen, ihrer Bewertung des transatlantischen Verhältnisses usw. markant unterscheiden, aber das Aufbrechen und die Verstärkung tiefer Bruchlinien unter den Mitgliedstaaten lässt es unwahrscheinlich erscheinen, aus dem vielbeklagten „außenpolitischen Zwerg EU“ einen eigentlich dringend



benötigten Riesen zu machen. Zudem steht die EU vor der Herausforderung, ihre inneren Probleme und Krisen nachhaltig zu lösen und eine konstruktive Entscheidungskultur zu schaffen. Besonders im Kontext der politischen Entwicklung in Polen und Ungarn wird sich zeigen, wie resilient die EU gegen Schädigungen von innen ist.

Die integrationspolitischen Herausforderungen und die damit einhergehende Orientierung nach Innen fallen zusammen mit einer grundlegenden Machtverschiebung im internationalen System. In ihren Außenbeziehungen muss es der EU gelingen, eine gemeinsame Vorstellung internationaler

Abbildung: picture alliance/dpa-info-grafik GmbH

Ordnung sowie der Instrumente und Ziele ihres auswärtigen Handelns zu entwickeln. Die EU steht auch vor der Herausforderung, den Interessensspagat zwischen ihrer wirtschaftlichen Partnerschaft mit den aufstrebenden Mächten Asiens und dem sicherheitspolitischen Bündnis mit dem Westen zu meistern. Die Spannung wird hinsichtlich der Entkopplungsstrategie, welche die USA mit Blick auf China einschlagen, noch erhöht. Die bisherigen Prämissen des transatlantischen Verhältnisses stehen damit ebenso auf dem Prüfstand wie die Rolle, welche die europäischen Staaten neben den USA und den aufstrebenden Mächten einnehmen wollen und können.

Die weltpolitische Lage böte mithin Grund genug für eine gemeinsame und effektive Außen- und Sicherheitspolitik „aus einem Guss“. Trotz einiger unbestreitbarer Fortschritte kann bzw. will die EU die vertraglich vorhandenen Möglichkeiten und Instrumente wohl nicht wirklich nutzen. Die EU lässt sich mithin als „seltsame Supermacht“⁶ bezeichnen. Insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen bleibt sie einstweilen eine „Macht im Konjunktiv“.⁷ Bereits in der Corona-Pandemie war sie in eine Phase der Beschäftigung mit sich selbst eingetreten und hatte den Blick vorwiegend nach Innen gewandt. Ob sich das infolge der Ukraine-Krise ändert, ist offen. Nach außen bleibt sie jedenfalls ein fragmentierter Akteur, der in jeder Krise um den inneren Zusammenhalt ringen muss. Staatliche Ansprüche auf Souveränität, die so längst nicht mehr vorhanden ist, bleiben also das größte Hindernis für Fortschritte in Europa. Es lässt sich



Logo der European Defence Agency

6 Johannes Varwick: Europas Emanzipation, in: Magazin der Bundeswehr, (4) (2020), S. 44-47.

7 Ders.: Macht im Konjunktiv, in: Neue Züricher Zeitung v.om 15.11.2016, S. 10.

von einem „Souveränitätsparadoxon der EU“⁸ sprechen, das sich kaum kurzfristig ändern lässt.

Die EU im „Ost-West-Konflikt 2.0“

Die Verflechtung und die gegenseitige Abhängigkeit der EU-Staaten untereinander sind gleichwohl bereits heute derart hoch, dass dieser große Sprung hin zu einer „Europaarmee“ – auch wenn er nicht in kurzer Frist zu verwirklichen ist – eines Tages die logische Folge des europäischen Integrationsprozesses sein dürfte. Im Klein-Klein verharren oder den großen Sprung wagen, so ließe sich die Alternative zuspitzen. Denn die Sicherheitspolitik der EU kann nur in dem Maße funktionieren und wachsen, wie sich die gesamte EU in Richtung mehr Staatlichkeit und hin zu einem einheitlichen politischen Akteur entwickelt. Sie hat mithin Quantensprünge hinter sich, um die Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, ist aber ein weiterer Riesenschritt notwendig. Kurzum: Eine Entwicklung in Richtung mehr strategische Autonomie Europas ist im Grundsatz notwendig, sie bleibt aber herausfordernd.

Insgesamt sollten flexible Möglichkeiten der Zusammenarbeit besser ausgeschöpft und mit der notwendigen finanziellen Schubkraft ausgestattet werden. Die erstmalige Begründung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) von 2017 und die neu eingeführte Drittstaatenregelung (also die Möglichkeit von Nicht-EU-Staaten, sich an Projekten zu beteiligen) von 2020 bilden eine Grundlage, könnten aber durch weitere Ansätze, wie die verstärkte Zusammenarbeit oder die Durchführung von Missionen einzelner williger Staaten mit Billigung aller Mitglieder ergänzt werden. Der neu entwickelte Strategische Kompass (2022) geht in die richtige Richtung, es ist aber offen, ob bzw. wie die notwendigen Umsetzungsschritte erfolgen. Insgesamt bleibt abzuwarten, ob diese Instrumente unter dem wachsenden externen Druck tatsächlich zu mehr Resilienz und Handlungsfähigkeit beitragen oder letztlich an den formalen Hürden der Verträge und der Heterogenität ihrer Akteure scheitern.

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Heterogenität und teilweisen Handlungsunfähigkeit in der

8 Ders./Oscar Prust: Die Außenbeziehungen der Europäischen Union, in: Michael Staack (Hg.): Einführung in die internationale Politik. Studienbuch, München, ©2022, i.E.



EU-Sicherheitspolitik scheinen effizienzsteigernde Reformen die logische Vorbedingung zu sein, um den wachsenden Anforderungen an die Union als Moderatorin und Koordinatorin gerecht zu werden. Das erfordert zum einen, strategisch wichtige Ämter weiter zu bündeln. Zum anderen wäre das Einstimmigkeitsprinzip im Rat sukzessive durch ein Mehrheitsprinzip zu ersetzen. Ob die Dringlichkeit der Lage, verstärkt durch den infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine absehbar neu aufgelegten „Ost-West-Konflikt 2.0“ nun dazu führt, dass man sich „zusammenrauft“ und die vielleicht gar nicht mehr so großen Schritte geht, um die anstehenden Herausforderungen effektiv gemeinsam zu bearbeiten, ist noch nicht absehbar. Die anhaltenden Diskussionen um eine mögliche Aufgabe des Einstimmigkeitserfordernisses in der Außen- und Sicherheitspolitik zeigen, dass hier Bewegung möglich wäre, die bisherigen Erfahrungen lehren aber auch, dass die Mitgliedsstaaten diese Domäne vermeintlicher nationaler Souveränität nicht bereitwillig aufgeben werden. Die dafür notwendige Vertragsänderung scheint mit dem Austritt Großbritanniens zwar nicht gänzlich unmöglich, aber doch zumindest unwahrscheinlich. Die Debatten um den Strategischen Kompass (2022) haben jedenfalls erneut gezeigt, dass solcherlei großen Schritte nicht zu erwarten sind.

Es bleibt dennoch richtig, dass die EU potenziell über eine enorme Breite an sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten verfügt. Die Geschlossenheit etwa, mit der die EU-27 rasch weitgehende

Sanktionen gegen Russland verhängt hat, zeigte, dass bei ausreichendem Druck von außen Handlungswillen generiert werden kann. Zugleich wäre es ratsam, die Zusammenarbeit der großen Mitgliedstaaten zu intensivieren. Dies sind Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und Spanien. Zwar wäre es nicht erfolgversprechend, dass diese fünf eine Art Direktorium bilden und es bleibt richtig, dass in außen- und sicherheitspolitischen Fragen ein breiter Konsens, auch zwischen kleinen und großen Staaten notwendig ist. Dennoch gehört es ebenfalls zu den politischen Realitäten, dass ohne einen Konsens der Großen nicht viel vorangeht.

Zugleich gilt es mittel- bis langfristig weiter den Versuch zu machen, die europäischen Sicherheitsordnung nicht gegen, sondern eines fernen Tages auch wieder mit Russland zu organisieren. Denn aus dem mit der derzeitigen Entwicklung verbundenen Sicherheitsdilemma – die Stärke des einen Akteurs wird zwangsläufig bei einem gegnerischen Akteur als Bedrohung wahrgenommen, woraus wiederum Abwehrmaßnahmen resultieren, die dann abermals Rückwirkungen haben – gibt es keinen einfachen Ausweg. Sich mit der dauerhaften Teilung des Kontinents abzufinden kann keine verantwortbare Strategie sein. Auf der Basis gesichteter Abschreckungs- und Handlungsfähigkeit soll und kann „der Westen“ in Gestalt von NATO und EU sich mithin nicht damit abfinden, dass ein neuer „Kalter Krieg 2.0“ die europäische und internationale Ordnung destabilisiert, sondern muss daran arbeiten, dass dieser überwunden wird. 🌱

Satellitenschüsseln in Betzdorf, Luxemburg, aufgenommen im April 2022
*picture alliance/
dpa/BELGA/
Fotograf: Jasper
Jacobs*

VIVA, EUROPA!

von Angelina Heckmann

Angelina Heckmann ist Künstlerin und Lehrerin am Albert-Einstein-Gymnasium in München.



RÄTSEL

GESUCHT IST...

... eine seit 70 Jahren alljährlich in Bayern im Sinne der europäischen Integration stattfindende Veranstaltung.

Die amerikanische Besatzungsbehörde erhoffte sich von der Veranstaltung die Förderung der kulturellen Bildung und des europäischen Gedankens „am Rande der freien Welt“. Dort hatte man ein „gefährliches intellektuelles Vakuum“ und eine teilnahmslose Einstellung gegenüber dem europäischen Einigungsprozess wahrgenommen. In unmittelbarer Nähe zur Ideologie des Ostblocks erhielt die Stärkung des demokratischen Bewusstseins noch größere Relevanz.



→ TIPP 1

„Die Aufgabe heißt: an der Grenze Europas den europäischen Geist und den europäischen Glauben hochzuhalten, um den Völkern in der Unfreiheit des Ostens den Mut und die Hoffnung auf den Tag der Freiheit zu stärken.“

Dr. Hans Ehard, Bayerischer Ministerpräsident, 1952

„Nur wenn Mensch zu Mensch spricht, schreibt, spielt, singt oder malt, entsteht das, was es nur im kulturellen Bereiche gibt: Verstehen, Liebe Frieden.“

Prof. Dr. Eduard Brenner, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 1952



→ TIPP 2



Foto: picture alliance/dpa/Fotograf: Tobias Köhler

WAS IST GEMEINT?

Schicken Sie uns Ihre Lösung, die sowohl den Namen des Ereignisses als auch den Veranstaltungsort enthält, an:

landeszentrale@blz.bayern.de.

Einsendeschluss ist der 30. September 2022. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir einen Buchpreis. Der Gewinner bzw. die Gewinnerin kann eine Publikation aus unserem Programm auswählen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Sowohl der Name des Gewinners bzw. der Gewinnerin als auch Literaturhinweise zu dem Rätseltext werden in der nächsten Ausgabe von „Einsichten+Perspektiven“ bekannt gegeben.

DEMOKRATIE VERSUS DIKTATUR

DER KRIEG IN DER UKRAINE UND SEINE BEHANDLUNG IN DER SCHULE

von Rupert Gröbl



Schüler-Demo für Frieden in der Ukraine, Berlin im März 2022
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Robert Kluba

Unmittelbar mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wurden auch die Schulen vor die Aufgabe gestellt, sich des Themas – im Unterricht und darüber hinaus – anzunehmen. So wünschenswert es vielleicht wäre, junge Menschen vor den Bildern des Krieges und den möglichen psychischen Folgen zu bewahren, so unrealistisch ist doch dieses Ansinnen. Die Präsenz der Medien und der sozialen Netzwerke in unser aller Leben macht dies unmöglich. Umso wichtiger ist es, dass die Schulen – ganz im Sinne des Artikels 131 (3) der Bayerischen Verfassung („Die Schüler sind im Geiste der Demokratie [...] und im Sinne der Völkerverständigung zu erziehen.“) – die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler bei der intellektuellen und der psychischen Verarbeitung des uns so nahe gekommenen Themas Krieg zu begleiten.

Frieden – Krieg

Frieden ist Abwesenheit von Krieg und direkter Gewalt – dass diese zurecht als negativ bezeichnete und veraltete Definition des Begriffes ersetzt bzw. erweitert werden muss, ist nicht erst seit dem vom russischen Präsidenten Putin begonnenen Angriffskrieg auf die Ukraine offensichtlich. Selbstverständlich ist die Abwesenheit von Krieg ein erforderliches, aber nicht ausreichendes Merkmal für Frieden. Dazu kommen als positive Faktoren – daher der Begriff positiver Frieden – gute, harmonische Beziehungen zwischen Staaten nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, sondern z.B. auch auf kultureller Ebene; ebenso eine gerechte Verteilung u.a. von Wohlstand, Bildungschancen, Zugang zu einem funktionierenden Gesundheitssystem und auch Abwesenheit nicht nur von direkter, sondern auch von struktureller Gewalt.

„Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, – so schrieb der preußische General Carl von Clausewitz in seinem in den 1830er Jahren erschienenen Buch ‚Vom Kriege‘. Wenn überhaupt, dann kann eine solche Definition nur für Kriege gelten, die von Armeen auf einem vorher eigens bestimmten (Schlacht-)Feld ausgetragen werden. Solche Arten von Kriegen aber gibt es schon seit langem nicht mehr. Sobald Nonkombattanten von kriegerischen Aktivitäten betroffen sind, wäre eine solche Definition nur zynisch. Und spätestens mit der Einführung jeglicher Art von Massenvernichtungswaffen ist Krieg nicht die „Fortsetzung



Der Militärtheoretiker General Carl von Clausewitz (1780-1831)
Abbildung: Blanc Kunstverlag/Süddeutsche Zeitung Photo

von Politik mit anderen Mitteln“, sondern würde in letzter Konsequenz nach menschlichem Ermessen das Ende jeglicher Politik bedeuten. Kriege im 20. und vor allem im 21. Jahrhundert werden auch kaum noch zwischen zwei (oder mehreren) Staaten ausgetragen. Als Beispiele zu nennen wären hier u.a. die von Warlords zur eigenen Bereicherung in Teilen Afrikas untereinander ausgetragenen oder auch gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Kriege, oder auch sog. Cyberkriege, bei denen versucht wird, mittels Computertechnik und Internet Infrastruktur – militärische wie zivile – lahmzulegen, um den Gegner so in jeglicher Hinsicht handlungsunfähig und somit wehrlos zu machen. Auch wenn Wladimir Putin erst am 24. Februar 2022 offizielle reguläre Truppen die Ukraine angreifen ließ, so befand sich der östliche Teil dieses Landes, der Donbass, bereits nach der gewaltsamen Annexion der Halbinsel Krim durch den russischen Diktator 2014 in einem Kriegszustand. Zusammen mit russischstämmigen ukrainischen Separatisten haben dort wohl auch getarnte russische Soldaten auf kriegerische Art die Loslösung dieses Landesteils von der Ukraine und evtl. den Anschluss an Russland betrieben.

Es liegt also auf der Hand, dass nicht nur *Frieden*, sondern auch *Krieg* einer modernen Definition bedürfen.



Russlands Angriff auf die Ukraine: aktuelle Kampfhandlungen und Truppenbewegungen
 Abbildung: picture alliance/ dpa-infografik GmbH

Regierungssysteme

Eine simplifizierte Definition der Regierungssysteme grenzt Demokratien von Diktaturen ab. Diktaturen lassen sich grob einteilen in autoritäre und totalitäre Systeme. Totalitäre Diktaturen versuchen, ihre Bürgerinnen und Bürger komplett zu unterwerfen und in alle Lebensbereiche einzudringen, um eine vollkommene Kontrolle ausüben zu können. Beispiele wären u.a. Nazideutschland, aber auch die DDR oder die Sowjetunion. Als weiteres Wesensmerkmal des Totalitarismus gilt das Vorhandensein einer Ideologie. Es reicht dem/den Machthaber/n nicht aus, dass sich die Bevölkerung ihrem Willen unterwirft, es wird auch ein aktives Mittragen und Unterstützen der Ideologie verlangt. Solches zeigt sich zum Beispiel in Massenveranstaltungen, so wie wir sie von den Reichsparteitagen oder ähnlichen Veranstaltungen der NSDAP oder ihrer Gliederungen kennen. Abwesenheit von unantastbaren Grundrechten, von Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit etc. sind weitere Merkmale von Diktaturen.

Betrachtet man die Entwicklung Russlands nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre, so scheint nicht nur in der

Retrospektive der Begriff „defizitäre Demokratie“, so wie er nicht selten benutzt wurde, vollkommen unangebracht. Dass Wahlen in Russland nicht frei sind, weiß man nicht erst seit dem 2020 gescheiterten, wohl von Putin selbst angeordneten Mordversuch an einem seiner größten Herausforderer, Alexej Nawalny. All die oben genannten Merkmale einer Diktatur treffen für das Russland Putins zu. Ob man angesichts der Massenaufläufe Anfang März 2022 zu den „Feierlichkeiten“ anlässlich der Krimannexion bereits von einer totalitären Diktatur sprechen muss, bedarf einer Klärung der Frage, ob das „System Putin“ eine Ideologie beinhaltet.

Dass es sich ohne jeden Zweifel um eine Diktatur handelt, zeigt allein schon der Krieg gegen die Ukraine. Noch nie hat eine wahre Demokratie eine andere Demokratie mit Krieg überzogen!

Das Völkerrecht oder wie geht es weiter mit Russland und Putin?

In den Nürnberger Prozessen nach dem Zweiten Weltkrieg 1945/46 ging es primär darum, die Verbrechen der Nationalsozialisten gerichtlich aufzuarbeiten und die Schuldigen zu bestrafen. Darüber hinaus aber sollten sie ein Signal in die Zukunft senden: Wer auch immer einen Angriffskrieg beginnt, Kriegsverbrechen begeht, wird sich vor Gericht dafür verantworten müssen. Dass dies in der Zeit nach 1945 nicht immer gelang, ist bedauerlich – dennoch stellt sich auch jetzt wieder diese Frage. Ist ein „back to normal“ mit Putin-Russland und insbesondere mit diesem Diktator möglich? Wohl kaum! Wenn das Signal von Nürnberg weiterhin ausgesendet werden soll, wenn das Völkerrecht aufrechterhalten werden soll, dann müssen alle für den Krieg gegen die Ukraine Verantwortlichen vor Gericht gestellt und zur Rechenschaft gezogen werden. Dass dies auch für den nun seit über zehn Jahren andauernden Krieg in Syrien gilt, dürfte unstrittig – und gleichermaßen frustrierend – sein.

Der Ukraine-Krieg und seine Behandlung in der Schule

Damit Lehrkräfte die oben angerissenen Gedanken zu Krieg und Frieden, zu Regierungssystemen, insbesondere zu der Frage, zu welcher Art von Diktatur sich Russland entwickelt (hat),



Protestaktion in Moskau gegen den Krieg in der Ukraine, am Abend des 24. Februar 2022, Twerskaja-Straße
Foto: Акырава, CC BY-SA 4.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>>, via Wikimedia Commons

zur Bedeutung von Demokratie und Menschenwürde, von Grund- und Menschenrechten und zu Aspekten des Völkerrechts im Unterricht umsetzen können, hat die Bayerische Landeszentrale hierzu Materialien erarbeitet. Sie können diese über unsere Webseite www.blz.bayern.de abrufen. Hier finden Sie sowohl wissenschaftliche Artikel, wie auch Webtalks und detailliert ausgearbeitete Unterrichtssequenzen mit allen nötigen Materialien.

Eine Sammlung weiterer hochwertiger Angebote aus anderen Quellen (z. B. von der Bundes-

zentrale für politische Bildung oder aus öffentlich-rechtlichen Medien) finden Sie zudem auf dem vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) betreuten Portal zur politischen Bildung unter www.politischebildung.schule.bayern.de/ukrainekrieg/. Grundlegende Informationen zum schulart- und fächerübergreifenden Erziehungs- und Bildungsziel der politischen Bildung bietet Ihnen das „Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen“ (KMBek vom 16. August 2017), das online auf der Homepage des ISB zu finden ist. 🌑

QUO VADIS, USA? DIE UMSTRITTENEN ENTSCHEIDUNGEN DES SUPREME COURTS

von Heike Paul

Der 30. Juni 2022 wird in die Geschichte der USA eingehen als der Tag, an dem die erste schwarze Frau als Oberste Richterin der USA eingeschworen

wurde. Ketanji Brown Jackson legte als 116. Person, die in das Gericht berufen wurde, den Amtseid ab und schwor allen „inneren und äußeren Feinden“



Giebel des Supreme Courts Buildings in Washington, D.C., das Sitz des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten ist
Foto: CC-BY-SA-3.0/Matt H. Wade, <http://en.wikipedia.org/wiki/User:UpstateNYer>

(„*enemies, foreign and domestic*“) entgegenzutreten. Ein Tag der Freude und des unbeschwertem Feierns war es jedoch sicherlich nicht, machte doch der Oberste Gerichtshof gerade ganz andere Schlagzeilen. Das Gebäude war abgesperrt, der Eid wurde live übertragen.

Die Amtseinführung der schwarzen Richterin stand im Schatten der jüngsten Urteilsverkündungen des Obersten Gerichtshofes, der in seiner Machtfülle und Legitimität wie in seinem Ansehen derzeit so umstritten ist wie lange nicht mehr, und dem vorgeworfen wird, dass er die tiefe gesellschaftliche Spaltung weiter vorantreibe. Die jüngsten Urteilsprüche verdeutlichen die ideologische Neuausrichtung der neunköpfigen Institution, in die während der vergangenen Präsidentschaft Donald Trumps drei neue Personen berufen worden waren, mit deren Rechtsauslegung und -sprechung nun die (ultra-)konservativen Stimmen

Ketanji Brown Jackson bei einer Rede im amerikanischen Senat, 23. März 2022. Drei Monate später wurde sie zur ersten schwarzen Obersten Verfassungsrichterin in den USA.
Foto: picture alliance/NurPhoto/
Fotograf: Lenin Nolly



das Gericht dominieren. Neil Gorsuch (berufen am 10. April 2017), Brett M. Kavanaugh (6. Oktober 2018) und Amy Coney Barrett (27. Oktober 2020) gesellten sich zu Clarence Thomas (23. Oktober 1991) und Samuel A. Alito, Jr. (31. Januar 2006); gemeinsam bilden sie nun mit 5:4 Stimmen die konservative Mehrheit. John G. Roberts, Jr., als konservativer Richter von George W. Bush 2005 an das Gericht berufen, führt den Vorsitz; er gilt als moderat konservativ.

In nur wenigen Tagen hat das Gericht nun (1.) das verfassungsmäßige Recht auf Abtreibung aufgehoben (*Dobbs v. Jackson Women’s Health Organization*), (2.) die Möglichkeiten der Bundesregierung zur Regulierung der Klimaverschmutzung eingeschränkt (*West Virginia v. Environmental Protection Agency*) und (3.) liberale Bundesstaaten und Städte daran gehindert, den meisten ihrer Bürgerinnen und Bürger das Tragen verdeckter Waffen außerhalb ihrer Häuser zu verbieten (*New York State Rifle & Pistol Association, Inc. v. Bruen*). Normative Grundlage dieser Entscheidungen ist eine sehr enge und durchaus fragwürdige Auslegung der amerikanischen Verfassung und ihrer Zusätze im Sinne des „*original intent*“ – also der ursprünglich intendierten Bedeutung des Gesetzestextes, wie er Ende des 18. Jahrhunderts in Kraft trat. Ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch? Wird hier nicht erwähnt, kann also nicht verfassungsmäßig garantiert werden. Ebenso wenig umweltpolitische Maßnahmen zum Klimaschutz. Das Recht zum Waffenbesitz? Wird erwähnt, im 2. Zusatzartikel, und muss demnach in dieser Lesart geschützt werden, *no matter what*.

Alle drei Urteile fanden ein breites kritisches Echo. Ganz besonders die Aufhebung des seit



Die Richter und Richterinnen des Supreme Courts vor der Ernennung von Ketanji Brown Jackson als Nachfolgerin von Stephen Breyer im April 2022. Vordere Reihe von links nach rechts: Justice Samuel A. Alito, Jr., Justice Clarence Thomas, Chief Justice John G. Roberts, Jr., Justice Stephen G. Breyer, Justice Sonia Sotomayor. Hintere Reihe von links nach rechts: Justice Brett M. Kavanaugh, Justice Elena Kagan, Justice Neil M. Gorsuch, Justice Amy Coney Barrett.
Foto: Collection of the Supreme Court of the United States/Fotograf: Fred Schilling



Proteste gegen die drohende Entscheidung des Supreme Courts zur Einschränkung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch vor dem Kapitol in Washington, Mai 2022. Die Kostüme sind an den Roman „*The Handmaid's Tale*“ von Margaret Atwood bzw. an die darauf basierende Fernsehserie angelehnt. Foto: picture alliance/NurPhoto/Fotograf: Allison Bailey

1973 geltenden Urteils *Roe v. Wade* zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch provozierte Empörung und Entsetzen, schien sie doch das Land in den Schauplatz einer feministischen Dystopie à la *The Handmaid's Tale* zu machen. Landesweit wurde demonstriert. Dreizehn US-Bundesstaaten – Arkansas, Idaho, Kentucky, Louisiana, Mississippi, Missouri, North Dakota, Oklahoma, South Dakota, Tennessee, Texas, Utah und Wyoming – hatten bereits vorher Auslösegesetze erlassen, die eine Abtreibung im ersten und zweiten Trimester automatisch verbieten, sobald das Grundsatzurteil *Roe v. Wade* gekippt würde. Diese Gesetze traten nun umgehend in Kraft und ähnliche Verbote in anderen Staaten wurden ebenfalls bereits erlassen. So in Alabama. Sorge bereitet den Kritiker*innen die Kriminalisierung von Frauen und Mediziner*innen sowie die grundsätzliche Gewährleistung der Gesundheitsversorgung von Frauen im Land. „Frauen werden sterben“ („*Women will die*“) wegen dieses Urteils, so ABC-Korrespondent Terry Moran. Die Demokratin Stacey Abrams argumentiert, dass ein Schwangerschaftsabbruch eine „medizinische Entscheidung“ sei, keine „politische“. Sie wurde nun zu politischen Zwecken instrumentalisiert.

Das Gericht könnte noch weitere derartige Entscheidungen treffen. So deutete Richter Thomas bereits an, dass auch die gleichgeschlechtliche-Ehe („*same-sex marriage*“) und das Recht auf Empfängnisverhütung („*right to contraception*“) überprüft werden könnten. Allerdings

kann das Oberste Gericht nicht von sich aus tätig werden, es kann nur Fälle zu diesen Themen annehmen und bearbeiten, die an es herangetragen werden; dass dies geschehen wird, gilt freilich als sicher.

Wenn sich viele gefragt haben, warum evangelikale und konservative Wählergruppen ausgerechnet Donald Trump ihre Stimme gaben, dem Mann, dessen Lebensführung man mit v.a. äußerst lockeren Moralvorstellungen und mehrfachen Vorwürfen sexueller Belästigung in Verbindung bringt, aber nicht mit konservativen „*family values*“, so zeigt sich nun deren Kalkül sehr deutlich, denn Trump hat diese Wende im Obersten Gerichtshof ermöglicht, deren Nachwirkungen nun weit über seine Amtszeit hinausreichen. Darüber freut sich auch der ehemalige Vizepräsident Mike Pence – und wirbt nun für ein landesweites Verbot von Abtreibungen. Dass er das noch kann, verdankt er allerdings nicht Donald Trump, denn Schaden an Pences Leib und Leben hatte der damalige Präsident zumindest billigend in Kauf genommen, als er am 6. Januar 2021 seine Anhänger*innen mehr oder weniger explizit zum Sturm auf das Kapitol aufforderte und damit die Hasstiraden „Hängt Mike Pence“ noch befeuerte. Die Anhörungen in den vergangenen Wochen, die diese Geschehnisse aufarbeiten, haben dies bereits mehr als deutlich gezeigt, und sie werden wohl in nächster Zeit noch weitere brisante Details der Vorgänge an diesem Tag enthüllen. 🌑



INFO

Links zu Quellen und weiterführenden Informationen:

**Vereidigung von
Ketanji Brown Jackson:**

<https://www.supremecourt.gov/about/oath/oathsofoffice.aspx>
[Stand: 15.07.2022]

<https://www.npr.org/2022/06/30/1108714345/ketanji-brown-jackson-supreme-court-oath-swearing-in>
[Stand: 15.07.2022]

**Abtreibungsgesetzgebung
in einzelnen Bundesstaaten:**

<https://www.washingtonpost.com/politics/2022/06/24/abortion-state-laws-criminalization-roe/#datawrapper-chart-edaEf>
[Stand: 15.07.2022]

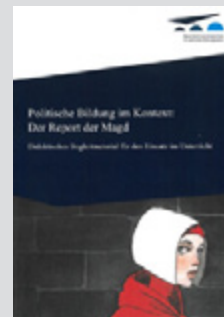
<https://www.vox.com/2022/6/25/23182753/roe-overturned-abortion-access-reproductive-rights-trigger-laws> [Stand: 15.07.2022]



LESESTOFF

Falls Sie die literarische Grundlage für die Kostüme der Protestlerinnen auf dem Bild oben studieren wollen: Die LZ führt die Graphic Novel zum Roman von Margaret Atwood im Programm. Für den Einsatz im Unterricht gibt es eine entsprechende Handreichung mit Vorschlägen für Unterrichtseinheiten und weiterführenden Informationen.

→ Zu bestellen unter:
www.blz.bayern.de/der-report-der-magd-graphic-novel_p_51.html



„DIE VERFASSUNG ALS MASSSTAB“

75 JAHRE BAYERISCHER VERFASSUNGSGERICHTSHOF NEU DARGESTELLT

von Karla Frank



Abbildung: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Das älteste Landesverfassungsgericht Deutschlands feiert in diesem Sommer sein 75-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass lud Dr. Hans-Joachim Heßler, der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, am 2. Juli zu einem Tag der offenen Tür ein. Die Bürgerinnen und Bürger konnten sich bei einem Rundgang durch die Räumlichkeiten und Amtszimmer des Gerichts einen Überblick über die Geschichte der Bayerischen Verfassung und des Verfassungsgerichtshofs verschaffen. Und sie gewannen einen Eindruck davon, wie das Gericht arbeitet. Begleitend veröffentlichte die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zu diesem Jubiläum den Band „Die Verfassung als Maßstab. 75 Jahre Bayerischer Verfassungsgerichtshof“.

Seit Dezember 1946 hat Bayern eine demokratische Verfassung, mit der die Grund- und Werteordnung des Freistaats dauerhaft festgelegt ist. Diese Verfassung zu schützen und ihre Einhaltung zu gewährleisten, ist die Aufgabe des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Er entscheidet als oberste neutrale Instanz, ob ein Verfassungsverstoß vorliegt. Damit nimmt das Gericht, wie die folgenden Beispiele zeigen, auch Einfluss auf das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger Bayerns, wie folgende Beispiele zeigen:

Die Klage von über 200 Gemeinden gegen die Kommunale Gebietsreform weist der Bayerische Verfassungsgerichtshof im Jahr 1978 als unbegründet zurück.

In Bayern gilt ein striktes Rauchverbot in Gaststätten. Diese damals sehr umstrittene Maßnahme des Gesetzgebers hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof 2010 und 2011 bestätigt.

Volksbefragungen in Bayern, diese vom Landtag neben Volksbegehren und Volksentscheid zusätzlich geschaffene Möglichkeit, hält das höchste Gericht Bayerns in seiner Entscheidung von 2016 für verfassungswidrig.

2021 lehnt es der Verfassungsgerichtshof in mehreren Entscheidungen ab, sogenannte Corona-Maßnahmen außer Kraft zu setzen.

Vielfältig sind die Themen, mit denen sich der Bayerische Verfassungsgerichtshof befasst. In den 75 Jahren seines Bestehens, am 1. Juli 1947 wurde das Gericht als unabhängiges Verfassungsorgan errichtet, hat der Verfassungsgerichtshof rund 10.200 Verfahren bearbeitet. Die Entscheidungen im Namen des Freistaats Bayern, seine Aufgaben, seine Arbeitsweise und vieles mehr stellt die neue Publikation ausführlich vor.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof ist noch vor dem Bundesverfassungsgericht entstanden. Er ist ein zentraler Bestandteil des demokratischen Rechtsstaats Bayern und repräsentiert die Judikative. Damit steht er als unabhängiges oberstes Staatsorgan neben dem Landtag (Legislative) und der Regierung (Exekutive). Die Besonderheit des Verfassungsgerichtshofs im Gefüge der Staatsgewalten erläutert sein Präsident, Dr. Hans-Joachim Heßler, in einem Interview, das in dem Buch zu lesen ist.

Der Großteil der Arbeit des obersten Gerichts in Bayern entfällt auf die Verfahrensart Verfassungsbeschwerden; sie macht rund 81 Prozent aller Verfahren aus. An zweiter Stelle folgen die Popularklagen mit rund 17 Prozent. Beide Verfahrensarten gehören zu dem Aufgabenbereich „Bürgergericht“. Daneben fungiert der Verfassungsgerichtshof als „Staatsgerichtshof“. Er entscheidet als solcher zu grundlegenden Fragen der Demokratie, beispielsweise in Wahlprüfungs- und Normenkontrollverfahren sowie Organstreitigkeiten. Das neue Buch ist deswegen so wertvoll, weil es genau erklärt, welche Aufgaben der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat und worin diese bestehen.

Überdies nimmt das Buch die Organisation des Gerichtshofs, dem mit dem Präsidenten insgesamt 53 Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter angehören, davon 22 berufsrichterliche und 15 nichtberufsrichterliche Mitglieder mit ihren Vertretungen, sowie den konkreten Ablauf von Verfahren in den Blick.

Generalsekretärin Kornelia Kornprobst öffnet in einem Interview den „Blick hinter die Kulissen“. Die Verfahren werden in der Regel schriftlich geführt. Nur zu den Beratungen und Abstimmungen, die in den jeweiligen Spruchgruppen nach Lebensalter erfolgen, treffen sich die über ganz Bayern verstreuten Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter.

Des Weiteren gibt der Historiker Dr. Hermann Rumschöttel einen Überblick, wie sich die Verfassungsgerichtsbarkeit in Bayern historisch entwickelt hat. Der Schutz der Verfassung ist in den Konstitutionen von 1808 und 1818 noch wenig ausgeprägt, wenngleich seit 1818 die Möglichkeit zur Anklage von Ministern besteht. 1848 wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Staatsgerichtshofs geschaffen. Aber erst die demokratische Verfassung von 1919 ermöglichte zusätzlich Verfassungsbeschwerden und Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen vor einem Staatsgerichtshof.

Heutzutage erscheint eine funktionierende Verfassungsgerichtsbarkeit häufig als selbstverständlich und ihre Bedeutung wird oft wenig bewusst. Diese Instanz besser kennenzulernen und zu verstehen, ermöglicht die neue Publikation über den Verfassungsgerichtshof. 🌞



INFO

Die Publikation und den nachfolgenden Stadtplan können Sie hier bestellen bzw. herunterladen:

www.blz.bayern.de/revolution-kurt-eisner-gustav-landauer-erich-muehsam-und-ernst-toller-1918-1919-in-muenchen_p_22.html

[LiteraTOUR]

EIN LITERARISCHER STADTSPAZIERGANG ZU ORTEN DER REVOLUTION 1918/1919 IN MÜNCHEN

von *Laura Mokrohs und Barbara Yelin*

München 1918/19: In Text und Bild begleiten Laura Mokrohs und Barbara Yelin die vier Revolutionäre, Schriftsteller und Publizisten Kurt Eisner, Gustav Landauer, Erich Mühsam und Ernst Toller durch die turbulenten Tage der bayerischen Revolutions- und Rätezeit. An zehn ausgewählten Tagen in der Zeit von November 1918 bis Juli 1919 geben sie Einblick in das Denken, Fühlen und Handeln der Revolutionäre. Basierend auf Tagebüchern, Briefen, Fotografien, Flugblättern oder literarischen Werken entstanden die dokumentarischen Zeichnungen, die den Text untermalen. Ein literarischer Stadtsparziergang auf den Spuren der Publikation bietet unbekannte Einblicke in Orte und Geschichte der bayerischen Landeshauptstadt und regt zum Nachlesen im Buch an.



Neben den auf dem Stadtplan zu findenden sieben Stationen, die auf einer Wegstrecke von ca. drei Kilometern in der Münchner Innenstadt liegen, ist der Spaziergang durch das revolutionäre München ausbaufähig: Im Buch finden sich auch Ereignisse und Bilder zur Theresienwiese, zum Hauptbahnhof, zum ehemaligen Mathäserbräu oder bis nach Dachau. Die Zeichnungen von Barbara Yelin und die Texte von Laura Mokrohs lassen die Vergangenheit lebendig werden. Erläuterungen bietet neben den Texten auch das Glossar zu Begriffen der Revolution am Ende der Publikation. ▀



INFO

Selber auf der Litera-Tour Fotos gemacht? Schicken Sie uns Ihr Bild, wir senden in Retour eine LZ-Publikation Ihrer Wahl!

landeszentrale@blz.bayern.de

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN STATIONEN

→ STATION 1

Max-Joseph-Platz 2, 80539 München

Heute: Nationaltheater, Spielort der Bayerischen Staatsoper

In den Jahren 1918/19:

Nationaltheater, Ort der Revolutionsfeier

Am 17. November 1918 veranstaltet Kurt Eisner als Ministerpräsident des knapp zehn Tage zuvor ausgerufenen Freistaats Bayern im Nationaltheater eine Revolutionsfeier. Menschen aus der ganzen Bevölkerung sind dazu geladen und an Stelle der im Theater sonst üblichen Festkleidung sieht man überall rote Armbinden und rote Schleifen. Mit der Feier demonstriert Eisner seine Hoffnung auf eine „neue Welt“ und die große Bedeutung, die er Kunst und Kultur für die Demokratie beimisst.



 **Zum Nachlesen: Kapitel 4**

→ STATION 2

**Marienplatz 11, 80331 München
(früher Marienplatz 13)**

Heute: Ludwig Beck am Rathauseck

In den Jahren 1918/19: Café Perzel,
Stammcafé von Kurt Eisner

Im November 1918 hatte Kurt Eisner sich dem neu ausgerufenen Freistaat Bayern als Ministerpräsident zur Verfügung gestellt. Doch nach der deutlichen Niederlage bei den ersten Landtagswahlen im Januar 1919 ist für ihn klar, dass er am 21. Februar 1919 vor der Nationalversammlung im Landtag seinen Rücktritt erklären will. Auf der Zeichnung sieht man ihn im Café Perzel, wo er Stammgast ist, bei der Arbeit an seiner Rücktrittsrede, mit der auch Bilanz über die hundert Tage seiner Regierungszeit zieht. Die Rede wird er nicht mehr halten, da er auf dem Weg zur Sitzung vom Antisemiten Anton Graf von Arco auf Valley ermordet wird.



 **Zum Nachlesen: Kapitel 6**

→ STATION 3

Promenadeplatz 2

Heute: *Hotel Bayerischer Hof*

In den Jahren 1918/19: *Palais Montgelas,
Amtssitz Kurt Eisners*

Kurz vor den Landtagswahlen am 12. Januar 1919 verschärfen sich die politischen Konflikte im jungen Freistaat Bayern. Rechte wie linke Kräfte kritisieren die aktuelle Lage und grenzen sich von der Politik Kurt Eisners ab. Linke Kräfte warnen Eisner besonders vor einer Vernachlässigung des Rätegedankens und zu schnellen Wahlen. Eisner hingegen befürchtet eine Störung der Wahl und lässt Demonstrierende verhaften. Am 10. Januar 1919 fordern rund 3000 Menschen vor Eisners Amtssitz erfolgreich die Freilassung der Verhafteten.



 **Zum Nachlesen: Kapitel 5**

→ STATION 4

Kardinal-Faulhaber-Straße 14A

Heute: *Kurt-Eisner-Denkmal*

In den Jahren 1918/19: *Ort der Ermordung
Kurt Eisners am 21. Februar 1919*

Am 21. Februar wird Kurt Eisner auf dem Weg vom Palais Montgelas zum Landtagsgebäude, wo er seinen Rücktritt erklären will, vom nationalistischen und antisemitischen Anton Graf von Arco auf Valley ermordet. Der Mörder vertritt mit seinem Motiv, sein Opfer aus seinem Hass auf Bolschewismus und Judentum heraus zu erschießen, keine singuläre Meinung, sondern greift Vorurteile auf, die in der antisemitischen Hetze gegen den Ministerpräsidenten schon ab November 1918 verbreitet werden.



 **Zum Nachlesen: Kapitel 6**

→ STATION 5

Prannerstraße 8, früher Prannerstraße 20

Heute: Geschäftshaus

In den Jahren 1918/19: Landtagsgebäude,
Sitzungsort des Provisorischen Nationalrats

Ab November 1918 tagt der Provisorische Nationalrat im bisherigen Landtagsgebäude, der als beratendes Gremium übergangsweise an der Stelle des früheren Landtags steht. Nach der Ermordung Eisners verschärfen sich die Diskussionen über das künftige politische System – Parlamentarismus oder Räte-System. Ab Ende Februar tritt im Landtagsgebäude der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zusammen.



Zum Nachlesen: Kapitel 4 und Kapitel 7



→ STATION 6

Briener Str. 20

Heute: BayernLB GmbH

In den Jahren 1918/19: Wittelsbacher Palais,
Ort der Ausrufung der 1. Räterepublik

Im Frühjahr 1919 verschärfen sich die Fronten zwischen den gemäßigten Linken und den Anhängern des Räteystems. Die auf Basis der ersten Wahl im demokratischen Freistaat im Januar 1919 gebildete Regierung unter Johannes Hoffmann verlegt ihren Sitz nach Bamberg, in München mehrten sich die Stimmen, die einen stärkeren Einfluss der Räte fordern. Am 5. April versammeln sich in verschiedenen Lokalen und Wirtschaften gleichzeitig 8.000 bis 10.000 Arbeiter*innen und Soldaten, die sich hinter die Forderung nach der Räterepublik stellen. Am Abend des 6. April beschließt eine Versammlung unter Führung des Zentralrats, des Revolutionären Arbeiterrats und der USPD im Wittelsbacher Palais die Ausrufung der Räterepublik.



 **Zum Nachlesen: Kapitel 8**

→ STATION 7

Türkenstraße 17

Heute: Türkontor

In den Jahren 1918/19:

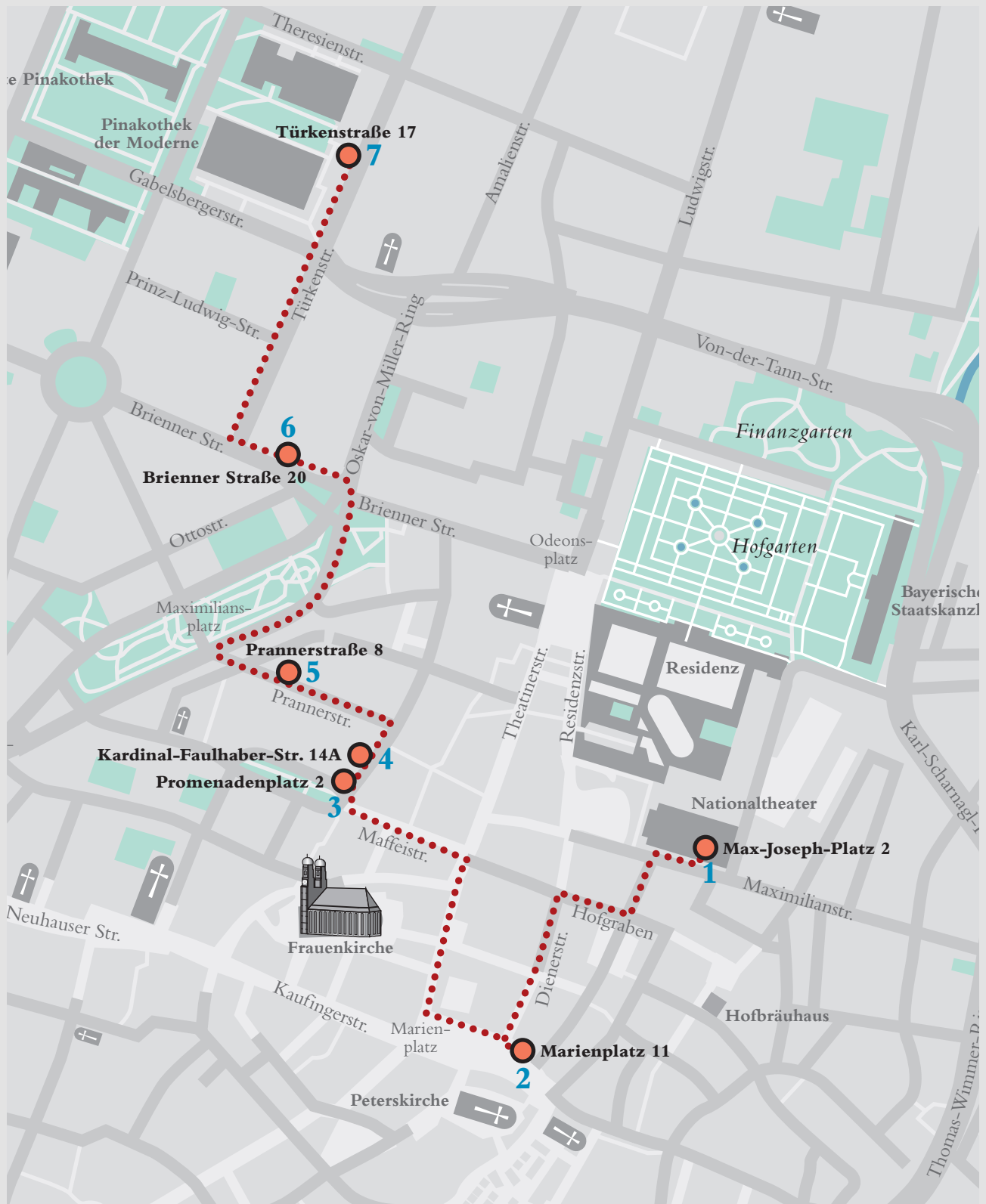
Türkenkaserne, Kaserne des Königlich
Bayerischen Infanterie-Leibregiments

Am Beginn der Revolution, in der Nacht vom 7. auf den 8. November, kommen Zenzl und Erich Mühsam gerade im rechten Moment an die Türkenkaserne. Durch eine Rede, die an die Menschlichkeit der Soldaten appelliert, können sie hier Kampfhandlungen zwischen revolutionären und noch zögernden Soldaten verhindern. Die Kaserne beherbergt das königliche Hausregiment, das aufgrund von Kriegsverlusten zum Beginn der Revolution wohl nur noch weniger als 100 Mann umfasst. Viele davon schließen sich nach der Rede Mühsams den Revolutionären an.



 **Zum Nachlesen: Kapitel 1**

Literarischer Stadtspaziergang zu Orten der Revolution in München 1918/1919



© Peter Palm, Berlin

UKRAINEKRIEG, ENERGIEWENDE UND BAYERISCHE BESONDERHEITEN NEUE WEBTALK-REIHE „BAYERN IM GESPRÄCH“

von Ludwig Unger

Die Folgen des Ukrainekrieges für die Menschen in Deutschland und in Bayern sowie die Anforderungen an eine zukunftsweisende Verkehrspolitik standen im Mittelpunkt der ersten Veranstaltungen einer neuen Webtalk-Reihe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit „Bayern im Gespräch“. Ziel der Webtalk-Reihe ist das Gespräch zwischen Experten und Expertinnen, Praktikern und Journalisten sowie Bürgerinnen und Bürgern über zentrale Entwicklungen in Bayern in Gesellschaft, Politik, Geschichte und Kultur, Natur und Umwelt.



Die Flaggen von Bayern, der Ukraine und Europa vor dem Maximilianeum am 17.4.2022
Foto: Süd-deutsche Zeitung
Photo/Robert Haas

„Haushalte mit geringem Einkommen entlasten“

Unter den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs für Bayern und Deutschland nannte die Volkswirtin Professorin Dr. Karen Pittel vom ifo Institut einen Lieferstopp von Gas durch Russland als Kernproblem. Wenn Russland die Lieferung einstelle, seien Auswirkungen auf die Versorgung von Unternehmen und Privathaushalten sowie auf die Preisentwicklung unumgänglich. Gut ein Drittel des Erdgases verbrauchen Unternehmen, knapp ein Drittel die Haushalte. Deutschland habe stark auf den Bezug dieses fossilen Brennstoffs aus Russland gesetzt, ein Ersatz für die Lieferung aus dem osteuropäischen Land sei kurzfristig schwierig. Ein Ausbleiben der Gaslieferungen könne zu einer Rezession führen, so die Leiterin des ifo Zentrums Energie, Klima und Ressourcen. Die Professorin für Volkswirtschaftslehre, mit besonderem Schwerpunkt auf Energie, Klima und erschöpfbaren natürlichen Ressourcen, betonte, dass zusätzliche Energiebezugsquellen erschlossen, der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt und die Infrastruktur an die neuen Bedingungen anzupassen seien. Allerdings erforderten diese Maßnahmen alle eine gewisse Zeit. Aus diesem Grund wären kurzfristige Anstrengungen, weniger Erdgas zu verbrauchen, essentiell, damit die Versorgung im kommenden Winter bestmöglich sichergestellt werden könne. „Haushalte mit geringen Einkommen müssen dabei entlastet werden“, so Prof. Pittel. Subventionen nach dem Gießkannenprinzip lehnte sie ab.

Solidarität mit Ukraine kann in Frage gestellt werden

„Die Politik, die die Bundesrepublik Deutschland im Ukrainekrieg eingeschlagen hat, hat einen hohen Preis. Diesen müssen wir für Demokratie und Freiheit bezahlen“, so kommentierte der Ost- und Südosteuropahistoriker, Prof. Dr. Martin Schulze Wessel in dem zweiten Webtalk. Er stellte mittel- und langfristige Folgen des Ukrainekriegs für die deutsche und bayerische Gesellschaft vor, etwa mit Blick auf Sanktionen, auf die Integration geflüchteter Menschen sowie auf politische Einstellungen und politisches Handeln. Er sprach sich für Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Ukraine in dem „Vernichtungskrieg“ aus, den Russland gegen sein Nachbarland führe. Falls Russland die



Prof. Dr. Karen Pittel
Abbildung: privat



Prof. Dr. Martin Schulze Wessel
Foto: privat

Gaszufuhr nach Deutschland stoppe, könne es zu massiven Auswirkungen auf Schlüsselindustrien kommen, im äußersten Fall sogar zur „partiellen Deindustrialisierung“. Die Bundesregierung müsse angesichts dieser Risiken die Bevölkerung aktiv und effektiv informieren, um so auch eine Stärkung der extremistischen Ränder in Deutschland vorzubeugen.

Verkehr nachhaltig gestalten

Mitte Juli behandelten Prof. Dr. Johannes Klühspies von der TH Deggendorf und Stefan Michelkeit, Stadtbaumeister von Schwabmünchen, die Herausforderungen für die Politiker, die sich aus Mobilität und Verkehr ergeben. Es gehe darum, die Kommunen lebenswert und umweltfreundlich zu entwickeln. Leitfragen für die Handelnden seien: Wie hoch ist der Mobilitätsbedarf? Welche Mobilität ist zukunftsfähig? Welche Verkehrskonzepte sind nachhaltig?

Dabei machte Klühspies bewusst: Die Mobilität ergebe sich daraus, dass die Menschen ihre Grundbedürfnisse Wohnen, Arbeiten, Erholung, Bildung und Ver- und Entsorgung zu decken. Je nach Optionen für Mobilität – hier gibt es große Unterschiede zwischen Ballungsräumen wie München oder Augsburg und ländlichen Regionen wie die Oberpfalz oder Niederbayern – entscheiden sich viele Menschen dafür, private oder öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Entsprechend müssten Kommunen reagieren und dabei Zersiedelung mit deren Folgen für Kommunen und Umwelt verhindern. Michelkeit skizzierte das Nahmobilitätskonzept,



UMFRAGE

Der Krieg in der Ukraine hat immense Auswirkungen, nicht nur hinsichtlich der Energieversorgung, auch auf Bayern, Deutschland und Europa.

Wie schätzen Sie die Lage ein?

*Inwieweit wirkt sich die gegenwärtige Lage auf Ihr Leben aus?
Welche Folgen der Krise sehen Sie auf die demokratische Gesellschaft zukommen?
Schreiben Sie uns gerne an:*

*landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort:
Umfrage E+P.*

Auszüge aus den Zuschriften veröffentlichen wir anonymisiert in der nächsten Ausgabe der Einsichten+Perspektiven.



Abbildung: Harry Wedzinga/Shutterstock

dass die 15.000-Einwohner-Stadt Schwabmünchen im Landkreis Augsburg realisiert. Im Mittelpunkt stehe der „Schutz der Radfahrer“. Mit Blick auf die Situation, dass rund 90 Prozent der Einwohner im Stadtkern leben, habe die Stadt ortsnahe Entlastungsstraßen, verkehrsberuhigte Zonen und Fahrradstraßen realisiert.

Energiewende und Besonderheiten in Bayern

Die Webtalk-Reihe „Bayern im Gespräch“ wird im Herbst mit aktuellen und verschiedenen Themen fortgesetzt, voraussichtlich mit den Themen Energiewende, zu Entwicklung in Natur und Umwelt wie den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterungen der gegenwärtigen Krise. Nächster Termin: 4. Oktober 2022. Vorgesehen ist ein Webtalk zur Energiewende am 4. Oktober. 🌑



LESESTOFF



Monika Röbiger: Die Wasserstoffwende, München 2022

Das Klimaziel 2050 lässt sich nur mit Hilfe von grünem Wasserstoff erreichen. Er ist der Schlüssel zur Energiewende und wird durch die Spaltung von Wasser via Ökostrom erzeugt. Was technisch und wirtschaftlich bereits machbar ist, zeigt Monika Röbiger in diesem engagierten Buch.

Wasserstoff kann Energieträger und Speichermedium zugleich sein. Er gibt uns die Chance, auf Erdöl, Kohle und Erdgas zu verzichten. Die Wissenschaftsjournalistin Monika Röbiger schreibt seit Jahren über diese revolutionäre Technologie und ist überzeugt: Der Einsatz von Wasserstoff ist eine der wichtigsten Weichenstellungen für unsere Zukunft – und die kommenden Jahre sind entscheidend.

Röbiger porträtiert Pilotprojekte und die Menschen dahinter: In der Energieversorgung, Stahl- und Chemie-Industrie, beim Antrieb von LKW, Zügen, Schiffen und Flugzeugen – überall wird die Nutzung erprobt. Die zurzeit größte Herausforderung ist die rentable Produktion grünen Wasserstoffs.

→ Bestellungen unter:

www.blz.bayern.de/die-wasserstoffwende_p_392.html



MÜNCHEN 1972: OLYMPISCHE SOMMERSPIELE UND ATTENTAT AUF DIE ISRAELISCHE OLYMPIAMANNSCHAFT IN MÜNCHEN



Eröffnung der Olympischen Sommerspiele in München, 26. August 1972. Die olympische Flagge wird durch das Olympiastadion getragen.
Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/brands-taetter images/
Votava

2022 jähren sich die Olympischen Spiele in München und damit auch das Attentat auf die israelische Olympiamannschaft zum 50. Mal. Die Spiele waren als bewusster Gegenentwurf zu den Olympischen Spielen in Berlin 1936 während des Nationalsozialismus angelegt. Sie sollten ein weltoffenes, modernes, demokratisches und friedliches Bild der Bundesrepublik Deutschland vermitteln – „heitere Spiele“ standen auf dem Plan. Der visionäre Landschaftsbau spiegelt diese Intention ebenso wider wie die moderne Architektur der Olympiabauten oder der Bau der U-Bahn, die bis heute genutzt werden und somit die prägende Wirkung der Spiele für die Landeshauptstadt verdeutlichen.

Das Münchner Zelt Dach bildete die Kulisse für ein friedliches Zusammenkommen im Sinne des olympischen Gedankens. Der palästinensische Terror setzte dieser sorglosen Atmosphäre allerdings ein jähes und tragisches Ende. Im Jubiläumsjahr setzt die Stadt München daher neben kulturellen, architektonischen und sportlichen



Trauerfeier im Olympiastadion mit Fahnen auf Halbmast nach dem Terroranschlag, 6. September 1972.
Foto: Süddeutsche Zeitung
Photo/brands-taetter images/
Votava

Veranstaltungen einen Schwerpunkt auf die Erinnerung an die zwölf Todesopfer des antiisraelischen Attentats.

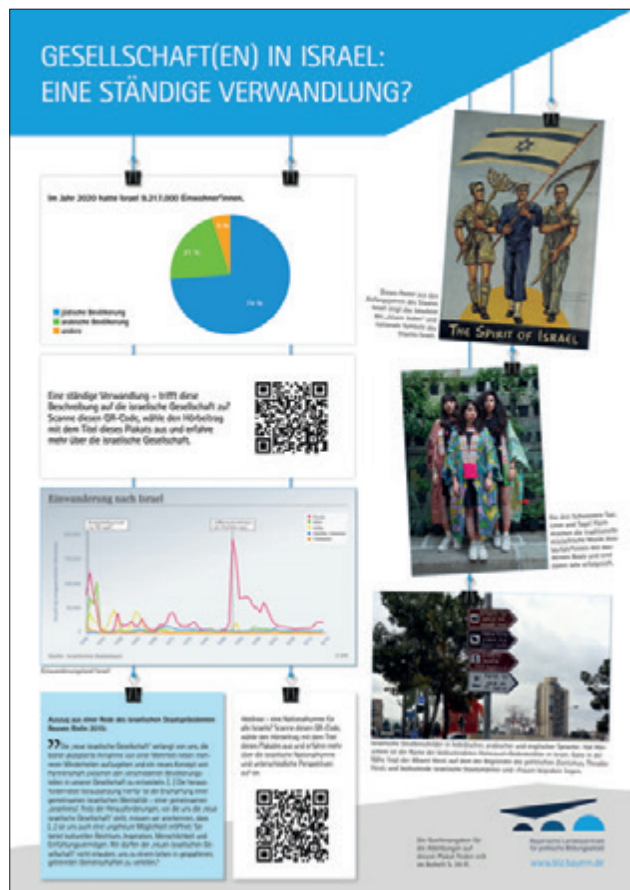
Auch die Landeszentrale greift die verschiedenen Facetten der Spiele von 1972 in diesem Jahr in ihrem Angebot auf:

Im Angebot der LZ zu diesem Thema:

- » Themenheft Oberwiesenfeld (ab September bestellbar)
- » Sonderausgabe: Roman Deininger/Uwe Ritter: Die Spiele des Jahrhunderts. Olympia 1972, der Terror und das neue Deutschland, München 2022 (ab August bestellbar)
- » Eine Unterrichtseinheit in der Reihe „Zeit für Politik“ zu Olympia 1972 und eine Podcast-Episode in der gleichnamigen Reihe zum Thema „Mehr als nur ein Park: Wie viel Geschichte und Zukunft stecken im Olympia-Park?“ (beides ab September verfügbar) 🌞

GESELLSCHAFT(EN) IN ISRAEL: EINE INTERAKTIVE PLAKATREIHE FÜR DIE BILDUNGSARBEIT

von Julia Treindl



Alle Abbildungen: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Die ‚neue israelische Gesellschaft‘ verlangt von uns, die bisher akzeptierte Annahme von einer Mehrheit neben mehreren Minderheiten aufzugeben und ein neues Konzept von Partnerschaft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen in unserer Gesellschaft zu entwickeln. [...] Die herausforderndste Voraussetzung hierfür ist die Erschaffung einer gemeinsamen israelischen Mentalität – einer gemeinsamen ‚israeliness‘. Trotz der Herausforderungen, vor die uns die ‚neue israelische Gesellschaft‘ stellt, müssen wir anerkennen, dass [...] sie uns auch eine ungeheure Möglichkeit eröffnet: Sie bietet kulturellen Reichtum, Inspiration, Menschlichkeit und Einfühlungsvermögen. Wir dürfen der ‚neuen israelischen Gesellschaft‘ nicht erlauben, uns zu einem Leben in gespaltenen, getrennten Gemeinschaften zu verleiten.“

DIE ISRAELISCHE ARMEE: MELTING POT MILITÄR?

Militär-Parität – veranschaulicht das israelische Militär als Symbol für einen Gleichheit? Scannen dieses QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörbeitrag mehr über das israelische Militär.

Eine Erfolgsgeschichte? Scannen dieses QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörbeitrag mehr über die Einwanderenden aus der ehemaligen Sowjetunion.

www.zis.bayern.de

EINGEWANDERTE AUS DER EHEMALIGEN SOWJETUNION – EINE ERFOLGSGESCHICHTE?

Eine Erfolgsgeschichte? Scannen dieses QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörbeitrag mehr über die Einwanderenden aus der ehemaligen Sowjetunion.

Haben Karrieren von Einwanderern in der ehemaligen Sowjetunion eine Erfolgsgeschichte? Scannen dieses QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörbeitrag mehr über die Einwanderenden aus der ehemaligen Sowjetunion.

www.zis.bayern.de

DIE LGBTQ-GEMEINDE: REGENBOGEN ÜBER ISRAEL?

Regenbogen über Israel? Scannen dieses QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörbeitrag mehr über die LGBTQ-Gemeinde in Israel.

Die Angelegenheiten der israelischen LGBTQ-Gemeinde – Scannen dieses QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörbeitrag mehr über die LGBTQ-Gemeinde in Israel.

www.zis.bayern.de

Im Jahr 2015 formulierte der damalige israelische Präsident Reuven Rivlin diese Worte in einer mittlerweile berühmt gewordenen Rede. Die Vielfalt, der kulturelle Reichtum, das Potential und auch die Probleme und Herausforderungen dieser israelischen Gesellschaft(en), die Rivlin hier thematisiert, sind in der deutschen Gesamtgesellschaft und insbesondere in deutschen Klassenzimmern kaum je Thema. Sucht man die deutschen Lehrpläne nach dem Thema „Israel“ ab, so fällt auf, dass dieses Land und seine Bewohner*innen fast nur im Rahmen des israelisch-arabischen Konfliktes Erwähnung finden. Die ausschließliche Konzentration auf den Nahen Osten als Krisenregion führt aber in der schulischen Bildungsarbeit dazu, dass bei Schüler*innen wie auch Lehrkräften leicht der Eindruck einer statischen Konfliktkonstellation entstehen kann, in der sich klar voneinander abgrenzbare Menschengruppen als monolithische Blöcke gegenüberstehen und jeweils völlig konträre Interessen und Ziele verfolgen.

Diesem eindimensionalen Blick entgeht die gesellschaftliche Vielfalt, die Israel wie auch den gesamten Nahe Osten prägt; dies kann dazu führen, dass israelbezogenen Vorurteilen in Deutschland nicht nur nicht entgegengewirkt, sondern sogar der Boden bereitet wird.

Lücken in der Wahrnehmung Israels wollen Professor Dr. Michael Brenner am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur und Dr. Daniel Mahla, Koordinator des angegliederten Zentrums für Israel-Studien (ZIS), in Forschung und Lehre

schließen. Durch Gastprofessuren, öffentliche Tagungen und Vorträge sowie Publikationen vermittelt diese deutschlandweit einzigartige Einrichtung nicht nur Studierenden, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit die vielfältigen Facetten Israels. In diesem Rahmen existieren beispielsweise die Gastprofessur für israelisch-arabische Koexistenz sowie die Amos-Oz-Poetik-Gastprofessur für Hebräische Literatur. Mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ermöglichte überdies die Stärkung des Praxisbezugs für Lehramtsstudierende. In diesem Zusammenhang entstand die Idee einer Plakatreihe, um wissenschaftlich fundierte Information für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zeitgemäß, multimedial und niederschwellig zugänglich zu machen.

Die Plakatreihe, herausgegeben von Michael Brenner, möchte dazu beitragen, dass in der Bildungsarbeit der Blick geweitet und – wie es bereits der Plural im Titel andeutet – die Diversität der israelischen Bevölkerung, ihr Leben und Alltag zum Thema gemacht wird. Dabei zeigt sich, dass einfache Vorannahmen über eine homogene israelische Gesellschaft, die einer ebenso homogenen arabischen Gesellschaft gegenüber stehe, viel zu kurz greifen, wie der Blick auf arabische Israelis, jüdische Israelis mit Wurzeln in arabischen Ländern, eine heterogene LGBTQ-Community, Einwanderter aus Äthiopien und der ehemaligen Sowjetunion, ultraorthodoxe Menschen oder das Militär deutlich macht.

ISRAELIS MIT ÄTHIOPISCHEN WURZeln: ENDLICH AM ZIEL?

Ein Äthiopianer in Israel...
 Ein Äthiopianer in Israel...
 Ein Äthiopianer in Israel...

Endlich am Ziel? Sowie einem QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörtext mehr über die äthiopischen Wurzeln in Israel.

Wirden Sie jemals Präsidentin der UN-Generalversammlung sein? Ein Äthiopianer in Israel...
 Ein Äthiopianer in Israel...
 Ein Äthiopianer in Israel...

Ein äthiopischer Flüchtling in Israel...
 Ein äthiopischer Flüchtling in Israel...
 Ein äthiopischer Flüchtling in Israel...

Die äthiopischen Flüchtlinge in Israel...
 Die äthiopischen Flüchtlinge in Israel...
 Die äthiopischen Flüchtlinge in Israel...

www.bic.de

ISRAELS PALÄSTINENSISCHE BÜRGER*INNEN: MINDERHEIT IM ZWIESPALT

Israelische Bürger*innen: Im internationalen Vergleich
 Grundlage: PISA-Studie 2018
 In jeder dieser vier Kategorien (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen) der jeweiligen Länder*innen erreicht die PISA-Studie:

Kategorie	Israel	USA	China	Japan	OECD-Durchschnitt
Lesen	~480	~500	~520	~530	~490
Mathematik	~480	~500	~520	~530	~490
Naturwissenschaften	~480	~500	~520	~530	~490
Fremdsprachen	~480	~500	~520	~530	~490

Minderheiten im Zentrum? Sowie einem QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörtext mehr über die palästinensischen Bürger*innen Israels.

Die palästinensischen Bürger*innen in Israel...
 Die palästinensischen Bürger*innen in Israel...
 Die palästinensischen Bürger*innen in Israel...

Die palästinensischen Bürger*innen in Israel...
 Die palästinensischen Bürger*innen in Israel...
 Die palästinensischen Bürger*innen in Israel...

www.bic.de

DIE ULTRAORTHODOXEN GEMEINSCHAFTEN: WELT IM STILLSTAND?

Welt im Stillstand? Sowie einem QR-Code und erfahren in einem kurzen Hörtext mehr über die ultraorthodoxen Gemeinschaften.

Mehrheit der Bevölkerung in Israel (2019-2020)

1. Jüdisch	73,1%
2. Arabisch	20,3%
3. Russisch	2,1%
4. Griechisch	1,2%
5. Amerikanisch	1,1%
6. Chinesisch	0,9%
7. Indisch	0,8%
8. Philippinisch	0,7%
9. Vietnamesisch	0,6%
10. Koreanisch	0,5%
11. Indonesisch	0,4%
12. Japanisch	0,3%
13. Vietnamesisch	0,2%
14. Philippinisch	0,1%
15. Indonesisch	0,1%
16. Japanisch	0,1%
17. Vietnamesisch	0,1%
18. Philippinisch	0,1%
19. Indonesisch	0,1%
20. Japanisch	0,1%

Die ultraorthodoxen Gemeinschaften in Israel...
 Die ultraorthodoxen Gemeinschaften in Israel...
 Die ultraorthodoxen Gemeinschaften in Israel...

www.bic.de

Neben diesen Einzelthemen beleuchtet und hinterfragt die Plakatreihe aber auch moderne Migrations- und Gesellschaftsprozesse kritisch, die das Einwanderungsland Israel besonders betreffen, aber auch für Deutschland von Bedeutung sind. So speziell die Situation in Israel aufgrund seiner Geschichte auch sein mag, einige dieser vielfältigen und auch widersprüchlichen Eindrücke gelten auch für andere, vor allem westliche Gesellschaften, in denen Migration eine Rolle spielt.

Wie entstand die Plakatreihe?

Die Idee, eine allgemein verständliche, didaktisch gut einsetzbare Plakatreihe zu entwickeln, entstand gemeinsam mit Studierenden am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München in einem Seminar im Sommersemester 2020. Die Projektarbeit wurde dabei von Mitarbeiter*innen der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit begleitet. Gastreferent*innen des Museumspädagogischen Zentrums München unterstützten die Arbeit mit wertvollen Hinweisen zur Plakatgestaltung.

Die Themen der einzelnen Plakate wurden gemeinsam mit den Studierenden ausgewählt, wobei die Bedeutung der ausgewählten Gruppen für die israelische Gesellschaft(en) orientierten, aber auch individuelle Interessen der Mitwirkenden. Neben einem Einführungsplakat thematisiert die Plakatreihe Israels palästinensischen Bürger*innen, den

ultraorthodoxen Gemeinschaften, der israelischen Armee, Eingewanderten aus der ehemaligen Sowjetunion, Israelis mit äthiopischen Wurzeln und der LGBTIQ-Gemeinschaft. Vielen wichtigen weiteren Gruppierungen der israelischen Gesellschaft(en) konnte kein eigenes Plakat gewidmet werden, beispielsweise jüdischen Israelis mit Wurzeln in Nordafrika und dem Nahen bzw. Mittleren Osten, Frauen oder ethno-religiösen Minderheiten wie den Drus*innen oder Tscherkess*innen. Auf sie wird mithin cursorisch Bezug genommen.

Wer kann wie mit der Plakatreihe arbeiten?

Die sieben Plakate werden durch ein Beiheft ergänzt. Damit verknüpfte digitale Elemente sind bereits für Jugendliche ab einem Alter von etwa 14 Jahren geeignet und daher in relativ einfacher Sprache formuliert. Jedes Plakat besteht aus einem Hörtext, der per QR-Code angesteuert wird, und als erstes Element Beachtung finden sollte. Den Hörtext ergänzen und illustrieren Abbildungen und Zitate auf den Plakaten. Zur Vertiefung können jeweils etwa zehnmündige, englischsprachige Ausschnitte aus dem YouTube-Kanal *Ask an Israeli, ask a Palestinian* per QR-Code angesteuert und angeschaut werden, wo Angehörige der israelischen Gesellschaft(en) über ihr Leben und ihre Position im israelischen Sozialgefüge sprechen. In den Video-Clips wird in leicht verständlichem Englisch oder Hebräisch mit englischen Untertiteln kommuniziert.

Jede Gruppierung wird auf dem jeweiligen Plakat unter einer bestimmten Fragestellung betrachtet. Bei den ultraorthodoxen Gemeinschaften wird beispielsweise gefragt, ob sie eine „Welt im Stillstand“ darstellten. Keine dieser Leitfragen ist eindeutig zu beantworten, sie sollen vielmehr einen Diskussionsimpuls geben, um die Betrachter*innen der Plakate zu einer vertieften Reflexion der Inhalte anzuregen.

Die Informationen auf den Plakaten, vor allem aber auch die Texte im zugehörigen Beiheft, liefern vielfältige Informationen, um die Leitfragen differenziert zu beleuchten. Das Beiheft dient den Lehrkräften als inhaltliche Vertiefung

und Ergänzung; auch didaktische und methodische Impulse sind dort vorzufinden. Aber auch Schüler*innen der Oberstufe und erwachsene Interessierte können damit die Plakatinhalte eigenständig vertiefen.

Das Glossar am Ende des Beiheftes enthält zuletzt die wichtigsten erklärungsbedürftigen Begriffe zu den Gesellschaft(en) in Israel, die auf den Plakaten, in den digitalen Elementen, sowie in den Texten im Beiheft vorkommen.

Die Plakatreihe will den Betrachter*innen neue Horizonte eröffnen und vermeintlich gesicherte Vorannahmen in Zweifel ziehen - und vor allem zum Nachdenken und Diskutieren anregen. 🌞



LESESTOFF

Bayern und Israel: Geschichte(n) zwischen Isar und Jordan



Beginnend mit der zionistischen Vorgeschichte der israelischen Staatsgründung beleuchtet die Publikation in loser chronologischer Reihenfolge bedeutende Phasen der bayerisch-israelischen Vergangenheit bis in die Gegenwart. In Gesprächen und Interviews kommen dabei immer wieder Gestalter*innen der israelisch-bayerischen Beziehungen selbst zu Wort.

Die Autor*innen setzen in ihren Beiträgen unterschiedliche Schwerpunkte und analysieren diplomatisch-politische, wirtschaftliche, bildungs- und alltagsbezogene sowie biografisch-literarische Aspekte dieser Geschichte. Die Beiträge sind einerseits wissenschaftlich fundiert, andererseits aber unterhaltsam und gut lesbar formuliert, sodass sie für einen größeren Leser*innenkreis gedacht und geeignet sind.

Die Autor*innen kommen sowohl aus Bayern als auch aus Israel und bringen auf diese Weise unterschiedliche Perspektiven in die gemeinsame Geschichte und Gegenwart. Das Werk erscheint in der renommierten Reihe der „Münchner Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur“, die an der Abteilung für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität München von Prof. Michael Brenner herausgegeben wird.



INFO

Nähere Informationen zur Plakatserie sowie zu den Bestellmöglichkeiten finden Sie unter:

www.blz.bayern.de/plakatsatz-israelische-gesellschaft_p_388.html



[INTERVIEW]

„ALLES, WAS WIR NICHT ERINNERN“

EIN GESPRÄCH MIT CHRISTIANE HOFFMANN ÜBER IHR BUCH
UND DIE AUSWIRKUNGEN VON FLUCHT UND VERTREIBUNG AUF
DIE FAMILIENGESCHICHTE



**CHRISTIANE
HOFFMANN**
Erste Stellvertretende
Sprecherin der
Bundesregierung, Autorin

Foto: Ekko von Schwichow

Man könnte Sie als Stellvertretende Regierungsver-sprecherin in diesen dramatischen Zeiten vieles zur Weltlage fragen. Aber in diesem Interview geht es um Ihr dieses Jahr erschienene Buch „Alles, was wir nicht erinnern, zu Fuß auf dem Fluchweg meines Vaters“:

Die Landeszentrale hat 2021 ein Themenheft „Flucht und Vertreibung“ herausgegeben, in dem viele Aspekte historisch-wissenschaftlich behandelt werden und auch intergenerationelle Fragen eine wichtige Rolle spielen. Wir sind der Auffassung, dass es nötig ist, diesen schwierigen Themenkomplex aus ganz verschiedenen, auch neuen Perspektiven zu betrachten.

Ähnliche Überlegungen scheinen auch das zentrale Thema Ihres Buches bzw. Ihrer Wanderung zu sein. Was hat Sie dazu bewogen, nach dem

Tod Ihres Vaters die Fluchtstrecke, die er 1945 als Kind zurückgelegt hat, alleine im Januar 2020 nachzugehen?

Christiane Hoffmann: Die Flucht meiner Eltern – meine Mutter floh als Kind aus Ostpreußen, mein Vater aus Schlesien – ist für mich ein Lebensthema. Schon vor meiner Wanderung war ich mit meinem Vater, mit meinen Eltern, auch mit meinem Mann und meinen Kindern mehrfach in Rosenthal, dem schlesischen Geburtsort meines Vaters, der heute Róžyna heißt. Aber nach dem Tod meines Vaters 2018 hatte ich das Gefühl, dass ich mich jetzt alleine damit auseinandersetzen möchte. Ich suchte den Austausch vor allem mit den Menschen, die jetzt an dem Weg leben, den mein Vater damals zurückgelegt hat.

Würden Sie diese Wanderung nach den Erfahrungen, die Sie unterwegs gemacht haben, genauso wieder machen?

Abbildung:
Peter Palm, Berlin



Christiane Hoffmann: Ja, wenn man allein unterwegs ist, ist man offener, man sieht mehr. Ich wollte diesen speziellen Weg ohne Begleitung gehen und nicht zusätzlich auf andere bezogen sein. Ich bin auf dem Weg durch Polen und Tschechien sehr häufig gefragt worden, ob ich tatsächlich alleine unterwegs bin, und wo denn mein Mann sei. Es wurde teilweise als seltsam und befremdlich wahrgenommen, dass eine Frau alleine im Winter durch die Gegend marschiert. Wenn ich dann aber die Hintergründe erklärt habe, stieß ich fast immer auf Verständnis und es ergaben sich interessante Gespräche.

Hinzu kommt, dass ich in meiner Familie die Einzige bin, die sich in dieser Intensität mit der Fluchtgeschichte der Eltern beschäftigt. Bei meinen Geschwistern war das nicht der Fall, und meine Kinder sind schon die nächste Generation. Sie interessieren sich zwar für die Thematik, sind aber nicht in derselben Weise davon betroffen oder gar „besessen“ wie ich.

Gibt es bei Ihnen eine Erinnerung in Bezug auf die Fluchtgeschichte, die sich Ihnen als Kind besonders eingepägt hat?

Christiane Hoffmann: Mir ist besonders der erste Besuch mit meinem Vater in Rosenthal/Róžyna in Erinnerung geblieben, das war im Sommer 1978, ich war 11. Es war die bei weitem aufregendste Reise meiner Kindheit – hinter den Eisernen Vorhang. Ich erinnere mich an mehrere Szenen, vor allem aber an den Aufbruch aus Rosenthal bei unserer Abreise. Die Polen, die auf dem ehemaligen Hof meiner

Familie lebten, hatte uns überaus gastfreundlich aufgenommen. Und das, obwohl wir ja wildfremde Menschen waren und man damals in Polen teilweise noch recht misstrauisch auf die Deutschen schaute. Man fragte sich, was sie eigentlich wollten und ob sie vielleicht ihre Häuser zurückfordern würden. Bei der Abreise überhäufte man uns dann mit Geschenken: Darunter war auch die Gitarre eines der beiden Söhne, auf die sie vorher sehr lange gespart hatten – uns war das wahnsinnig unangenehm und auch unvorstellbar. Wer würde in Deutschland sein liebstes Stück an Wildfremde verschenken? Das hat sich mir als Kind besonders stark eingepägt. Was mich beeindruckte, war also weniger die Erinnerung an das Deutsche, an die Vergangenheit, sondern die dort lebende, gastfreundliche polnische Familie, die Gegenwart.

Sie berichten in Ihrem Buch, dass Sie schon als kleines Kind bei Familienfesten unter dem Tisch gespielt und den Erwachsenen bei ihren Erzählungen über die Flucht zugehört haben, sodass die Geschichten gewissermaßen präsent waren, bevor Sie überhaupt die Bedeutung begreifen und einordnen konnten. Es stellt sich die Frage, was solche Erlebnisse mit den Menschen, mit den Familien machen. Wie wirkt sich das vielleicht auf eine Ehe, auf die Familie, auf die Kinder und Enkel aus, wenn eine solche Fluchtgeschichte auf einem lastet?

Christiane Hoffmann: Wenn ich heute daran denke, dass ich 22 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren wurde, dann erscheint mir das eine

Die Fotos zeigen verschiedene Momentaufnahmen aus dem Leben der Familie Hoffmann im damaligen Rosenthal in Schlesien.
Fotos: Privatarchiv Christiane Hoffmann





ungeheuer kurze Zeit. Das ist ungefähr so lange wie für uns heute die Anschläge von 9/11 zurückliegen – daran können wir uns ja noch sehr genau erinnern. Deshalb verwundert es eigentlich nicht, dass dieser Krieg, der ein unvergleichlich größeres Ereignis in all diesen Familiengeschichten darstellte, in den 1970er Jahren noch ganz stark präsent war.

Das Ausgesprochene war aber damals sehr unreflektiert: Die Erwachsenen unterhielten sich einfach, das war keine gezielte Aufarbeitung der Geschichte. Es waren immer wiederholte Erzählungen. Ich habe viele Jahrzehnte gebraucht, um zu verstehen, wie stark die Flucht die Familiengeschichte geprägt hat. Hinzu kam, dass das Thema in der Gesellschaft lange fast ein Tabu war, obwohl es nach dem Krieg etwa 14 Millionen Deutsche betraf. Die Aufarbeitung der deutschen Traumata war so schwierig, weil das Leid so stark verbunden war mit der Schuld und den Verbrechen der Deutschen. Das hat häufig über Jahrzehnte zum Schweigen geführt, man wollte gar nichts mehr mit dieser Zeit zu tun haben. Später ging es richtigerweise erst einmal darum, die deutsche Schuld aufzuarbeiten. Wer über das Leid von Deutschen sprechen wollte, geriet sofort in den Verdacht, die Schuld zu verleugnen, was ja auch oft der Fall war. Vor zehn, fünfzehn Jahren erschien dann eine Reihe von Büchern, die sich mit den psychischen Folgen des Krieges speziell auf die Kinder beschäftigte. Da verstand ich plötzlich vieles, was meine Eltern geprägt hatte. Auf mich hatte dieses Thema schon in der Kindheit eine enorme Faszination ausgeübt,

ich habe immer danach gefragt und wollte alles darüber wissen. Ich weiß jetzt, dass mir das so mitgegeben wurde aus der Familiengeschichte und dass ich es auf eine Art immer wieder bearbeiten muss und davon nicht loskomme.

Sie haben zwei mittlerweile erwachsene Töchter. Denken Sie, dass sich diese Familien-Fluchtgeschichte in irgendeiner Form auch auf diese Generation übertragen hat, oder sind sie völlig frei davon – außer dass sie natürlich die Geschichte(n) kennen und wissen, dass ihre Mutter sich z.B. in ihrem Buch damit auseinandersetzt?

Christiane Hoffmann: Sie sind natürlich längst nicht so gefesselt von dieser Geschichte wie ich. Aber meine eigene fehlende Verwurzelung, die mir durch die Flucht meiner Eltern mitgegeben wurde, hat mit dazu beigetragen, dass auch meine Kinder nicht an einem festen Ort aufgewachsen sind, womit gewissermaßen etwas von dieser Heimatlosigkeit weitergegeben wurde. Heutzutage wechseln viele Menschen aus privaten oder beruflichen Gründen häufiger den Wohnort, aber Flucht oder gewaltsame Vertreibung sind etwas ganz Anderes. Damit geht eine elementare Verunsicherung einher, man wird aus allen Zusammenhängen gerissen, man verliert in gewisser Weise das Leben, das man hatte. Dieser totale Verlust von Sicherheit und Kontrolle über das eigene Leben prägt sich tief ein und setzt sich in den Generationen fort. Meine Töchtern haben die Familiengeschichte unterschiedlich aufgenommen. Meine ältere Tochter sagt, für sie seien

Fotos:
Privatarchiv
Christiane
Hoffmann



DIE AUTORIN

Christiane Hoffmann ist seit Januar 2022 Erste Stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung. Sie studierte Slawistik, osteuropäische Geschichte und Journalistik in Freiburg, Leningrad und Hamburg, arbeitete fast 20 Jahre für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und berichtete als Auslandskorrespondentin aus Moskau und Teheran. Anfang 2013 wechselte sie als stellvertretende Leiterin ins Hauptstadtbüro des Spiegel. Seit 2018 war sie vor allem als Autorin und Expertin in Talkshows tätig. Hoffmann ist die Tochter zweier Flüchtlingskinder. Ihre Vorfahren väterlicherseits stammen aus Schlesien, die Familie ihrer Mutter aus Ostpreußen.

Heimat Menschen. Mit einem geografisch definierten Heimatbegriff, wie ich ihn über meinen Vater mit dem Ort Rosenthal vermittelt bekommen habe, könne sie nichts anfangen. Meine jüngere Tochter, die ungefähr acht Jahre alt war, als wir nach Berlin gezogen sind, hat dagegen sehr starke Heimatgefühle für diese Stadt entwickelt, in der sie sich verwurzelt fühlt.

Man kann am Beispiel des Wohnortwechsels gut die Unterschiede in den „Entwurzungen“ sehen. Man zieht bewusst um, sogar in ein anderes Land, aber die Heimat mit den Menschen, Gebäuden, Landschaften, Dingen, der Sprache etc. bleibt, wie sie ist, man kann jederzeit dorthin zurückkehren, dort Zeit verbringen und ggf. auch wieder dort leben.

Christiane Hoffmann: Ja, das Entscheidende ist nicht der Ortswechsel an sich, sondern der Verlust jeder Sicherheit. Wer flüchten muss, erlebt, dass man von einem Moment auf den anderen alles verlieren kann, Besitz, Menschen, jegliche Kontrolle über das eigene Leben. So ein Davonlaufen vor der Front, die hinter einem herkommt, an der Menschen sterben, in ständiger Lebensgefahr, den Kontakt zu verlieren zu den nächsten Menschen oder diese Menschen tatsächlich zu verlieren, das sind Erfahrungen, die einen ein Leben lang nicht mehr loslassen. Mein Vater hat 1945 seinen Bruder, seine Großmutter und seinen Onkel verloren, der Vater verschwand mehrere Jahre in der Kriegsgefangenschaft. Seine Mutter wurde depressiv

und nahm sich später das Leben. Für Kinder ist das doppelt traumatisch: Sie bekommen ja mit, wenn die Erwachsenen völlig den Boden unter den Füßen verlieren, das ist eine zutiefst verunsichernde Erfahrung, das ist die eigentliche Entwurzelung, mehr als der Ortswechsel. Mein Vater war übrigens ein sehr heiterer Mensch, er hat nie bitter über das Schicksal unserer Familie gesprochen und es war ihm ebenso wie mir immer wichtig, daran zu erinnern, dass Deutschland den Krieg begonnen hatte, der dann zu Flucht und Vertreibung führte. Für ihn standen die Schuld und der Wunsch nach Versöhnung im Vordergrund.

Dabei denkt man auch an die ganz aktuellen Fluchtbewegungen: aus der Ukraine, aus Syrien, um nur zwei Beispiele zu nennen. Die Bilder der Flüchtenden gleichen sich: Menschen, Familien, die sich zu Fuß mit etwas Hab und Gut und Kindern auf dem Arm auf den Weg machen, um ihr Leben zu retten, in der Hoffnung irgendwo eine Bleibe zu finden – und in letzter Konsequenz vielleicht auch eine neue Heimat. So sehr sich die Bilder ähneln, muss natürlich betont werden, dass der historisch-politische Hintergrund ein völlig anderer und nicht vergleichbar ist.

Christiane Hoffmann: Das ist das Erschreckende, zu wissen, dass das Generationen prägen wird und wie lange es dauern wird, es zu heilen – selbst wenn man heute damit anders umgehen kann, weil man schon weiß, dass diese Erfahrungen Traumata hinterlassen werden. Es wird hoffentlich eine ganz andere psychologische Betreuung stattfinden als damals in der Nachkriegszeit. Wir wissen, dass die Kinder, die aus Aleppo oder Irpin flüchten mussten, wohl ihr Leben lang unter den Geschehnissen leiden werden.

Sie sind den Fluchtweg Ihres Vaters ja, wie eingangs geschildert, zu Fuß und alleine nachgewandert und haben Ihre Erlebnisse dann in einem Buch festgehalten. Würden Sie sagen, dass sich durch das Wandern auf den Spuren Ihres Vaters einerseits und durch das Schreiben andererseits Ihre Perspektive auf die Ereignisse geändert hat?

Christiane Hoffmann: Ja, auf jeden Fall. Ich habe diesen Weg zunächst sehr intuitiv begonnen, ohne eine besondere Erwartung. Ich hatte das Glück, dass jemand aus dem Treck der Rosenthaler Aufzeichnungen gemacht hatte, eine Liste mit Daten und Orten, durch die der Treck gekommen war, wo man übernachtet hatte. Als mir diese Liste nach dem Tod meines Vater wieder in die Hände fiel,

suchte ich die Orte auf der Karte. Und plötzlich war die Idee da: den Weg meines Vaters nachzulaufen. Wenn er das als Kind gelaufen ist, warum sollte ich das nicht auch können? Ich wollte nachempfinden, was mein Vater, was die anderen im Treck gefühlt, was sie gesehen hatten. Deshalb wollte ich es auch im Januar machen, um die Kälte, die Nässe, die Farben usw. dieser Jahreszeit zu erleben. Ich bin in der Hoffnung losgegangen, dass ich viele schlaue Gedanken und Erkenntnisse haben würde, wenn ich so durch die Gegend laufe – aber das war überhaupt nicht der Fall. Im Gegenteil: Ich habe sogar immer weniger gedacht und habe dann die Erfahrung gemacht, die wohl auch Pilger machen: dass Wandern etwas sehr Meditatives, Spirituelles, gar nichts Rationales ist. Erst beim Schreiben darüber habe ich verstanden, dass genau das mich meinem Vater und der Familiengeschichte verbunden hat: diese Erfahrung der Erschöpfung, der Leere, die Angst vor der Dunkelheit, wie man nur noch daran denkt, wann man sich das nächste Mal wieder hinsetzen kann, etwas zu essen bekommt oder in die Wärme.

Sie haben auf Ihrem Weg auch die unterschiedlichsten Menschen getroffen und interessante Gespräche geführt. So schreiben Sie beispielsweise an einer Stelle, dass eine junge Tschechin Ihnen erzählte, dass sie eigentlich ganz gerne in der EU studieren oder vielleicht auch arbeiten wolle, aber letztendlich eigentlich der Meinung sei, dass Tschechien längerfristig betrachtet aus der EU austreten sollte. Wie wichtig waren Ihnen diese Erfahrungen, die auf den ersten Blick nichts mit Vergangenheitsbewältigung, Trauerarbeit oder historischen Forschungen zu tun haben?

Christiane Hoffmann: Es war mir sehr wichtig, dass dieses Buch nicht nur in der Vergangenheit spielt. Ich wollte die Gegenwart mit der Vergangenheit verbinden und ein Buch über Menschen und ihre Schicksale schreiben. Die einzelne Geschichte steht dabei immer nur exemplarisch für das, was viele erlebt haben und bis heute erleben. Ich habe mit jungen Menschen über Europa, ihren Blick auf Deutschland und auf die Vergangenheit gesprochen. Und ich habe Zeitzeugen gesucht. In Museen habe ich mich mit Leuten darüber ausgetauscht, wie die Geschichte heute bearbeitet wird, wie man heute damit umgeht.

Wie sind ihre Erfahrungen speziell mit dem Verhältnis der jungen Leute in Polen und Tschechien zur EU gewesen?



Foto:
Privatarchiv
Christiane
Hoffmann

Christiane Hoffmann: In meiner Generation bin ich oft auf Menschen gestoßen, die stark von der rechtspopulistischen (Regierungs-)Propaganda beeinflusst waren. Sie schimpften über die EU, die alles bestimme, die die Polen demütige. Bei jüngeren Menschen, vor allem in Tschechien, habe ich eine grundsätzlich positive Haltung gespürt, die mir aber bisweilen utilitaristisch vorkam: Deutschland wurde als wichtiger Handelspartner gesehen, der profitable Investitionen mache, was wirtschaftlich gut für Tschechien sei. Das ist beunruhigend, wenn die EU kaum in ihrer historischen und kulturellen Bedeutung gesehen wird. Es fehlte mir der Aspekt, dass die EU nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auch als Garant für Frieden und Versöhnung in Europa wichtig war. Mir ist natürlich bewusst, dass das auch in der ganz unterschiedlichen Geschichte dieser Länder begründet ist. In einem Gespräch erklärte mir ein junger Mann: Die Älteren trauern entweder dem Kommunismus nach oder sind Nationalisten geworden, die junge Generation schaut nach vorne und muss pragmatisch denken. Zu Deutschland ist das Verhältnis ambivalent: Bewunderung, Neid, aber auch Unbehagen damit, dass ausgerechnet die Deutschen, die den Krieg begonnen und verloren haben, jetzt wieder so reich sind und so viel zu sagen haben in Europa.



INFO

Die unten stehenden Publikationen können bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit bezogen werden:

www.blz.bayern.de/publikationen



Abbildungen:
Bayerische
Landeszentrale
für politische
Bildungsarbeit

Denken Sie, dass Ihre persönliche Biographie, besonders auch Ihre Berufswahl, durch die Biographie und Fluchtgeschichte Ihres Vaters, Ihrer Eltern geprägt wurde – Sie haben sich ja unter anderem mit osteuropäischer Literatur und Geschichte beschäftigt?

Christiane Hoffmann: Ja, das glaube ich schon. Das war mir damals natürlich nicht bewusst, als ich mich entschieden habe, russische Literatur zu studieren. Schon als Kind hatte ich mich für Russland interessiert, was in einer kleinen Stadt bei Hamburg und in meinem Freundeskreis eher ungewöhnlich war. Mich hatten schon früh auch die politischen Autoren begeistert, Trotzki und Lenin, und natürlich Dostojewski, Tolstoi und so weiter. Als ich anfang zu studieren, erschien mir das eher zufällig, was es aber natürlich überhaupt nicht war. Ich hatte eine dunkle Ahnung, dass es etwas mit der Familiengeschichte zu tun haben könnte. Aber ich habe erst später wirklich verstanden, dass ich offensichtlich auf der Suche war nach „diesen Russen“, vor denen meine Familie geflüchtet war und die dann Deutschland besiegt hatten – und dass das meine Art war, mich mit diesem Land und damit über einen großen Umweg auch mit meiner Familiengeschichte auseinanderzusetzen. Ich bin ja Auslandskorrespondentin in Moskau geworden, nachdem ich vorher schon journalistisch über Russland gearbeitet hatte. Mir auf diese Art das Land und seine Geschichte zu erschließen, war eine ganz hervorragende Möglichkeit, mich auch mit meiner eigenen Geschichte auseinanderzusetzen.

Ich beschreibe in meinem Buch, dass mein Herausgeber bei der FAZ zwischen westlichen und östlichen Menschen unterschieden hat. Nach

einem kurzen Gespräch mit mir als damals junger Journalistin hatte er dann seine Entscheidung gefällt: „Sie sind also ein östlicher Mensch“. Dies kam mir zunächst befremdlich vor, aber später habe ich gemerkt, dass er Recht hatte. Für mich war schon als Kind klar, dass ich ein Buch über die Flucht schreiben möchte. Nun habe ich fast 50 Jahre gebraucht, bis ich genug verstanden und die Form dafür gefunden habe. Vielleicht es auch erst möglich, nachdem mein Vater gestorben war. Das Buch ist ja auch eine Art von Trauerarbeit über den Tod meines Vaters. Ich habe einfach sehr lange gebraucht, bis ich so weit war.

Es gibt viele positive Rezensionen zu Ihrem Buch, z.B. auch von Andreas Kossert, der sich in seinem Buch „Flucht“, das auch im Programm der LZ erhältlich ist, sehr intensiv mit der Thematik von Flucht als Kontinuum in der Menschheitsgeschichte auseinandersetzt. Ungefähr jede/r Vierte in Deutschland kommt gegenwärtig aus einer Familie, die von Flucht oder Vertreibung betroffen war. Als die Landeszentrale letztes Jahr das Themenheft herausgegeben hat, haben wir zahlreiche Zuschriften von Betroffenen erhalten, die uns ihre individuelle Geschichte erzählt oder zu einzelnen Details Stellung genommen haben. Bestimmt erleben Sie auch, dass viele Menschen Ihnen gerne Ihre persönlichen Erlebnisse berichten wollen oder sich von Ihnen zu Reisen in die Vergangenheit inspirieren lassen?

Christiane Hoffmann: Ja, so ist es. Ich bekomme sehr viele Briefe und Emails, viele sehr emotionale Reaktionen, auch in Gesprächen oder bei Lesungen aus dem Buch. Menschen sprechen mich auf der Straße an und erzählen, wie sie beim Lesen geweint haben und dass das Buch ihr Leben verändert hätte. Das ist wirklich sehr bewegend. Es ist vor allem meine Generation, also nicht mehr so sehr die Erlebnisgeneration. Menschen sagen mir, dass sie sich jetzt auch mit ihrer Familiengeschichte beschäftigen wollen. Manchmal bereuen die Leute auch, dass sie es nicht früher getan haben, da die Eltern und Großeltern mittlerweile gestorben sind und viele Fragen deshalb nicht mehr beantwortet werden können. Es gibt ein unvorstellbares Bedürfnis zu sprechen.

Nach einer Lesung kam ein Mann zu mir und sagte, er habe eine ähnliche Geschichte, und er möchte sie so gerne aufschreiben. Er wollte wissen, wie man das macht und ob ich ihm sagen könnte, wie er loslegen soll ... Aber das kann man ja nicht lehren und auch nicht erklären – jeder muss seinen eigenen Weg finden.



Dieser Aspekt des Umgangs mit der (Flucht-) Geschichte in den verschiedenen Generationen erscheint sehr spannend.

Christiane Hoffmann: In meiner Geschichte ist es so, dass mein Vater und meine Mutter ihre Flucht nicht zu ihrem Lebensthema gemacht haben. Sie wollten ein „heiles Leben“ wiederherstellen und diesen Bruch vergessen. Für sie waren ein Haus, Familie und Freunde das Wichtigste, menschliche Beziehungen, die sie trugen. Sie wollten vor allem uns Kindern eine glückliche Kindheit ermöglichen, also genau das, was sie nicht gehabt hatten. Im Großen und Ganzen glaube ich, dass es für meine Eltern richtig war, auf Verdrängen und Vergessen zu setzen. Es ist überhaupt eine interessante Frage im Umgang mit historischen Brüchen, nämlich wie man sie verarbeiten kann. Und ist das überhaupt nötig? Das ist ja eine ziemlich deutsche Idee, dass man die persönliche Biographie aufarbeiten soll, die dann irgendwann auch verarbeitet zu sein hat, sodass man voranschreiten kann. Ich weiß nicht, ob das immer die hilfreichste Lösung ist. Das ist auch so eine Erkenntnis, die ich erst mit den Jahren gewonnen habe, dass es auf eine besondere Art heilsam und auch produktiv war, dass mein Vater diesen Teil seiner Kindheit irgendwie abgekapselt hatte – es war nicht tabu, aber er hat es auch nicht wirklich bearbeitet. Gleichzeitig hat er es damit aber mir überlassen, das Ganze zu erinnern. Ich musste das auf meine Weise tun. Die Frage, wann und warum Vergessen und Verdrängen, und wann und warum Erinnern das Richtige ist, finde ich ganz spannend. Darauf gibt es natürlich keine pauschale Antwort, aber es lohnt sich meiner Meinung nach sehr, sich damit auseinanderzusetzen.

Man lebt ja auch sein Leben in der Gegenwart mit allen Höhen und Tiefen, man muss seinen Lebensunterhalt verdienen, für die Familie sorgen etc. Man will sich nicht ständig mit seiner Vergangenheit beschäftigen. Dennoch konnten sicher viel zu viele Menschen ihre schweren Traumata der NS- und (Nach-) Kriegszeit nicht verarbeiten.

Christiane Hoffmann: Vielen Menschen war es wahrscheinlich gar nicht bewusst, dass sie überhaupt durch diese Zeit und durch die Fluchtgeschichte geprägt waren. Meine Mutter war erst vier Jahre alt, als sie geflüchtet ist. Die Traumatisierung ist völlig verschüttet bei ihr. Solange ich mich erinnern kann, hatte sie immer irgendwo Schmerzen oder Krämpfe, die keine richtige medizinische Erklärung hatten. Es gab aber auch nichts, was sie bewusst weggeschoben hätte, sie hat es einfach selber gar nicht gewusst oder bemerkt. Erst wir Kinder haben

dann gespürt, dass da etwas verborgen ist, und dass es unsere Aufgabe ist, es herauszufinden.

Vielen Dank für Ihre Zeit und das interessante Gespräch. 🌞

Interview: Christina Gibbs



DAS BUCH



**Alles, was wir nicht erinnern.
Zu Fuß auf dem Fluchtweg
meines Vaters, München 2022**

Am 22. Januar 2020 brach Christiane Hoffmann zu Fuß und allein in Róžyna, einem Dorf in Niederschlesien, das einmal Rosenthal hieß, zu einer besonderen Wanderung auf: Sie lief 550 Kilometer nach Westen, auf dem Weg, auf dem ihr 2018 verstorbener Vater mit seiner Familie im Winter 1945 vor der Roten Armee geflohen war.

Seit ihrer Kindheit setzte sich die Autorin intensiv mit den in ihrer Familie tradierten Geschichten von Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat sowie mit dem Umgang mit dieser Geschichte im Allgemeinen auseinander. Obwohl sie bereits zu Lebzeiten des Vaters mehrere Male die ehemalige Heimat der Familie in Niederschlesien besucht hatte, war es ihr ein Anliegen, nach seinem Tod diese besondere Reise zur Aufarbeitung und Erinnerung zu unternehmen. Ihre Erlebnisse, Begegnungen und Gedanken auf der Wanderung verarbeitete sie zu dem im März 2022 beim C.H. Beck Verlag erschienenen Buch.

Die Publikation geht dabei weit über ein persönliches Erinnerungsbuch hinaus: Sie ordnet die Familiengeschichte jeweils in die historischen Hintergründe von Kriegs- und Nachkriegsgeschichte ein und verknüpft die persönlichen Erfahrungen in der Familie mit allgemeinen historisch-gesellschaftlichen Beobachtungen, z.B. zur Weitergabe von Traumata innerhalb von Familien, dem Schweigen der „Kriegskinder“ und allgemein der Schwierigkeit des richtigen Umgangs mit diesen Themen. Viele auf der Wanderung geführte Gespräche behandeln dabei gar nicht (nur) die Vergangenheit, sondern setzen sich mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander – etwa wie junge Polen und Tschechen zur EU stehen.

KARL SÜSSHEIM (1878–1947)

EIN VERFOLGTER WISSENSCHAFTLER UND SEINE UNIVERSITÄT

von Kristina Milz

„Ein Sohn des Volkes wollt' er sein“: Der letzte jüdische Landtagsabgeordnete Bayerns wünschte sich für seine Beerdigung ein wehmütiges Arbeiterlied. Der SPD-Politiker Max Süßheim war nicht nur ein wichtiger Vordenker der Demokratie, sondern gewissermaßen auch ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, lange bevor dieser an die Macht gelangte. Dennoch könnte man den Eindruck haben, er hätte nie existiert – genauso wenig wie sein Bruder, der Orientalist Karl Süßheim, der als Professor über Jahrzehnte hinweg die Türkei-Studien an der LMU geprägt hat und 1941 als einer der letzten Münchner Juden der Shoah entkam. Die Süßheim-Brüder sind mit diesem Schicksal nicht allein: Immer wieder stößt die Wissenschaft auf faszinierende bayerisch-jüdische Biografien von Frauen und Männern, die aus dem kollektiven Bewusstsein verschwunden sind, obwohl ihre Rolle in der Geschichte eine besondere war. Die Umstände dieser Verdrängung aus der kulturellen Erinnerung sind so vielfältig und mehrdeutig wie die Figuren selbst: Geschlechterspezifische Kategorien konnten dabei genauso eine Rolle spielen wie tiefsitzender Antisemitismus und die vielschichtigen Befindlichkeiten der bayerischen Nachkriegsgesellschaft. Eines aber hatten sie gemeinsam: Diese Protagonisten der Geschichte sind nicht zufällig vergessen worden. Die Reihe „Bayerns vergessene Kinder“ porträtiert jüdische Biografien, die einer *damnatio memoriae* zum Opfer gefallen sind – und ihrer Wiederentdeckung harren.

- **Karl Süßheim (1878–1947): Ein verfolgter Wissenschaftler und seine Universität**
- Paula Buber (1877–1958): Eine Schriftstellerin und das Patriarchat
- Paul Nikolaus Cossmann (1869–1942): Ein rechter Publizist und die Scham der Gesellschaft
- Max Süßheim (1876–1933): Ein Politiker und seine Partei

„Als Kind merkt man so etwas wie Vermeidung normalerweise nicht. [...] Als ich aufwuchs, hörte ich von meiner Mutter nur wenige Geschichten über ihre Familie. [...] Sie sagte Dinge wie: ‚Ich weiß wirklich nicht viel, ich kann mich nicht erinnern‘. Und sie hat nicht ein einziges Mal gesagt, dass ihr Vater Jude war. [...] In den frühen Siebzigern, als wir in den Ferien nach Istanbul gefahren sind, als ich 12 war, [...] [haben] wir sein Grab [...] besucht. Da war ein großer Davidstern auf dem Grabstein. Ich war verwirrt! Ich habe auf den Stern gezeigt und gesagt: ‚Hey Mom!‘ Sie hat nur in eine andere Richtung geschaut. Das war das Ende der Diskussion.“

Die eindringlichen Sätze entstammen einer Rede, die am 27. Juni 2022 im Literaturhaus München gehalten wurde.¹ Die Sprecherin war Lisa R. D’Angelo, Enkelin des in der NS-Zeit in die Türkei emigrierten bayerisch-jüdischen Orientalisten Karl Süßheim, der heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Dabei war er als außerordentlicher Professor an der Münchner Universität nicht nur einer der wichtigsten Lehrer der orientalischen Sprachen in Deutschland und als Türkei-Experte in Bayern nicht wegzudenken, sondern auch ein Diarist, der als feiner Beobachter und Reporter seiner Zeit mit Victor Klemperer verglichen wurde.² Als Exilant verstarb Süßheim 1947 in Istanbul, wohin er im Sommer 1941 mit seiner Familie geflüchtet war.

Karl Süßheim hat die Grenzen seiner Zeit herausgefordert wie kaum ein anderer. Seine Biografie beleuchtet eindrucksvoll die Möglichkeitsräume eines deutsch-jüdischen Lebens in einer Welt voller Vielfalt und Ambiguität – und voll von deren Feinden. Sie erzählt von einem Menschen, dessen Leben sich wie eine Abhandlung über Macht und Ohnmacht des Individuums angesichts gesellschaftlich gesetzter Grenzen betrachten lässt – in territorialer, sprachlicher und kultureller wie auch in religiöser, politischer und beruflicher Hinsicht. Die Geschichte von Karl Süßheim Bey, wie seine türkischen Freunde ihn nannten,³ erzählt vom Hoffen und Scheitern, vom Kämpfen und



Verlieren, vom Leben in fremden Welten und von der geliebten Heimat, die eines ihrer treuesten Kinder verstieß. Will man verstehen, wie einer wie er vergessen werden konnte, muss man genauer in dieses Leben hineinschauen.

Karl Süßheims jüngere Tochter Gioconda D’Angelo am Grab ihres Vaters auf dem jüdischen Friedhof in Istanbul-Ortaköy
Bild: Privatnachlass Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York) und Familie.

Eine Biografie über Grenzen

Karl Süßheim wuchs als Sohn eines erfolgreichen Nürnberger Hopfenhändlers in einem jüdisch-liberalen, religiös eher indifferenten bürgerlichen Umfeld auf. Entgegen dem Wunsch seines Vaters wandte sich Süßheim den Geisteswissenschaften zu; er studierte die deutsche und – als erklärter Anhänger der Wittelsbacher – insbesondere die bayerische Geschichte. Als Student in Berlin kam er aber auch in Berührung mit dem Nahen Osten: Am Seminar für Orientalische Sprachen lernte Süßheim junge Osmanen kennen, die zum Studium ins Kaiserreich gekommen waren.

Die Region faszinierte ihn so sehr, dass er zum Leidwesen seiner Familie nach seiner Promotion⁴ in den Nahen Osten zog. Er verbrachte einige Jahre in Konstantinopel, wo er erstmals mit tiefreligiösen

1 Sie fand im Rahmen der Veranstaltung „Karl Süßheim Bey. Eine Biografie über Grenzen: Kristina Milz im Gespräch mit Michael Brenner“ statt, im Rahmen derer Süßheims Biografie erstmals vorgestellt wurde. Kristina Milz: Karl Süßheim Bey (1878–1947). Eine Biografie über Grenzen, Berlin 2022.

2 Vgl. Peter Oberstein/Barbara Brubacher: Der unpräzise Chronist, in: Süddeutsche Zeitung v. 04.02.2010, S. N2.

3 „Bey“ ist die türkische Anredeform für „Herr“ und wird dem Namen nachgestellt.

4 Karl Süßheim: Preussische Annexionsbestrebungen in Franken 1791 – 1797, ein Beitrag zur Biographie Hardenbergs, Berlin 1902.

Lebensformen konfrontiert wurde, mit denen er zunächst fremdelte: „Ich habe noch nie ein Ghetto gesehen“, hielt er nach einer Reise in Anatolien fest: „Die Frömmigkeit der orientalischen Juden wird mir immer unbegreiflich bleiben.“⁵ Doch diese Phase hielt nicht lange an: Bald schon spielte er sogar mit dem Gedanken, zum Islam zu konvertieren; über diesen Umweg fand er schließlich zu einem gefestigten jüdischen Glauben. Seine Erfahrungen mit sogenannten Jungtürken (*Jön Türkler*) verliehen dem jungen deutschen Israeliten dabei erstmals eine gewisse Leichtigkeit: Die osmanischen Oppositionellen, die er kennenlernte, waren Juden gegenüber aufgeschlossen, in ihren Reihen erlebte er keinen Antisemitismus: Für sie war Süßheim ein gebildeter Reisender aus einer Hochkultur, mit dem sie sich über Geschichte und Politik austauschten.

Diese enge Verbindung war nur möglich, weil Süßheim sich die orientalischen Sprachen in der Zwischenzeit nahezu perfekt angeeignet hatte. Sein Tagebuch verfasste er auf Osmanisch und Arabisch. In diesen Aufzeichnungen, die er über die längste Zeit seines Lebens hinweg führte, offenbart sich ein nüchterner, aber feinsinniger Beobachter der Gesellschaften, die ihn jeweils umgaben. Ob über den Aufbruch der Türkei in die Moderne, die Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg oder den Genozid an den Armeniern: Süßheims Notizen geben einzigartige Einblicke in die Ambivalenzen der deutsch-türkischen Geschichte.

Die jungtürkische Revolution von 1908 erlebte der außergewöhnlich sprachbegabte junge Bayer als einer der wenigen Ausländer im innersten Kreis der frühen osmanischen Oppositionsbewegung in Kairo hautnah mit. Hier änderte sich auch seine politische Haltung: Süßheim war seit jeher von Obrigkeiten fasziniert und überzeugter Monarchist, doch den Sturz eines Tyrannen, als welcher Sultan Abdülhamid II. vielen erschien, betrachtete er inzwischen durchaus als opportun. Geprägt von seinen Erfahrungen vor Ort, widmete sich Süßheim nach seiner Rückkehr nach Bayern als Orientalist nicht nur der Exegese Jahrhunderte alter Handschriften – er befasste sich insbesondere mit der Geschichte der Seldschuken⁶ –, sondern erklärte in der Heimat auch seine Sicht auf die zeitgenössische Türkei.

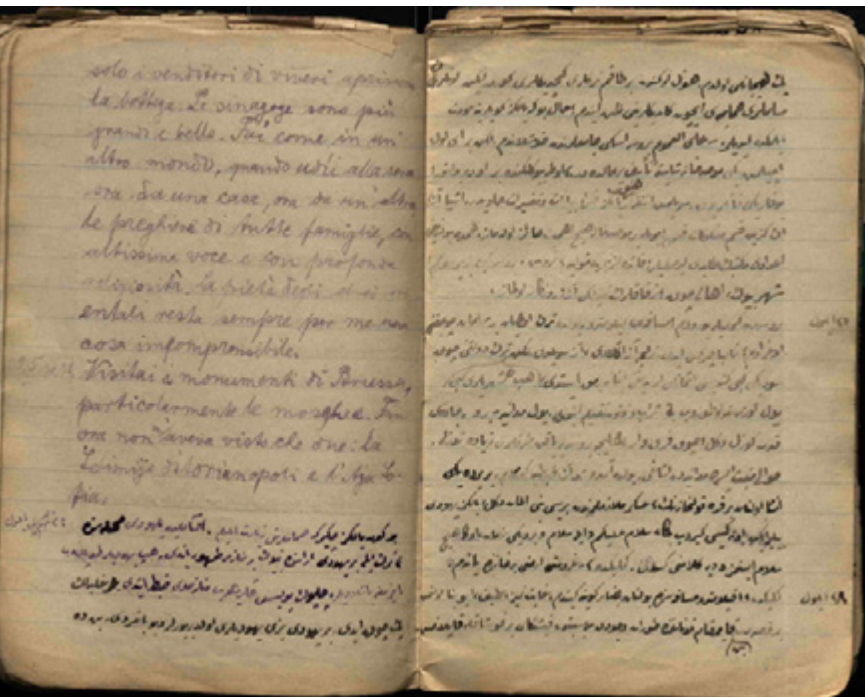


Mit seinen Kenntnissen über Sprache, Land und Leute wurde Süßheim, 1911 an der Universität München habilitiert, nicht nur zu einem der wichtigsten Lehrer der orientalischen Idiome in Deutschland. 1914 nämlich verlieh ihm seine Expertise unvorhergesehene Bedeutung: Sein Forschungsgegenstand, das Osmanische Reich, hatte sich in kürzester Zeit zum Verbündeten im Ersten Weltkrieg entwickelt. In den folgenden Jahren war Süßheim nicht nur ein gefragter Dolmetscher bei offiziellen Treffen mit den Bündnispartnern und beliebter Redner in allerlei öffentlichen Veranstaltungen, er arbeitete auch für die bayerische Militäzensur – von der Front wurde er als „unentbehrlich“ in der Heimat verschont. Gleichzeitig erreichte der gesellschaftliche Antisemitismus einen Höhepunkt, was Süßheim in seinem Alltag immer stärker beeinträchtigte.

Er erinnert ein wenig an Franz Kafka: Karl Süßheim als junger Mann um die Jahrhundertwende. Bild: Privatnachlass Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York) und Familie.

5 Ders.: Tagebuch [24.09.1904], zit. nach Milz (wie Anm. 1), S. 69.

6 Vgl. z. B. ders.: Das Geschenk aus der Saldschukengeschichte, Leiden 1909.



„Diario II dell
Karl Süsseheim,
dotto re di
filosof[ia]“, 26.
September 1904:
Süßheims Tage-
buch wechselt
kommentarlos
vom Italienischen
ins Osmanische.
Bild: Nachlass Karl
Süßheim, Library
of Congress (Wa-
shington, D.C.).

Grenzen einer Biografie

Nachdem Süßheim während des Kriegs in seinen Kursen noch die Tür eingerannt worden war, ließ das Interesse an den Turkeistudien nach der gemeinsamen Niederlage stark nach. In der Weimarer Republik unterrichtete er wieder kleinere Gruppen, deren Fachinteresse umso größer war: In seinem Unterricht saßen so bekannte Wissenschaftler wie Gershom Scholem und Franz Babinger, der später den ersten regulären Lehrstuhl für Turkologie an der LMU bekleiden sollte.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre fand Süßheim, der bis weit in seine Vierziger hinein Jungeselle geblieben war, schließlich privates Glück: Nach einer schnell gescheiterten ersten Ehe mit einer Jüdin heiratete Süßheim 1927 die Katholikin Karolina Plank. Sein jüdischer Glaube bedeutete ihm mehr als vielen anderen deutschen Jüdinnen und Juden, doch als einziges Mitglied seiner Familie war es ausgerechnet er, der eine Nichtjüdin zur Frau nahm: In ihrem innigen Verhältnis zum Glauben scheint sie ihm näher gewesen zu sein als die meisten Frauen seines jüdischen Umfelds. Margot, die erste Tochter des gemischt-religiösen Ehepaars, kam 1929 zur Welt.

Die wenigen Jahre bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme sollten trotz des allerorten um sich greifenden Antisemitismus

die erfüllendsten in Süßheims Leben sein. 1933 wurde diese Phase durch den Tod seines älteren Bruders, des SPD-Politikers und Anwalts Max Süßheim, abrupt beendet. Noch im selben Jahr starb Süßheims Mutter, die im Positiven wie im Negativen stets ein wichtiger Orientierungspunkt in seinem Leben geblieben war. In beruflicher Hinsicht begannen nun ebenfalls die dunkelsten Stunden: Mit dem nationalsozialistischen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ musste Süßheim seine hart erkämpfte Stelle an der Universität aufgeben und fand sich als Privatgelehrter mit wenigen Schülern und kaum nennenswertem Einkommen wieder.

Auch im innersten Kreis wurde es immer schwieriger: Süßheims Ehe wurde durch sein Beharren auf die jüdische Erziehung seiner Kinder – die zweite Tochter Gioconda wurde 1934 geboren – empfindlich belastet. Für seine Frau Karolina wurde es unter dem Druck der Verfolgungsmaßnahmen immer schwieriger, diese Entscheidung, der sie bei der Hochzeit noch zugestimmt hatte, mitzutragen. Eine Emigration stand für Süßheim, der seine Heimat nicht verlassen wollte, allerdings lange nicht zur Debatte.

1938 wurde Süßheim im Zuge des Novemberpogroms in Dachau interniert. Sein ausführlicher Tagebucheintrag mit der sorgfältig beschrifteten Skizze des Konzentrationslagers, den er nach 16 Tagen Haft auf Arabisch verfasste, ist ein einzigartiges zeitgeschichtliches Dokument. Bevor Süßheim Dachau verlassen durfte, musste er unterschreiben, dass er das „Dritte Reich“ verlassen werde. Derweil aber wurde die Flucht aus Deutschland komplizierter, was der Beginn des Zweiten Weltkriegs noch verschärfte – erst im Sommer 1941 gelang es der Familie, in die Türkei zu entkommen. Um ihn an die İstanbul Üniversitesi zu holen, musste das türkische Kabinett zwei offizielle Beschlüsse erlassen. Die Türkei nämlich hatte ein geheimes Abkommen mit Deutschland geschlossen, demzufolge keine deutschen Juden mehr aufgenommen werden sollten – für den versierten Turkologen machten sie eine Ausnahme.

Der zur Emigration gezwungene Professor fand sich also schließlich dort wieder, wo er zu Beginn des 20. Jahrhunderts lange gelebt hatte, als die Stadt noch Konstantinopel hieß. An der Istanbuler Universität lehrte er bis zu seinem Tod türkische Studierende die Geschichte ihres Landes. Geradezu symbolisch starb Karl Süßheim 1947 im deutschen Krankenhaus in Istanbul, begraben wurde er auf dem jüdischen Friedhof.



(Über)Leben in einer ambiguitätsfeindlichen Umwelt

Karl Süßheim war einer, der in keine Schublade seiner Zeit so richtig passen wollte. Er war baye-rischer Patriot und tiefgläubiger Jude zugleich, was seine Biografie zum besseren Verständnis der deutsch-jüdischen Geschichte im 20. Jahrhundert außerordentlich reizvoll macht. Sein Selbstverständnis als Jude war dabei genauso komplex wie seine politische Überzeugung – für seine Mitmenschen war dies keine kleine Herausforderung. In einer Zeit, in der es den Menschen zunehmend schwerfiel, (scheinbare) Widersprüchlichkeiten und Ambiguitäten zu ertragen – Thomas Bauer hat dies in einem vielzitierten Essay als verhängnisvolle „Vereinheitlichung der Welt“ charakterisiert⁷ –, stieß Süßheim allorten auf Unverständnis, oftmals auf Ablehnung – nicht nur bei Antisemiten, sondern selbst im jüdischen und familiären Umfeld.

Dasselbe galt in seinem Fach: Als Turkologe wollte Süßheim sich zwischen Philologie und Historiographie nicht entscheiden, er bearbeitete sowohl Themen aus dem osmanischen Mittelalter wie auch den zeitgenössischen Nahen Osten. Auf diese Weise war er keiner Schule klar zuzuordnen – sowohl von Seiten der alteingesessenen Lehrstuhlinhaber als auch von Vertretern der sich neu entwickelnden Islamwissenschaft wurde seine Art, den Orient zu denken und zu schreiben, oftmals misstrauisch beäugt. Auch seine Interessen überschritten sich nur bedingt mit denen anderer Fachvertreter: Süßheim hat sich zum Beispiel schon früh ausführlich mit den religiösen und ethnischen Minderheiten der Region beschäftigt – lange bevor dies eine gängige Forschungsperspektive wurde. Während sein Frühwerk dabei noch deutlich von rassistischen Deutungen wie auch von klassischen Romantisierungen und „Orientalismen“ (Edward Said)⁸ geprägt war, entwickelte er ganz entgegen

Der Spiegelsaal des Schlosses Herrenchiem-see im Mai 1916, Karl Süßheim zwischen Anerkennung und Anfeindung: Der jüdische Wissenschaftler (2.v.r.) begleitet eine Delegation der jungtürkischen Regierung des Osmanischen Reichs als Dolmetscher. Auch der anti-semitische Rassenforscher Albrecht Wirth (6.v.r.) war dabei – auf der Hinfahrt aschte er in Süßheims Hut. Bild: Privatnachlass Karl Süßheim, Lisa R. D'Angelo (Chicago).

7 Thomas Bauer: Die Vereinheitlichung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Ditzingen 2018.

8 Eine ausführliche Analyse findet sich bei Milz (wie Anm. 1), S. 285–297.

der zeitgenössischen Tendenz im Laufe der Jahre ein immer sichereres Gefühl für unzulässige Verallgemeinerungen. Zuletzt schrieb er sogar den „Orient“ in Anführungsstrichen. Süßheims Studenten in München haderten bezeichnenderweise besonders damit, dass er darauf pochte, widersprüchliche Quellen nebeneinander existieren zu lassen.

„Auf dem Gebiet der türkischen Geschichte wird der Name Karl Süßheim nicht vergessen werden und nicht vergessen werden können“⁹, hatte Süßheims Grabredner, der ebenfalls geflohene jüdische Romanist Erich Auerbach, 1947 in Istanbul gesagt. Es ist anders gekommen: Noch heute werden Süßheims sorgfältige Arbeiten als Forschungsliteratur rezipiert, seine biografische Abhandlung über seinen Freund Abdullah Cevdet,¹⁰ den Gründervater der jungtürkischen Bewegung, ist zum Beispiel nach wie vor eine der wichtigsten Grundlagen zu dieser bedeutenden Person der türkischen Geschichte. Dennoch haben selbst die wenigsten Orientalisten je von Karl Süßheim gehört.

Süßheim fehlte von Beginn an ein verlässliches Netzwerk im deutschen Fach – er hatte die prägenden Jahre seiner wissenschaftlichen Sozialisation im Ausland verbracht und damit keinen „natürlichen“ akademischen Lehrer. Er war ein oftmals verschlossener, wenig zugänglich wirkender Mensch, der diese Lücke nach seiner Rückkehr nie wirklich zu schließen vermochte. Die erschwerten Bedingungen, unter denen er als zunächst diskriminierter und schließlich verfolgter jüdischer Wissenschaftler seiner Forschung nachgehen musste – nach seiner Entlassung im April 1933 durfte er nicht einmal mehr die Bibliotheken betreten, in denen er Jahrzehnte lang geforscht hatte – taten ihr Übriges, sein wissenschaftliches Spätwerk deutlich zu beeinträchtigen. Doch selbst

unter diesen Umständen publizierte Süßheim weiter: Er fand türkische Zeitschriften, die in den 1930er und 40er Jahren seine Arbeiten nur allzu gern druckten. Vorgestellt wurde er darin als Professor der Ludwig-Maximilians-Universität, ein kleiner Triumph angesichts des bitteren Schicksals des Gelehrten.

Als Süßheim in der Türkei ankam, war er, nach der nervenaufreibenden Zeit im „Dritten Reich“ und seiner anstrengenden Flucht, gesundheitlich bereits schwer gezeichnet. In diesem Zustand unterrichtete er, nachdem er jahrelang kaum mehr Kontakt zu Studierenden hatte, plötzlich in rappelvollen Hörsälen. Für eigene Forschungen blieb ihm darüber hinaus kaum Zeit: In Istanbul wurde er insbesondere als Übersetzer der Enzyklopädie des Islam gebraucht. Die Ansprüche der Universität zu erfüllen, war die Grundlage der Aufenthaltsgenehmigung seiner gesamten Familie – es liegt auf der Hand, dass dieser Druck seiner angeschlagenen Gesundheit kaum förderlich war. Nach Süßheims Tod 1947 mussten seine Witwe und die Kinder einen Weg finden, weiterzuleben. Sie entschieden sich für einen Neuanfang in den Vereinigten Staaten.



Ein funktionierendes Netzwerk an der LMU wird er sich nie erobern: Karl Süßheim in den 1920er Jahren. Bild: Privatnachlass Karl Süßheim, Margot Suesheim (New York) und Familie.

Süßheims Töchter hatten als junge Frauen schwer an ihrer Geschichte zu tragen. Für sie, für die in den USA ein neues, weniger trauriges Leben begann, war es später schwierig, sich selbst als Mitglieder der Überlebenden-Familie zu sehen, die sie waren: eine der letzten in Bayern, die der Shoah entkam. Die jüngere der beiden, Gioconda, hat die Verfolgungsgeschichte lange verdrängt, wie wir der Erzählung ihrer Tochter vom Grabbesuch in den 1970er Jahren entnehmen konnten. Aber auch Margot Suesheim, wie die Ältere sich amerikanisierte, konnte sich zuletzt nur schemenhaft an diesen Teil ihrer Kindheit erinnern: Die Religion ihres Vaters habe in der Familie keine Rolle gespielt, sagte sie.¹¹

Die Verdrängung der eigenen Vergangenheit durch die Opfer der Judenverfolgung oder deren

9 Zit. nach Martin Vialon: Erich Auerbachs verborgenes Judentum und sein Istanbulischer Nachruf auf den Orientalisten Karl Süßheim, in: *Kalonymos* 18/2 (2015), S. 3–9, hier S. 7 f.

10 Karl Süßheim: „Abd Allāh Djewdet“, in: *Enzyklopädie des Islam* (Ergänzungsband 1938), S. 55–60.

11 Vgl. Kristina Milz: *Zeitzeugen-Interview mit Margot Suesheim*, Queens, New York, 19.3.2016.



Karl Süßheims
ältere Tochter
Margot Suesheim
beim Zeitzeugen-
gespräch im März
2016 in Queens,
New York
Bild: Kristina Milz

Angehörige ist allzu nachvollziehbar, anderes gilt für die, die mitverantwortlich waren für das Schicksal ihrer einstigen Nachbarsleute, ihrer Mitbürgerinnen, ihrer Kollegen.

Die Verantwortung der Ludwig-Maximilians-Universität

Obwohl das „Verfassen von Nachrufen auf ehemals verfolgte Wissenschaftler“, wie Ludmila Hanisch richtigerweise bemerkt, nach 1945 geradezu eine „Strategie“ war¹², hielten es Karl Süßheims frühere Kollegen nach seinem Tod nicht für nötig, ihm einige Zeilen zu widmen – das Problem eines fehlenden Netzwerks zeigte sich in Süßheims Fall also noch posthum. Doch auch Jahrzehnte später noch fand sich kaum eine Spur: Zunächst war es lediglich ein Name im Vorlesungsverzeichnis der LMU, der mir ins Auge fiel, doch über das Schicksal des nach dem Sommer 1933 dort plötzlich nicht mehr verzeichneten jüdischen Professors ließ sich in der Fachbibliothek des Münchner Historicum keinerlei Literatur finden. In Arbeiten, die an die Opfer der Rassenpolitik an der LMU erinnern, sucht man bis heute meist vergeblich seinen Namen.

12 Ludmila Hanisch: Die Nachfolger der Exegeten. Deutschsprachige Erforschung des Vorderen Orients in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 2003, S. 174.

Dass des einstigen Professors für orientalische Sprachen und die „Geschichte der muhammedanischen Völker“ nicht gedacht wird, ist ein weiteres Kapitel der ambivalenten Erinnerungspolitik an der Universität München, wo man sich in der Nachkriegszeit mit Historikern wie Alexander von Stauffenberg (dem älteren Bruder des gescheiterten Hitler-Attentäters) und dem NS-Gegner Franz Schnabel schmückte, während gleichzeitig ein Rassen-Ideologe wie Helmut Berve Professor bleiben durfte und der ehemalige Leiter der Münchner „Forschungsabteilung Judenfrage“ Karl Alexander von Müller zumindest teilweise rehabilitiert wurde. Karl Süßheims Name dagegen verschwand sang- und klanglos. War er in den Wirren der Nachkriegszeit vergessen worden?

Ein Blick in die Archive verrät: Der einstige Professor war mitnichten einfach übersehen worden. 1947 schlug an der LMU der „Wiedergutmachungs“fall Süßheim auf.¹³ Im Universitätsarchiv findet sich ein Schreiben, das Karolina Süßheim wenige Wochen nach dem Tod ihres Mannes an Aloys Wenzl, den Nachkriegs-Rektor, schickte: „Mein Mann bezahlte bis 1933 1 Beitrag, damit ich im Todesfalle meines Mannes von der Universität München 100 M monatlich bekommen sollte. Meine beiden Kinder [...] besuchen noch die Schule u. es wäre natürlich 1 große Wohltat [,] wenn ich diese 100 M im Monat bekäme [...]. Bitte legen Sie ein Wort für uns ein, sehr geehrter Herr Rektor, daß wir dann wenigstens jeden Monat diese 100 M bekommen u. vor arger Not geschützt werden.“

Wenzl, der offenbar ernstlich entschlossen war, Karolina Süßheim zu helfen, wandte sich ans Kultusministerium, das wiederum die Meinung der Kollegen von den Finanzen einholte. Ganz typisch für diese Zeit, beriefen sich die Instanzen schließlich auch auf die Gesetze des nationalsozialistischen Regimes, denen zufolge eine Zahlung nicht infrage komme. Wir dürfen davon ausgehen, dass sich die unangenehme Angelegenheit für die Universität damit vorerst erledigt hatte. Zweieinhalb Jahre später findet sich allerdings wieder eine Spur zur Sache: Im März 1950 beantragte Karolina (inzwischen als Caroline Süssheim in New York lebend) Zahlungen von der Witwenkasse. Das Anliegen muss wiederum im Sande verlaufen sein, denn im Januar 1951 bevollmächtigte Süßheims Witwe die United Restitution

13 Im Folgenden vgl. das Kapitel „Das Nachspiel. Zwischen *damnatio memoriae* und Restitution“ mit allen Zitaten und Quellenangaben bei Milz (wie Anm. 1), S. 671–686.

Organization (URO), sich ihrer Sache anzunehmen. Bald darauf wurde in der Bundesrepublik das „Gesetz zur Regelung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ verabschiedet. Eine „Wiedergutmachung“ war darin explizit auch für Geschädigte vorgesehen, deren „Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Vorliegens der Voraussetzungen“ abgelehnt worden war. Das Bayerische Kultusministerium kam dennoch rasch zu dem Schluss, dass im Falle Süßheims keine Ansprüche bestünden. Zu der Frage, ob dieser unter anderen Umständen eine reguläre Professur an der LMU erhalten hätte, wurde in dem Schreiben nicht einmal angesetzt. Er „wäre voraussichtlich zum ordentlichen Professor ernannt worden“, war allerdings die Überzeugung seiner Witwe, die Ende 1956 nachlegte.

Wenige Wochen später kam das Kultusministerium auf die LMU zu und bat um den Personalakt. Erstmals wurden nun auch Gutachten in der Sache eingeholt. In diesem Zusammenhang wurde Anton Spitaler, ein ehemaliger Schüler Karl Süßheims, der zu dieser Zeit Dekan der Philosophischen Fakultät war, um die Einschätzung der wissenschaftlichen Bedeutung seines früheren Dozenten gebeten. Einen anderen Süßheim-Schüler, Franz Babinger, hielt man wegen eigener Wiedergutmachungsanträge für „präokkupiert“, Spitaler aber, der während der NS-Zeit Stipendiat der gleichgeschalteten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bei der Korankommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften war und der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg in Belgien und Frankreich als Dolmetscher gedient hatte, scheint aus Ministeriumssicht eine willkommene Haltung in dem Verfahren versprochen zu haben.

In der Tat: Spitalers Antwort war ein offenkundig unangemessenes, vernichtendes Urteil über Süßheims Qualitäten als Orientalist und Dozent. Er habe bei ihm „eine Reihe von Semestern gehört“, „[a]lle diese Vorlesungen und Übungen waren wenig selbstständig und originell“. „[S]eine sprachlichen Vorlesungen“ hätten „die souveräne Beherrschung der Materie vermissen“ lassen, seine historischen Vorlesungen und Übungen seien „ohne Durchschlagkraft“ gewesen. „[O]hne bibliographische Recherchen“ sei es ihm nicht möglich, auch nur eine Veröffentlichung Süßheims nach 1918 anzugeben – „wenn es von einiger Bedeutung wäre, müsste ich wenigstens den einen oder anderen Titel kennen“. Spitaler schloss mit den Worten: „Ich persönlich bewahre ihm gleichwohl ein gutes Andenken, weil ich ihm tatsächlich Belehrung verdanke, auch wenn ich

sie mehr aus ihm herausgeholt habe, als dass er sie mir gegeben hätte.“ Bezüglich einer Entschädigung argumentierte er, dass Süßheim es „unter normalen Verhältnissen“ kaum zum ordentlichen Professor gebracht hätte, er wäre aber wahrscheinlich „im Zuge der Neuordnung des Hochschullehrerrechts im Jahre 1939 wenigstens aplm. Professor neuer Ordnung mit Diäten geworden“ – „im Interesse der Wahrheit und Objektivität“ könne er „kein anderes Urteil abgeben [...] als eben niedergelegt.“

Der Fall wurde entsprechend eingeordnet: Süßheims Familie wurde im August 1958, elf Jahre nach der ersten Bitte, eine kleine Entschädigung für entgangenes Witwengeld und Waisenrente in Aussicht gestellt. Der Antrag habe „sich als teilweise begründet erwiesen“, hieß es im Bescheid: Es bestehe „die gesetzliche Vermutung [!], daß es sich bei der Entlassung des Prof. Dr. Süßheim [...] um eine Verfolgungsmaßnahme [...] gehandelt“ habe; es sei allerdings „nicht anzunehmen, daß Prof. Süßheim zum planmäßigen a.o. oder o. Professor an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule ernannt worden wäre“. Süßheims inzwischen wiederverheiratete Witwe Caroline O'Brien überlegte offenbar, dagegen zu klagen: Über die URO ließ sie Einsicht in die Personalakten beantragen; dies wurde wenige Tage später jedoch abgelehnt. Das Verfahren sei rechtskräftig abgeschlossen, heißt es auf einem handschriftlichen Vermerk des Kultusministeriums vom 30. Dezember 1958. Erst im August 1965 aber konnte eine vergleichsweise Einigung zwischen den Parteien erzielt werden.

Erste Schritte der Erinnerung

Während die LMU intern also viele Jahre damit beschäftigt war, in der Causa Süßheim kein Geld auszugeben, war sein Name in der öffentlichen Erinnerung der Universität kein Thema mehr. Die Arbeit der Leidener Orientalistin Barbara Flemming und ihres Kollegen Jan Schmidt – die mühsame Übersetzung des Süßheim'schen Tagebuchs – hat dafür gesorgt, dass sich an ihn wieder verstärkt erinnert wird. Die Edition von 2002¹⁴ hat

14 Barbara Flemming/Jan Schmidt: *The Diary of Karl Süßheim (1878–1947). Orientalist between Munich and Istanbul*. Stuttgart 2002. Nach dem Fund eines weiteren Tagebuch-Bands folgte Jan Schmidt: *The Orientalist Karl Süßheim Meets the Young Turk Officer İsmâ'il Hakkı Bey. Two Unexplored Sources from the Last Decade in the Reign of the Ottoman Sultan Abdulhamid II*, Leiden 2018.



Kristina Milz
Karl Süßheim Bey
(1878–1947). Eine
Biografie über
Grenzen
Bild: Institut für
Zeitgeschichte
München–Berlin

Karl Süßheims
Enkelin Lisa
R. D'Angelo
erinnerte im
Literaturhaus
München an
ihren Großvater
und berichtete
über die lange
Geschichte der
Verdrängung
in der eigenen
Familie.

Bild: Literaturhaus
München, Screenshot
Livestream
(Kristina Milz)

vielen angestoßen: ein Restitutionsverfahren der Bayerischen Staatsbibliothek genauso wie die Provenienzforschung des Stadtarchivs Nürnberg, das eine Ausstellung und eine Publikation zur ganzen Familie¹⁵ nach sich zog. Im Winter 2004/05 ging eine Ausstellung im Münchner Kulturzentrum Gasteig auf Süßheim ein,¹⁶ im NS-Dokumentationszentrum wurde eine Ausstellung mit Zitaten von jüdischen Münchnern vorbereitet, bei der auch ein Plakat zu Karl Süßheim zu sehen ist. Auch in der Türkei wurde er längst gewürdigt: In einem Porträt der İstanbul Üniversitesi steht, dass Süßheim eine große Bereicherung für den Wissenschaftsstandort gewesen sei und er der Universität bis zu seinem Tod mit seiner Expertise auf dem Gebiet der Sprachen und seinem Wissen zur türkischen Geschichte treu gedient habe.¹⁷

Die LMU dagegen, die Süßheim jahrzehntelange Lehre zu verdanken hat, hat sich bis zuletzt zurückgehalten. Die Unterstützung meiner als Dissertationsschrift entstandenen Biografie durch den Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte am Historischen Seminar wie auch des Professors

für Türkische Studien am Institut für den Nahen und Mittleren Osten war das erste klare Bekenntnis zu Karl Süßheim an seiner ehemaligen Universität. Das Buch wird dabei helfen, dass die heutigen Studierenden des Münchner Nahostinstituts sich in Zukunft mit dem Erbe des einstigen Dozenten für Türkisch, Arabisch, Persisch und Islamwissenschaft auseinandersetzen können. In Forschung und Lehre Karl Süßheims Devise zu beachten, ist sicher nicht die schlechteste Wahl: Man arbeite stets mit „Sauberkeit und Echtheit“, mit Kopf, wie sein Leben gezeigt hat, aber auch mit Herz.

Bei seinen Enkeln in den Vereinigten Staaten wird Süßheims Geschichte inzwischen gesehen: Lisa R. D'Angelo nimmt sich heute der Familienerinnerung in besonderer Weise an. Sie fasste einen Trugschluss, den man auch auf viele andere vergessene bayerische Jüdinnen und Juden anwenden könnte, in ihrer Münchner Rede in wenigen Worten zusammen: „Ich hatte wohl angenommen, weil niemand über meinen Großvater Karl gesprochen hat, gebe es auch nichts zu erzählen. Wow – das war wirklich falsch.“¹⁸ 🌈

15 Michael Diefenbacher (Hg.): Die Süßheims. Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler, Sammler. Nürnberg 2018.

16 Vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. (Hg.): Mitten unter uns. Jüdisches Leben in Au und Haidhausen. Lesebuch zur Ausstellung, München 2006, S. 61 ff.

17 Vgl. Sevrap İshakoğlu Kadioğlu /Gaye Şahinbaş Erginöz: *Belgelerle İstanbul Üniversitesi Edebiyat Fakültesinde mülteci bilim adamları*, İstanbul 2017, S. 305 f.

18 Rede (wie Anm. 1).

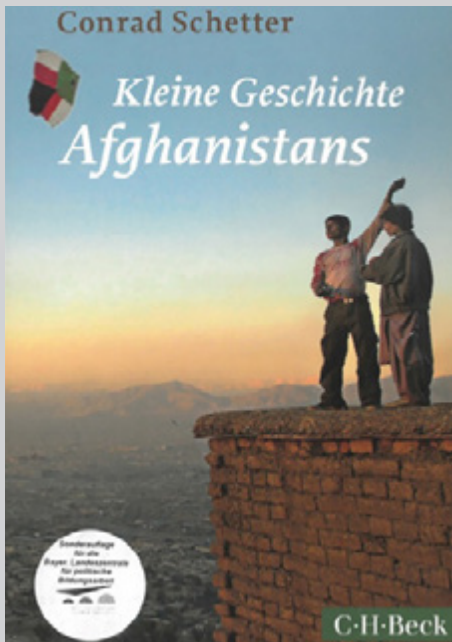


LESESTOFF

Kleine Geschichte Afghanistans *Conrad Schetter*

Afghanistan ist ein zerklüftetes Land. Unterschiedliche Sprachen, Ethnien, Religionen und mächtige Clans haben bisher jede Zentralregierung und jede Besatzungsmacht scheitern lassen. Conrad Schetter macht eindrucksvoll deutlich, warum auch der massive Einsatz des Westens in den letzten zwanzig Jahren so erfolglos blieb und die Taliban sogleich an die Macht zurückkehren konnten.

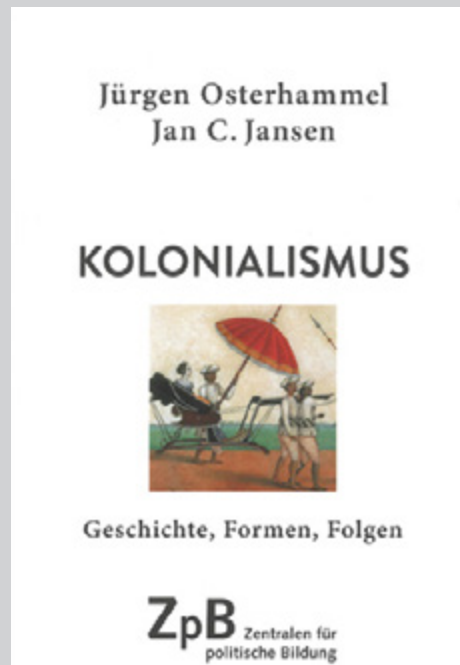
Afghanistan ist eines der wenigen Länder der kolonisierten Welt, das nie für längere Zeit von fremden Mächten – seien es Briten, Sowjets oder die USA – beherrscht werden konnte. Conrad Schetter schildert knapp und kenntnisreich die Geschichte des Landes von der Antike bis zur Gegenwart. Der Schwerpunkt liegt auf den letzten beiden Jahrhunderten, in denen sich die Spannungen zwischen Stadt und Land und zwischen Moderne und Tradition immer wieder in Rebellionen, Umstürzen und Kriegen entluden. Auch nach dem Machantritt der Taliban machen es diese Spannungen jeder Zentralregierung schwer. Besonderes Augenmerk gilt auch den besonderen Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland.



LESESTOFF

Kolonialismus Geschichte, Formen, Folgen *Jürgen Osterhammel, Jan C. Jansen*

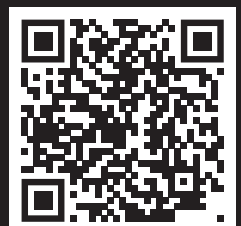
Koloniale Herrschaft war ein herausragendes Merkmal der Weltgeschichte zwischen etwa 1500 und 1975. Jürgen Osterhammel und Jan C. Jansen schildern an Beispielen aus allen Kolonialreichen der Neuzeit Methoden der Eroberung, Herrschaftssicherung und wirtschaftlichen Ausbeutung, Formen des Widerstands, das Entstehen besonderer kolonialer Gesellschaften, Spielarten kultureller Kolonisierung sowie die Grundzüge kolonialistischen Denkens und von Kolonialkultur, deren anhaltende Wirkung wieder stark diskutiert wird.



INFO

Beide Publikationen
zu bestellen unter:

<https://www.blz.bayern.de/historische-sachbuecher.html>



[DAS HISTORISCH-POLITISCHE BILD]



Brandenburger Tor, Pariser Platz, Berlin. Einer der Orte in Deutschland mit der höchsten touristischen Klick- und Post-Rate. Hier weht auch Menschen, die keine speziell historischen Interessen haben, Geschichte förmlich an. Seit der preußische König Friedrich Wilhelm II. es bis 1791 erbauen ließ, fungierte das Tor und das ganze Ensemble des Pariser Platzes mit der Prachtstraße Unter den Linden wie eine geschichtspolitische Herzkammer der

verschiedenen deutschen Staaten: erst des preußischen Königreichs, dann des Deutschen Kaiserreichs, der Weimarer Republik, des sog. „Dritten Reichs“, der DDR, schließlich der Bundesrepublik.

Geschichte ist an diesem Ort wie in einem Prisma verdichtet: Die Besetzung der Reichshauptstadt Berlin 1945 vollendete die Niederwerfung der NS-Diktatur durch die Alliierten; die ab 1961 auch durch eine Mauer geteilte Stadt, mithin dieser Platz

als Grenzposten des DDR-Regimes, standen im Kalten Krieg symbolisch für die Spaltung Deutschlands. Am Brandenburger Tor wurde 1989/90 die Teilung Deutschlands und Europas feierlich beendet. Hier finden seit 1991 zentrale politische, kulturelle und gesellschaftliche Events der Berliner Republik statt: Staatsbesuche, Demos, Feste wie die Love Parade.

Im Gegensatz zu den Menschen, die kommen und gehen, verbleiben die architektonischen Spuren all dieser Zeit-Schichten. Sie prägen über die Jahrhunderte den Stadtraum, der von jeder Generation neu bearbeitet und wie ein Palimpsest überformt wird.

Der Künstler und Fotograf Michael Wesely, der insbesondere für seine Arbeit mit Langzeitbelichtungen bekannt ist, hat dieses Thema in seiner Ausstellung „Im Atelier Liebermann“ (6.4.-19.6.2022) aufgenommen. Das ehemalige Atelier- und Wohnhaus des Künstlers Max Liebermann grenzt innerhalb des architektonischen Ensembles am Pariser Platz direkt an das Brandenburger Tor; während des Bombenkriegs wurde das Haus schwer getroffen, im Zuge der Restaurierung und Neugestaltung des Pariser Platzes bis 1999 wieder rekonstruiert. Der Künstler hat intensiv zur Geschichte des Liebermann-Hauses sowie des berühmten Areals recherchiert, dokumentarische Fotos nach Kriegsende detailliert untersucht, anhand derer sich die durch den Krieg bedingten Verwüstungen zeigen. Er hat - wie auf dem vorliegenden Bild - mit Überblendungen verschiedener Zeitschichten experimentiert und kommt so zu Fotomontagen, die die Geschichtlichkeit des Ortes komplex aufnehmen.

Bei dieser Arbeit versteht er sich als „visueller Archäologe“, der mit Akribie visuelle Spuren der übereinander lagernde Zeitschichten sucht, zuordnet, zum Vorschein bringt - und sie miteinander in Beziehung setzt. Auf „Pariser Platz 1945/2022“ liegen die Schichten des Jahres 1945 und 2022 übereinander. Bei näherer Betrachtung lassen sich Formen der beiden Zeitschnitte nachvollziehen.

Der große Kontrast zwischen Silhouetten der Kriegsrüden 1945 und des heute in weiten Teilen rekonstruierten, aber auch umgeformten Platzes werden begreifbar.

Michael Wesely arbeitet seit Jahrzehnten mit spezialisierten Langzeitbelichtungen, womit er einen starken Kontrast zu heutigen extrem akzelebrierten Belichtungszeiten setzt. Er belichtet seine Motive minuten-, stunden-, tage- und jahrelang und schafft so Bilder und Imaginationen, die im Grunde denjenigen aus den Anfängen der Fotografie gleichen. Schnell bewegliche Bildsubjekte und Bildobjekte hinterlassen bei diesen Langzeitaufnahmen kaum sichtbare Spuren, sofern sie nicht länger an einem Standort verweilen. Insbesondere in Berlin dokumentiert Wesely so die architektonische Verwandlung der Stadt - und mithin der Bundesrepublik - seit den 1990er Jahren.

Eine etwas ausführlichere Vorstellung von Michael Weselys Arbeit soll in „Einsichten und Perspektiven“ im Herbst folgen.

Text: Monika Franz



LITERATUR

- Michael Wesely: Visual Archaeologies 1943 - 2022 im Palais Liebermann, Köln 2022.
- Internetseite des Künstlers: www.wesely.org

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar

Titelbildnachweis

„Europa bei Nacht“

Foto: Mathias Gröbe

Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,
München/Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.